

Sitzungsbericht

27. Sitzung der Tagung 1994/95 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Donnerstag, den 18. Mai 1995

Inhalt:

1. Eröffnung und Rede des Präsidenten Mag. Romeder (Seite 890).
2. Mitteilung nach dem Unvereinbarkeitsgesetz sowie von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 891).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 891).
4. Anfragebeantwortungen (Seite 892).
5. Antrag der Abg. Friewald u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Sicherheit in Niederösterreich".
Redner: Abg. Friewald (Seite 896), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 898), Abg. Preiszler (Seite 899), Abg. Sivec (Seite 902), Abg. Klupper (Seite 903), Abg. Gratzer (Seite 905), Abg. Knotzer (Seite 906), Abg. Dr. Strasser (Seite 907), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 910), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 911), Abg. Dr. Bauer (Seite 911), Abg. Gratzer (Seite 912).
6. Antrag des Umwelt-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Machbarkeitsstudie zur thermischen Abfallverwertung in Niederösterreich.
Berichterstatter: Abg. Hofmayer (Seite 912).
Redner: Abg. Feurer (Seite 912), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 914), Abg. Haberler (Seite 915), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 918), Abg. Gebert (Seite 920), Abg. Friewald (Seite 921), LR Blochberger (Seite 922).
Abstimmung (Seite 924).
7. Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den 12. und 13. (1992 - 1993) Bericht der Volksanwaltschaft an den NÖ Landtag sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung.
Berichterstatter: Abg. Litschauer (Seite 924).
Redner: Abg. Ing. Gansch (Seite 924), Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 925), Abg. Preiszler (Seite 927), Abg. Uhl (Seite 928), Abg. Dipl. Ing. Toms mit Resolutionsantrag (Seite 930), LR Schimanek (Seite 933).
Abstimmung (Seite 935).
8. Antrag des Kultur-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abg. Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg u.a. betreffend Gesetz über eine NÖ Landesakademie 1995 und Antrag mit Gesetzentwurf der Abg. Breininger, Wöginger u.a. gemäß § 29 LGO betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 935).
Redner: Abg. Gratzer (Seite 936), Abg. Sacher (Seite 938), Abg. Böhm (Seite 940).
Abstimmung (Seite 942).
9. Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 (NÖ Pflegegeldgesetz-Novelle 1995).
Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 942).
Abstimmung (Seite 942).

10. Antrag des Sozial-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeit der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft nach dem JWG für das Jahr 1994.
Berichterstatter: Abg. Lembacher (Seite 943).
Redner: Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 943), Abg. Rosenkranz (Seite 944), Abg. Auer (Seite 946), Abg. Nowohradsky (Seite 949).
Abstimmung (Seite 952).
11. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Wahrnehmungsbericht über die Österreichische Donaukraftwerke AG.
Berichterstatter: Abg. Klupper (Seite 952).
Redner: Abg. Hoffinger mit Resolutionsantrag (Seite 952), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 954), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 955), Abg. Sacher (Seite 958), Abg. Dr. Bauer (Seite 961).
Abstimmung (Seite 963).
12. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landesberufsschule St. Pölten, Schulneu- und -umbau.
Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 963).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 964), Abg. Gruber (Seite 964), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 966), Abg. Dirnberger (Seite 968).
Abstimmung (Seite 969).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. (*Präsident Mag. Romeder erhebt sich.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Mai 1945, Mai 1955, Mai 1995! Ich glaube, auch für den NÖ Landtag ein Anlaß, vor Beginn dieser Arbeitssitzung etwas innezuhalten. Mai 1995 im Bundesland Niederösterreich: Trotz mancher Probleme ein Land in Wohlstand, in Freiheit und in Frieden. Ist das so selbstverständlich? Wir sind in diesen Tagen mehr denn je eingeladen, aus unserer jüngsten Geschichte immer wieder zu lernen und damit für die Zukunft vorzusorgen. In dieser Woche, am 15. Mai waren es 40 Jahre, daß der Österreichische Staatsvertrag unterzeichnet

wurde. Voll innerer Anspannung saß ich damals als Gymnasiast vor dem Radio, als Heinz Fischer Karwin den festlichen Akt der Unterzeichnung des Vertrages aus dem Belvedere schilderte und Außenminister Leopold Figl der Öffentlichkeit verkündete "Österreich ist frei!"

Als in den Jahren der historischen Veränderungen in Mitteleuropa 1989, 1990 und später viele Menschen aus unseren Nachbarländern erstmals die Chance hatten, in unser Bundesland zu kommen, die Geschäfte bestaunten, sich die Nasen an den Auslagen platt drückten, erzeugte das bei vielen von uns erfreulicherweise Verständnis. Hätte es die Geschichte vor 40 Jahren mit uns nicht so gut gemeint, wären wir unter Umständen in dieser Zeit des Umbruches in Europa vor derselben Situation gestanden wie diese unsere Nachbarn und hätten uns vielleicht auch die Nasen platt gedrückt; aber in Linz, in Innsbruck oder in München. Wir haben daher allen Anlaß, dafür dankbar zu sein, daß es die Geschichte mit uns gut gemeint hat.

Sagen wir das aber auch im notwendigen Ausmaß unserer Jugend, Hohes Haus: Vor 50 Jahren erstand Österreich aufs neue; erstand die Zweite Republik als selbständiger Staat, als demokratisches Land, als ein Land, das in Frieden lebt. Die errungene Selbständigkeit ermöglichte es, uns wieder selbst zu verwalten und für uns selbst zu sorgen. Die Wiedereinführung der Demokratie gab und gibt uns die Möglichkeit, uns die eigenen Vertreter zu wählen, wegen des freien Wortes nicht fürchten zu müssen bzw. wegen einer eigenen Meinung Nachteile zu haben. Ist dies, gemessen an unserer geschichtlichen Erfahrung, so selbstverständlich? Sagen wir wenigstens dies im notwendigen Ausmaß unserer Jugend? Ein Land in Frieden - 50 Jahre Frieden, ein besonderer Anlaß, dankbar zu sein. Noch nie in der Geschichte unserer Heimat, ja in Mittel- und Westeuropa, gab es eine so lange Friedensperiode. Jede Generation vor uns erlebte Krieg, Not, Elend und viel Leid. Die Menschen haben sich durch all die Jahrhunderte grundsätzlich ja nicht verändert. Der Mensch neigt oft zur Aggression und daher hat jede Generation die Aufgabe, dazu beizutragen, daß dieser Frieden erhalten bleibt. Daß dies auch heute gar nicht so selbstverständlich ist, wird uns immer wieder via Fernsehen in unsere Wohnzimmer geliefert: Der Krieg in Tschetschenien, im ehemaligen Jugoslawien, ein Krieg und kein Ende. Wenn wir heute in Wien in die Eisenbahn steigen und in unser wunderschönes Bundesland Tirol, in die Landeshauptstadt Innsbruck reisen, dann legen wir denselben Weg zurück, wie wenn

wir in die Eisenbahn steigen und wir fahren mitten hinein in das Kriegsgebiet von heute, nach Sarajevo. Ein Anlaß, innezuhalten und nachzudenken.

Friede, Freiheit und Demokratie sind die Grundvoraussetzungen, daß die Menschen in diesem Land sich frei entfalten können. Daß sie mit Fleiß und Tüchtigkeit an ihrer Zukunft bauen können. Noch nie hatte die Jugend in diesem Staat, in diesem Land so viele Chancen wie heute. Seit 1. Jänner dieses Jahres ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Eine Einrichtung, welche Demokratie, Freiheit und den Frieden absichern und gleichzeitig eine Basis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung sein soll. Trotz mancher Umstellungsschwierigkeiten sollten wir dies insgesamt nicht vergessen.

Hohes Haus! Wir sind eingeladen, über den Alltag der Tagesprobleme und politischen Auseinandersetzungen hinaus heute darauf hinzuweisen, daß es auch eine Herausforderung dieser Zeit ist, für Frieden, Freiheit und Demokratie und damit für eine gute Zukunft zu arbeiten und aktiv tätig zu sein. Wir, die gewählten Vertreter, haben unseren Beitrag zu leisten, haben die heranwachsenden Generationen zu informieren, obwohl es oft kaum möglich scheint, Erfahrungen - das wissen alle Eltern - weiterzugeben. Trotzdem ist diese intensive Diskussion vor allem heute besonders notwendig, damit der Mensch in seiner Würde nicht nur heute, sondern auch in Zukunft unangetastet bleibt. Wir haben alles dazu beizutragen, ideologische Extrementwicklungen, seien sie von links oder von rechts kommend, hintanzuhalten.

In dieser Stunde aber gedenken wir auch in Dankbarkeit der Verantwortungsträger der letzten Jahrzehnte, der großen Niederösterreicher, die viel für dieses Bundesland, ja für die gesamte Republik getan haben: Leopold Figl, Julius Raab, Karl Renner, Oskar Helmer und viele andere. Wir wollen aber auch in dieser Stunde versprechen, alles zu tun, um das Aufreißen von Gräben zwischen den Menschen, zwischen den Generationen auch in Zukunft hintanzuhalten. Stellen wir daher - und das sei die Überschrift dieser Stunde - stellen wir daher das Gemeinsame in den Vordergrund im Interesse unserer eigenen Zukunft. Wir grüßen, Hohes Haus, in dieser Stunde all die Menschen in diesem Land. Wir sagen ihnen laut, ehrlich und offen: Nichts ist selbstverständlich, weder Freiheit, noch Demokratie, noch Frieden. Gehen wir daher weiterhin in Demut ans Werk. Gottes Segen für unsere Heimat! Ich danke Ihnen. *(Beifall im*

Hohen Hause. - Präsident Mag. Romeder nimmt Platz.)

Hohes Haus! Ich darf Ihnen folgende Mitteilungen machen: Auf Grund meines an ihn gerichteten Schreibens nach den Bestimmungen des Unvereinbarkeitsgesetzes hat Herr Abgeordneter Richard Gebert mitgeteilt, daß er eine leitende Stellung im Sinne dieses Gesetzes nicht ausübt. Es war daher keine Notwendigkeit gegeben, den zuständigen Ausschuß mit dieser Frage zu befassen. Ich darf das Hohe Haus um diesbezügliche Kenntnisnahme ersuchen. Ich danke Ihnen.

Auf Grund der Mandatsrücklegung des Herrn Abgeordneten Klaus Soukup hat der SPÖ-Klub mit Schreiben vom 15. Mai folgende Nominierungen für die Geschäfts-Ausschüsse des Landtages bekanntgegeben: Im Schul-Ausschuß anstelle von Herrn Abgeordneten Klaus Soukup Abgeordneter Richard Gebert als Ersatzmitglied, im Sozial-Ausschuß anstelle des Herrn Abgeordneten Klaus Soukup Abgeordneter Richard Gebert als Mitglied, beim Umwelt-Ausschuß anstelle von Herrn Abgeordneten Klaus Soukup Herrn Abgeordneten Richard Gebert als Ersatzmitglied und im Verkehrs-Ausschuß anstelle von Herrn Abgeordneten Klaus Soukup Herrn Abgeordneten Richard Gebert als Ersatzmitglied. Hohes Haus! Ich ersuche auch hier um Kenntnisnahme.

Ich bringe nunmehr folgenden Einlauf zur Kenntnis *(liest)*:

Ltg. 307/A-1/27 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg u.a. betreffend Gesetz über eine NÖ Landesakademie 1995.

Ich habe diese Vorlage am 4. Mai dem Kultur-Ausschuß zur weiteren Beratung zugewiesen. Der Kultur-Ausschuß hat sich mit dieser Frage intensiv befaßt und abschließend einen entsprechenden Antrag gestellt. Und damit hatte ich die Möglichkeit, dieses Geschäftsstück bereits heute auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Ltg. 306/B-29/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft nach dem JWG für das Jahr 1994.

Auch dieses Geschäftsstück habe ich am 4. Mai dem Sozial-Ausschuß zugewiesen. Der Sozial-Ausschuß hat auch dieses Geschäftsstück

abschließend behandelt. Ich habe daher heute für das Plenum dieses Geschäftsstück aufgetragen.

Ltg. 309/B-1/5 - Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1995.

Dieses Geschäftsstück weise ich hiemit dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 308/A-4/18 - Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Parteipolitik an Niederösterreichs Schulen.

Ich habe diese Anfrage am 11. Mai dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung übermittelt.

Ich darf mitteilen, daß die Anfragebeantwortungen des Herrn Landeshauptmannes zu Ltg. 284/A-4/17, betreffend Personalvertretung, Institution der Vertrauensleute, und des Herrn Landesrates Blochberger zu Ltg. 285/A-5/25, betreffend Raps-Biodiesel, bereits eingelangt sind. Die beiden Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Gratzler an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Personalvertretung, Institution der "Vertrauensleute":

"Zu der am 28. März 1995 von Herrn Abg. Gratzler eingebrachten Anfrage wird wie folgt Stellung genommen:

1) Gibt es neben der Dienststellenpersonalvertretung eine eigene Organisation, nämlich die der Vertrauensleute?

Die Institution der Vertrauenspersonen in den Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung existiert seit vielen Jahren, allerdings nicht - wie in der Anfrage dargestellt - neben der Dienststellenpersonalvertretung, sondern stellt dies eine zusätzlich bzw. im Vorfeld der Dienstnehmervertretung bestehende Institution dar.

2) Wenn ja, in welchem Verhältnis stehen die Vertrauensleute zur Dienststellenpersonalvertretung?

In der Dienststellenpersonalvertretung beim Amt der NÖ Landesregierung sind derzeit auf

Grund des Ergebnisses der letzten, im September 1994 stattgefundenen Personalvertretungswahlen drei Wählergruppen - die Wählergruppe ÖAAB-Fraktion Christlicher Gewerkschafter, die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter und die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher - vertreten.

Die Vertrauenspersonen sind die namens der Wählergruppe ÖAAB-FCG tätigen Interessensvertreter der Kolleginnen und Kollegen in der jeweiligen Abteilung beim Amt der NÖ Landesregierung.

3) Wie werden diese Vertrauensleute gewählt?

Die Vertrauenspersonen werden in geheimer Wahl durch die in der jeweiligen Abteilung tätigen Kolleginnen und Kollegen gewählt.

4) Wieviele davon gehören dem ÖAAB/FCG und wieviele der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter an?

Die Vertrauenspersonen sind Mitglieder der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und der Fraktion Christlicher Gewerkschafter sowie Mitglieder des ÖAAB.

5) Welche Aufgaben haben die Vertrauensleute?

Die Vertrauenspersonen sind als Kontaktperson für die in der jeweiligen Abteilung beschäftigten Kolleginnen und Kollegen tätig.

6) Wie wirken die Vertrauensleute bei dienstrechtlichen Angelegenheiten (z.B. Beförderung) mit?

Die Mitwirkung bei dienstrechtlichen Angelegenheiten obliegt ausschließlich der Dienstnehmervertretung (Zentralpersonalvertretung, Dienststellenpersonalvertretung). Diese Mitwirkung ist im NÖ Landes-Personalvertretungsgesetz klar geregelt.

Die Mitwirkung der Vertrauenspersonen bei dienstrechtlichen Angelegenheiten ist nur in Form einer zusätzlichen Informationsmöglichkeit der Dienstnehmervertretung über diese Institution gegeben.

7) Gibt es bei nachgeordneten Dienststellen auch diese Vertrauensleute?

Die Institution der Vertrauenspersonen besteht nur bei der Dienststelle 'Amt der NÖ Landesregierung' und ist durch die im Vergleich mit anderen Dienststellen in der NÖ

Landesverwaltung sehr große Bedienstetenzahl in dieser Dienststelle begründet.

- 8) Sind Vertrauensleute mit Rechten, ähnlich wie Personalvertreter, ausgestattet?

Die Mitwirkungsrechte von Personalvertretern sind im NÖ Landes-Personalvertretungsgesetz definiert und klar geregelt. Für Vertrauenspersonen bestehen diese Mitwirkungsrechte nicht.

- 9) Betreiben Vertrauensleute für sich und ihre Fraktion Wahlwerbung?

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne Vertrauenspersonen Wahlwerbung betreiben. Dies ist allerdings mit der Wahlwerbung von Funktionären anderer Wählergruppen, die keinem Organ der Dienstnehmervertretung angehören, vergleichbar."

Beantwortung der Anfrage des Abg. Ing. Dautzenberg an LR Blochberger betreffend Raps-Biodiesel. Die Anfragebeantwortung hat folgenden Inhalt:

"zu 1)

NÖ war das erste Bundesland Österreichs, welches diese Idee bereits 1985 aufgegriffen hat. 1988 wurde in Asperhofen das erste Biodiesel-Pilotprojekt (500 Jahrestonnen) Europas eröffnet. Asperhofen ist zudem auch weltweit führend in der Verarbeitung von Sonnenblumen. 1992 ging die RME-Anlage Starrein in Betrieb, weiters eine in Bruck/Leitha.

zu 2)

In Erkenntnis der schwierigen Absatzsituation Idw. Erzeugnisse auf dem internationalen Markt hatte die Förderung von Alternativen in meiner politischen Tätigkeit immer schon Priorität. Im Speziellen: Energie aus nachwachsenden Rohstoffen, z.B. auch Ethanol, Biogas, Holzhackgut, Bio-Diesel. Die Biodiesel-Produktion bringt zusätzliches Einkommen durch die Nutzung von Stillegeflächen zur Treibstoffversorgung des eigenen landw. Betriebes (Raps → RME). Weiters wird der bei der RME Produktion entstandene Raps-Preßkuchen als Futtermittel verwertet.

zu 3)

NÖ hat Alternativen generell und Bio-Diesel speziell vernünftig gefördert. So kann man beim Bau einer Bio-Diesel-Anlage von folgender Finanzierung ausgehen:

20 % Eigenkapital durch Förderungswerber

80 % Förderung - Verlorene Zuschüsse
- Zinsenlose Darlehen
- Zinsverbilligte Kredite

NÖ fördert über: ECO-PLUS

landw. Förderungsprogramm für

NÖ

zu 4)

Um die Wirtschaftlichkeit einer RME-Anlage zu berechnen bzw. eine solche Anlage zu konzipieren, muß man die Logistik beachten, nämlich

- Produktion im geschlossenen Kreislauf (bäuerliche Anlagen)
- Großanlagen mit Vermarktung auf dem offiziellen Markt.

Unter den heute maßgeblichen Parametern, wie z. B. Dieselpreis, Preis für Soja (als Maßstab für die Bewertung des Ölkuchens), elektrische Energie, Kosten von Chemikalien, usw. gilt für

- eine Anlagengröße von 1.000 bis 2.000 t RME pro Jahr
= 1.000 bis 2.000 ha Anbaufläche
- 30.000 bis 50.000 t RME pro Jahr
= 30.000 bis 50.000 ha Anbaufläche

zu 5)

Bei der Frage, wie sich die Produktion von Biodiesel in der EU auf den österreichischen Markt auswirkt, ist zu differenzieren zwischen Großanlagen im Sinne von Pkt. 4 b) und Anlagen, die von bäuerlichen Genossenschaften im Sinne einer Kreislaufwirtschaft im Sinne von Pkt. 4 a) betrieben werden.

Meiner Meinung nach besteht die Hauptschwierigkeit bei Großanlagen darin, einen entsprechenden Markt aufzubauen, da Biodiesel zur Zeit kein Marktprodukt im herkömmlichen Sinne ist.

Eine Beeinflussung des österreichischen Marktes durch die EU-Produktion an Biodiesel ist kaum gegeben, wenn nur heimischer Rohstoff verwendet wird. In diesem Fall beträgt die Versorgung der Erzeugerländer aus natürlichen Gründen (z. B. Fruchtfolge) ohnehin nur 5 - 10 %.

Bei bäuerlichen Biodieselanlagen ist kein Marketing notwendig, da in diesem Fall die Substitution des in der Landwirtschaft benötigten Dieseltreibstoffes erfolgt und der dort erzeugte Biodiesel nicht auf den Markt gelangt. In diesem Fall kann jeder Einfluß solcher Anlagen auf den österreichischen Markt ausgeschlossen werden.

In folgenden Ländern Europas befinden sich Produktionsanlagen für Biodiesel:

Sitzungsbericht

27. Sitzung der Tagung 1994/95 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 18. Mai 1995

Land:	Eigentümer	Ort:	Kapazität: t/Jahr	Produktions- start	Status
Deutschland					
	Henkel	Düsseldorf	60.000	vor 90	produziert
	HaGe	Kiel	10.000	nicht bekannt	Projekt
	VMR&Vamo	Gemünden	100.000	Juli 96	Projekt
	Connemann	Leer	2.000	1994	Pilotanlage
	Connemann	Leer	60.000	Dez. 95	in Bau
	Sauter	Sachsen-Anhalt	60.000	Juli 96	Projekt
	Coop.	Sachsen	2.000	1995	in Bau
Frankreich					
	Castrol	Peronne	10.000	1991	produziert
	Robbe	Compiègne	1.000	1991	Pilotanlage
	Robbe	Compiègne	20.000	Okt. 92	produziert
	ICI/Novaol	Verdun	40.000	1994	produziert
	Henkel	Boussens	40.000	vor 92	produziert
	Comexol	Rouen	120.000	Jän 96	in Bau
	Soufflet	Pont/Seine	100.000	Juli 96	Projekt
	Henkel	Boussens		Daten nicht bekannt	
Italien					
	Novaol	Milano	1.200	1991	produziert
	Novaol	Livorno	100.000	1992	produziert
	AGREE	Citta di Castello	20.000	1994	produziert
	Colgate-P.	Anzio	1.000	1991	produziert
Österreich					
	Genossenschaft	Asperhofen	500	1988	produziert
	Genossenschaft	Mureck	1.000	1991	produziert
	Genossenschaft	Güssing	1.500	1991	produziert
	BioEnergie	Aschach	10.000	1991	stillgelegt
	RME-GmbH	Bruck/Leitha	15.000	1992	produziert
	Genossenschaft	Starrein	500	1992	produziert
	EVVA	Margarethen	2.000	1992	Pilotanlage
	AME-GmbH	Pischelsdorf	30.000	1996	Projekt
Niederösterreich					
	Genossenschaft	Asperhofen	500	1988	produziert

RME-GmbH	Bruck/Leitha	15.000	1992	produziert
Genossenschaft	Starrein	500	1992	produziert

zu 6)

Im Rahmen der EU-Förderungsprogramme ist die Förderung von Biodieselanlagen sowohl im Ziel 5b-Programm, als auch in der Investitionsrichtlinie des Bundes vorgesehen. Sowohl das Ziel 5b-Programm, als auch die Investitionsrichtlinie befinden sich zur Zeit bei der Europäischen Kommission in Brüssel zur Genehmigung.

Liegt eine neu zu errichtende Anlage im Ziel 5b-Förderungsgebiet, können bis zu 34 % EU-Mittel angesprochen werden. Außerhalb der EU-Programmgebiete erfolgt die Förderung aus nationalen Mitteln.

Die Förderung besteht in Zinszuschüssen von max. 50 % und in Investitionszuschüssen von ebenfalls max. 50 %, wobei jedoch ein Gesamtförderungsausmaß von 80 % des Investitionsvolumens nicht überschritten werden darf.

zu 7)

Wie schon in der Beantwortung zu Frage 4) angeführt, sollten die Biodieselerzeugungsanlagen meiner Meinung nach in einer Größenordnung von 1.000 - 2.000 t RME Erzeugungskapazität liegen und damit eine Anbaufläche von 1.000 - 2.000 ha Raps im Jahr binden. Der Vorteil solcher Anlagen liegt auf der Hand. Durch die Kreislaufwirtschaft bleibt das Geld in der Landwirtschaft und damit in der Region, darüber hinaus erhalten die Betreiber durch den anfallenden Ölkuchen wertvolles Futtermittel. Damit kann wiederum Sojaschrot als Eiweißfutter ersetzt werden.

zu 8)

Durch die Errichtung einer Biodiesel-Erzeugungsanlage mit einer Jahresleistung von 1.000 - 2.000 t RME/Jahr werden drei Arbeitsplätze geschaffen. Bei Errichtung einer Großanlage mit einer Jahresleistung von 30.000 - 50.000 t RME/Jahr werden etwa 15 - 20 Arbeitsplätze geschaffen.

zu 9)

Da bereits ein bestehendes Förderungsinstrumentarium besteht, sind die Frage des Zeithorizontes bzw. die einzelnen Realisierungsschritte abhängig von der Initiative des oder der Betreiber.

zu 10)

Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß Biodiesel steuerfrei gestellt sein sollte (Umweltbonus!). Dies wurde aber die von mir seit Jahren angestrebte Umstellung des Steuersystems voraussetzen, so-

daß in Zukunft nicht mehr die menschliche Arbeitskraft sondern der Verbrauch von fossiler Energie Steuergegenstand ist. In diesem Bereich hat es von mir sehr viele Vorstöße gegeben und werde ich in diesem Bereich weiterhin aktiv sein. Ich könnte mir durchaus vorstellen, in gewissen Bereichen die Verwendung von Biodiesel vorzuschreiben, da dieser in so gut wie allen Komponenten dem fossilen Diesel überlegen ist:

- CO und Partikel	minus 17 %
- Kohlenwasserstoffe (Kanzerogen!)	minus 22 %
- Ruß	minus 52 %
- Polyaromathe	minus 46 %

Allerdings muß ich darauf hinweisen, daß für derartige Regelungen eine Kompetenz des Landes NÖ nicht gegeben ist, sondern hier die Zuständigkeit des Bundes vorliegt.

Das Land NÖ ist in seinem eigenen Bereich um eine Forcierung des Einsatzes von Biodiesel bemüht. So wurde im Vorjahr im Bereich der NÖ Straßenverwaltung (Straßen- und Autobahnmeistereien), sowie des NÖ Güterwegebau (Bauhof Absdorf) damit begonnen, versuchsweise in den Fahrzeugen und Maschinen Biodiesel einzusetzen. Diese Bestrebungen sollen im heurigen Jahr verstärkt weitergeführt werden, um weitere Erfahrungen gewinnen zu können. Im Bereich des NÖ-Güterwegebau besteht für 1995 das Ziel, nahezu den gesamten Bedarf an Diesel (ca. 80.000 - 100.000 l) durch Biodiesel zu ersetzen.

Abschließend darf ohne Übertreibung festgestellt werden, daß NÖ in der Biodieseltechnologie weltweit führend ist. Die Mehrzahl der europäischen Landwirtschafts- und Umweltminister besuchten bereits Anlagen in Niederösterreich. Minister aus der Ukraine und Delegationen aus den USA waren ebenfalls in dieser Angelegenheit in Niederösterreich.

Zahlreiche Universitäten in Europa und Übersee stehen mit Asperhofen ständig in Verbindung. Nach diesem Vorbild sind zahlreiche Anlagen in Österreich und in anderen Ländern Europas errichtet worden. Derzeit wird gerade eine Anlage in Sachsen errichtet. In Planung sind Anlagen in Dänemark, der Schweiz und anderen europäischen Ländern."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Die Abgeordneten Friewald, Böhm, Dr. Strasser, Klupper, Hoffinger, Litschauer, Hiller haben nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung den Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Sicherheit in Niederösterreich", eingebracht.

Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung ist diese Aktuelle Stunde am Beginn der Sitzung und am Beginn der Tagesordnung durchzuführen, wenn die Zustimmung des Hohen Hauses vorliegt. Ich darf daher die Frage stellen, ob hier die Zustimmung gegeben wird. *(Nach Abstimmung darüber):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Abhaltung dieser Aktuellen Stunde. Ich darf auch hier nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung noch einmal auf die Redezeit aufmerksam machen. Der Antragsteller hat die Möglichkeit, bis zu 15 Minuten zu reden, jedes Regierungsmitglied ebenso, die Damen und Herren Abgeordneten bis zu 10 Minuten. Ich ersuche, diese Geschäftsordnungsbestimmungen entsprechend einzuhalten und ich bedanke mich dafür bereits jetzt bei den heute agierenden Rednern. Nunmehr darf ich den Herrn Abgeordneten Friewald als Antragsteller bitten, die Meinung der Antragsteller darzulegen.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren der Regierung! Hohes Haus!

"Sicherheit in Niederösterreich" - eine aktuelle Frage. Aktuell aus welchem Anlaß heraus? Ist Sicherheit ein Thema, das man ohne weiteres in der Diskussion so leicht und rational erklären kann? Ich glaube es nicht nur, daß es nicht erklärbar ist. Darüber hinaus ist Sicherheit für den Menschen etwas, was er spüren muß. Das heißt für mich, es ist ein Lebensgefühl der Menschen, welches vermittelt wird. Und gerade dieses Vermitteln eines Sicherheitsgefühls ist in letzter Zeit sehr wohl durch verschiedenste Vorfälle aktualisiert worden. Denn wie der Herr Präsident bereits ausgeführt hat, ist es 50 Jahre her, daß wir Frieden in diesem Land haben. Es ist 40 Jahre her, daß Österreich ein freier Staat ist. Aber es ist noch nicht zu lange her, daß wieder Bombenterror in Österreich auftritt. Und egal ob dieser Bombenterror aus einer links- oder rechtsextremen Szene kommt, er ist da und er muß verurteilt werden. Er ist ein Faktor, der sehr wohl zu diesem Lebensgefühl, zu diesem Sicherheitsverständnis der Bevölkerung beiträgt.

Wir, die wir politisch tätig sind, haben aus der Geschichte nicht nur zu lernen, sondern in meinen Augen aus der Geschichte eine Verpflichtung übernommen. Eine Verpflichtung gegenüber denjenigen Personen, die vor 50 Jahren bereit waren, nach den Kriegswirren auch noch unter Einsatz ihres Lebens bereits eine provisorische Regierung in diesem Österreich zu gründen. Ja, bereit waren, für einen freien, demokratischen Staat einzutreten. Von denen haben wir sehr wohl eine Verpflichtung mitbekommen, dieses Gut der freien demokratischen Führung eines Staates weiter zu bewahren und in seiner Existenz zu sichern.

Ich glaube, daß wir bei allen Diskussionen, die stattfinden in der Bevölkerung, egal, worum es geht, ob es sich um Mord dreht, um Totschlag, um Unfälle, ja Naturkatastrophen, bis hin zu Bären, über die wir diskutieren und die sehr wohl auch oft Fragen der Sicherheit aufwerfen in der Bevölkerung, bei allen Diskussionen in diesem Bereich im Politischen sehr wohl dieses umspannende Feld auch so beleuchten müssen. Und wir müssen auch sehr wohl die Faktoren aufzeigen, die wesentlich in unserem Land bereits jetzt dazu beitragen, daß sich die Bevölkerung sicher fühlen kann und auch sicher fühlt.

Wenn wir bei Katastrophen bleiben, dann sind Feuerwehr und die freiwilligen, aktiven Helfer in den diversen Vereinigungen ein sehr wesentlicher Faktor, daß der Mensch sich sicher fühlt. Wir sollten diese Dinge nicht unter den Scheffel stellen, sondern sehr wohl in den Blickpunkt rücken. Sicherheit bedeutet auch das Rote Kreuz. Dort sind freiwillige Helfer sehr wohl tagtäglich bereit, immer wieder, wenn sie gerufen werden, im Dienste der Menschen, des menschlichen Lebens, zu stehen. Das sind sehr wohl auch Begriffe, die zur Sicherheit und zum Sicherheitsgefühl in diesem Land für diese Menschen beitragen. Wenn wir darüber hinaus die Fragen der Kriminalität, der kriminellen Szene, des organisierten Verbrechens, des Drogenflusses in der Diskussion erleben, dann haben wir daraus sehr wohl auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung, zu unserer Exekutive, die im Dienste dieser Bevölkerung aktiv ist, zu stehen. Und auch mit dieser Exekutive aktiv an die Bekämpfung dieser länderübergreifenden, ja Europa umspannenden Dinge sehr wohl heranzutreten und sie zu bekämpfen. Die Frage der Sicherheit ist auch ein Punkt, die über die Grenzen hinaus geht

und diese Grenzen sehr oft beleuchtet, etwa durch Kriegswirren, die vor Ort stattfinden. Und hier wird uns dann auch bewußt, bei aller Kritik zu einem Bundesheer, daß wir das Bundesheer brauchen. Ja, es ist ein deutliches Bekenntnis notwendig von der Politik, wenn wir den Faktor Sicherheit in diesem Land beschreiben wollen, daß wir zur Wehrfähigkeit dieses demokratischen Staates stehen. Das ist auch eine Verpflichtung, sich aktiv an und in diesem Bundesheer mit zu beteiligen und zu dieser Wehrfähigkeit sich zu bekennen. Dafür muß die Politik Vorbild sein. Und da sind wir auch gefordert, diese Dinge an unsere jungen Menschen, an unsere jungen Bürger weiterzugeben.

Der Begriff der Sicherheit geht allerdings über diese genannten Themen für mich noch weit hinaus. Er betrifft die Frage der Demokratie und des Demokratieverständnisses überhaupt. Was verstehen wir landläufig unter Demokratie? Wenn Mehrheitsfindungen passieren und eine Mehrheit eine Entscheidung findet, dann wird sehr deutlich von kleinen Fraktionen, von der Minderheit artikuliert, die Mehrheit "fährt ja über uns drüber". Hier stellt sich das System in Frage. Denn Demokratieverständnis heißt, gerade bei Mehrheitsentscheidungen auch im sachlichen Bereich offen zu bekennen, daß eben in einer Sache von der Mehrheit anders entschieden wurde und ein Bekenntnis, das man mit seiner Meinung unterlegen ist, auch abzugeben. Wenn wir im politischen Bereich nicht bereit sind, wirklich Vorbildleistung zu erbringen, dann sind wir sehr wohl mitverantwortlich in der Radikalisierung unseres politischen Lebens. Denn Demokratie - und das kann nicht oft genug betont werden - ist eine Entscheidung von Mehrheiten.

Demokratie - und das hat Winston Churchill bereits festgestellt - ist eine Staatsform, die nicht die glücklichste ist. Aber nennen Sie mir eine bessere! Und unter diesem Aspekt sollten wir auch unsere Demokratie sehen. Wir haben die Möglichkeit, in der Demokratie frei zu reden, unsere Meinung zu äußern und uns einzubringen und im Spiel dieser Demokratie die Mehrheit in einer Diskussion zu finden. Das heißt, es gilt andere davon zu überzeugen, daß sie bereit sind, in dem Bereich mitzugehen und damit eine fundierte Mehrheit zu erhalten. Aber es kann kein Demokratieverständnis sein, wenn Kleingruppierungen, wenn sie ihre Meinung nicht durchsetzen, dann behaupten, daß wir kein Demokratieverständnis besäßen. Wenn wir das nicht aufzeigen, sind wir über kurz oder lang genauso mitverantwortlich an der Radikalisierung und an dem Extremismus, ob links oder rechts.

Wir tragen diese Verantwortung. Wir müssen dieses Bewußtsein unseren jungen Menschen weitergeben, die in Zukunft in diesem Land Verantwortung tragen. Wir müssen artikulieren, daß es in einer Demokratie Probleme geben kann. Daß das aber Probleme sind, die offen, durch freie Meinungsäußerung, durch Diskussion gelöst werden können. Diese Probleme sind es, zu deren offener Diskussion wir aufgefordert sind. Aufgefordert auf sachlicher Ebene sehr wohl sehr hart uns voneinander abgrenzend zwischen den Parteien zu diskutieren, aber darüber hinaus die Gesprächsbereitschaft im Persönlichen uns immer wieder zu erhalten. Und zu signalisieren nach außen hin, daß hier Menschen agieren, die sehr wohl miteinander sprechen und dieses Miteinander Sprechen auch zeigen. Ich glaube, daß dies Voraussetzungen und Verpflichtungen sind, die wir im politischen Bereich übernommen haben. Und sehr wohl übernommen haben im Bewußtsein, diesen Staat in dieser, seiner derzeitigen Staatsform auch vernünftig weiterzuführen.

Für mich ist es daher verwunderlich, wenn wir 50 Jahre nach Gründung dieses Staates darüber diskutieren, ob wir eine dritte Republik brauchen. Für mich ist es verwunderlich, daß wir, die wir sehr bewußt und sehr bestimmt sagen sollten, daß wir in einem der sichersten Staaten dieser Welt leben, sehr oft mehr als genug Kritik an unseren Sicherheitsorganen üben, die ihren Dienst im Sinne der Menschen in unserem Staat erbringen. Wenn wir im politischen Leben nicht wirklich lernen, auch Vorbildfunktion zu sein, nicht auch lernen, vorzuexerzieren was Demokratie bedeutet, welche Spielregeln in dieser Demokratie notwendig sind, um dieses Gefüge zu erhalten, wenn wir das nicht weiter transportieren, dann sind auch wir verantwortlich für den radikalen Bereich.

Ich glaube aber, daß es in den letzten Jahren sehr wohl in diesem Haus, in diesem Land Niederösterreich gelungen ist, durch Zusammenarbeit aller Kräfte für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen. Und diese soll erhalten bleiben. Darum möchte ich Sie, meine geschätzten Damen und Herren hier in diesem Hohen Hause, bitten, daß wir auch in Zukunft sachlich die Argumente diskutieren, darüber hinaus aber bereit sind, für dieses freie demokratische Niederösterreich in letzter Konsequenz auch zu kämpfen. *(Beifall bei der ÖVP sowie Abg. Präs. Koczur, LHStv. Höger und Abg. Uhl.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich darf die Lehrer und Schüler der Hauptschule Hausbrunn, welche auf der Galerie Platz genommen haben, herzlich namens des Landtages begrüßen. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Das Thema Sicherheit ist so umfassend und ich glaube, daß das Sicherheitsgefühl, das Sicherheitsverlangen in jedem Menschen, in jedem Lebewesen, in der Natur so stark verankert ist, daß das eigentlich die Grundvoraussetzung für das Leben, für die Weiterentwicklung ist.

Es wird die Sicherheit meistens nur unter den negativen Aspekten des Terrorismus, der Kriminalität gesehen. Ich darf aber darauf hinweisen, daß wir hier in diesem Land so viel Sicherheit erarbeitet haben, die Politiker zusammen mit der Bevölkerung, daß wir sie gar nicht mehr richtig schätzen. Die Sicherheit, die wir in der Familie haben, in der Bildung, im Gesundheitswesen, im Verkehr, in der Arbeitswelt, in der Wirtschaft, natürlich auch im Umweltschutz und auch Sicherheit für Leib und Leben sowie die Sicherheit für Hab und Gut. Das ist alles ein Paket, ich erhebe nicht Anspruch, hier alles vollzählig aufzuzählen. Aber ich glaube, man muß unter dem Wort Sicherheit in Niederösterreich auch einmal Revue passieren lassen, in welcher Umwelt wir hier leben und wieviel geleistet wurde und wieviel noch zu leisten sein wird. Das bestreitet niemand. Aber wieviel man auch wieder eliminieren wird müssen. Denn es geht ja nicht an, daß immer nur dazukommt. Die Zeit verändert sich, daher verändert sich auch der Bedarf an gewissen Sicherheitsmaßnahmen.

Wir sind in die EU gekommen und haben eigentlich, wenn man jetzt die Kriminalität hernimmt, eine Statistik, die sich sehen lassen kann. Ich glaube, daß wir uns hier nicht genieren müssen. Die Fälle für strafbare Handlungen sind 1994 nicht gestiegen, sie liegen bei 500.000. Gewaltverbrechen sind im wesentlichen gesunken und die Aufklärungsquote ist um 3,6 % gestiegen. Das sind jetzt alle statistischen Zahlen, die im wesentlichen das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in Österreich und im speziellen in Niederösterreich natürlich nicht befriedigen. Aber wir können hier schon auch mit Genugtuung sagen, daß die Exekutive und die zuständigen Ministerien und verantwortlichen Beamten ihre Arbeit so getan haben, daß wir immerhin eine Aufklärungsquote von 45,2 % haben. Und in Niederösterreich bitte - und wir reden ja hier über Niederösterreich - mit

Abstand an der Spitze der Bundesländer liegen. Und darauf können wir durchaus etwas stolz sein.

Ich glaube, daß verschiedene Gesichtspunkte neu sind. Das ist die Öffnung des ehemaligen Ostblockes, die uns doch große Probleme bringt. Aber nicht nur in der Kriminalität, nicht nur in der organisierten Kriminalität, auch im Verkehr. Jeder weiß, wie gefährlich verschiedene Lastautos sind, wenn sie nicht ordentlich ausgerüstet sind. Diese Sicherheit müssen wir verstärken an den Grenzen. Nicht nur aus dem Grund, weil wir unsere Bürger schützen müssen, sondern weil wir auch eine Verpflichtung übernommen haben mit dem Schengener Abkommen, die Grenzen zu schützen. Und dazu gehört auch dieser Schutz.

Mit einigem Unverständnis stehe ich dem Vorgehen der Exekutive gegenüber, wenn ich sehe - ich bin meistens leidtragend da, ist man etwas emotionell - mit welcher Härte Parksünder bestraft werden. Kaum stellt man ein Auto wohin, ist schon jemand da und "pickt" einen Zettel drauf. Auf der anderen Seite lese ich in der Zeitung, daß man Bordelle aushebt und daß man dort Mißstände findet. Und dann denke ich mir, gut, jetzt haben sie durchgegriffen. Drei Tage später alles beim Alten und alles wieder in Betrieb. Also hier fehlt es entweder an der rechtlichen Handhabe oder am Willen. Mir geht es nicht um das Bordell - ich bin gar nicht gegen Bordelle, das möchte ich ganz offen sagen. Mir geht es darum, daß in diesen Bordellen - bitte, das nicht falsch zu verstehen - eigentlich Freiheitsberaubung vorkommt, Nötigung vorkommt und auch die Menschenrechte mißachtet werden. Und das, glaube ich, ist der Punkt, an dem man wirklich einmal nachdenken sollte, ob man diese Toleranz wirklich weiter behält gegenüber derartigen Etablissements. Schließlich und endlich sind die Menschen, die dorthin kommen, nicht immer schlecht, sondern oft von der Not hineingetrieben. Umso weniger habe ich dann Verständnis für diese Vorgänge.

Auch die Drogenszene: Jeder Schüler kann Ihnen genau sagen, wo er Drogen beschaffen kann, ich habe das hier schon einmal gesagt. Nur die Exekutive weiß es nicht, die jagt lieber Parksünder. Und diesbezüglich sind wir sicher aufgerufen, etwas mehr für Ordnung zu sorgen.

Wenn wir jetzt zum Beispiel sehen, daß 30 % der kriminellen Handlungen bereits vom Bundesministerium für Inneres mit organisierter Kriminalität eingestuft werden, so wird es auch an der Zeit sein, daß wir hier massiv europäisch - und wir gehören jetzt zu Europa - zusammenarbeiten.

Und es ist daher unverständlich, daß bis heute von der Polizei für die Europol noch immer niemand nach Brüssel entsandt wurde, um dort wirklich eine Verbindung herzustellen, und die Datenbanken, die dort auf Zugriff warten, konsumiert und sie nach Österreich transferiert, damit wir hier tätig werden können. Ich weiß, Europol ist auch eine Zankerei der EU-Minister. Also es ist nicht unsere Schuld, daß es nicht funktioniert. Auf der anderen Seite glaube ich, daß diese intensive Klammer aller positiv Denkenden diese Kriminalität einengen kann.

Am 28. April sind wir dem Schengener Abkommen beigetreten. Wir haben damit die Aufgabe übernommen, 1.250 Kilometer Grenze zu schützen. Und zwar in der Form zu schützen, daß auch die EU-Länder hinter uns geschützt sind. Ich sehe hier ein Problem. Es gibt nur ein Hick-Hack zwischen Innenministerium, Verteidigungsministerium, Finanzministerium. Und hier werden wir auch aufgerufen sein, und ich ersuche auch die Landesregierung - wir haben ja die längste Grenze, die größten Probleme - darauf hinzuwirken, daß endlich einmal Klarheit über die Kompetenzen geschaffen wird. Und vor allem daß nicht etwas getan wird, was später wieder zu enormer sozialer Härte und zu Problemen führen wird. Denn diese Grenzbeobachtung ist nur temporär. Sie wird nicht auf ewig sein. Jetzt hören wir schon, daß man daran denkt, die Tschechei, die Slowakei aufzunehmen. Dann verschiebt sich das. Man muß daher hier Einsatztruppen beweglich und flexibel plazieren, die wir nachher wieder abziehen können, ohne zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen zu haben, die wir dann eigentlich wieder vernichten müssen. Ich glaube, daß das ein ganz wesentlicher Punkt ist, weil die Menschen, die so eine Aufgabe übernehmen, ja auch eine Zukunftsperspektive haben müssen. Und diese Härtefälle sollte man vermeiden. Noch einmal möchte ich zum Abschluß sagen, ich glaube, daß wir Österreicher uns weltweit unserer Sicherheit wirklich brüsten können und daß wir zeigen können, daß wir hier bewußt für die Bevölkerung ein Netz geschaffen haben, in dem es sich relativ gut leben läßt. Die Zukunft wird uns aber immer wieder fordern und dieser Forderung müssen wir uns stellen. *(Beifall bei LIF, Abg. der ÖVP und LHStv. Höger.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Herr Kollege Ing. Dautzenberg! Dein Beitrag zum Thema "Sicherheit in Niederösterreich" sind Allgemeinplätze. Es war etwas "um den Brei herumreden", keine konkreten Aktionen oder Vorstellungen. Aber was soll es? Wir haben uns mit dem Thema "Sicherheit in Niederösterreich" als Freiheitliche schon beschäftigt seit Jahren. Und wir haben auch - und ich behaupte, im wesentlichen in der Bundespolitik - wesentlich dazu beigetragen, daß in der Sicherheitspolitik in Österreich andere Wege gegangen werden. So ist auch mein Antrag vom April zu sehen, wo jetzt wiederum die ÖVP in Form einer Aktuellen Stunde versucht, auch ihren Teil zur Sicherheitspolitik beizutragen. Nur glaube ich, was der Kollege Friewald gesagt hat waren Sonntagsreden und sonst überhaupt nichts. Er hat sehr schön gesprochen, keine Frage. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der ÖVP. - Abg. Lembacher: Also mit welchem Recht qualifizieren Sie hier, frage ich mich! Das ist doch eine Frechheit!)*

Aber die Sicherheit, Herr Kollege Friewald, war da wirklich sehr, sehr dürftig oder es war überhaupt nichts drinnen. Aber was soll es? Ich habe auch nicht mehr erwartet von der ÖVP. Ich muß mich jetzt wirklich beschränken, um in dieser kurzen Zeit wirklich zu relevanten Dingen der Sicherheitspolitik in Niederösterreich und bundesweit einzugehen.

Wenn gesprochen wird immer wiederum, daß die Kriminalstatistik bei Gewaltverbrechen im Sinken begriffen wäre, das ist ein Irrtum. Und ich weiß nicht, woher einige Politiker immer wiederum ihr statistisches Material nehmen. Ich habe das letzte hier über Niederösterreich, die Veränderung von 1992 auf 1994, und bitte, das kann jederzeit angefordert werden in der Herrengasse, im Innenministerium, im Büro des Sicherheitsbüros. Da steht unter anderem, daß die strafbaren Handlungen um 3,9 % gestiegen sind, die Verbrechen um 31,8 %, immer 1994 gegenüber 1993. Die Vergehen um 3,7 %, die strafbaren Handlungen gegen Fremde um 14,8 %. Ja da steht sogar, Vergehen um 2,28 %, meine Damen und Herren. 15 % bei schweren Delikten, aufgeschlüsselt in Mord 15 %. Ich könnte Ihnen eine ganze Liste der einzelnen Delikte hier vorlesen, es wäre müßig. Das können Sie alle bitte sich beschaffen, es ist frei zugänglich. Der alte Innenminister Löschnak hat diese Zahlen präsentiert.

Soweit einmal zur realistischen Diskussion hier in Niederösterreich. Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen, wie immer getan wird, sondern es ist eine Herausforderung sondergleichen.

Umso mehr als, wenn Sie heute nur wiederum die Tageszeitungen lesen was sich gestern ereignet hat in der Strafanstalt Garsten. Daß hier Schwerstkriminelle, internationale Schwerstkriminelle verwahrt werden in einer Art, die ein Hohn ist, und die mehr oder weniger zuhauf jeden Tag ausbrechen. Daß es Morde gibt, daß kein Tag mehr vergeht, an dem es nicht schwere Verbrechen gibt. Auch das gehört zur Sicherheit. Und es kann nicht so sein, daß wir Gesetze schaffen, diese nicht administrieren und nicht entsprechend vorgehen. Das ist die Herausforderung zum Thema Sicherheit und nicht nur Sonntagsreden. Das ist gut und schön, aber wir leben nicht in einer heilen Welt, die Sie sich vorstellen, sondern das sind die Gegebenheiten, denen wir ins Auge blicken müssen.

Meine Damen und Herren! Und wenn Sie nur ein Beispiel, wenn auch gesagt wurde, wie sehr in Österreich Vorsorge getroffen wird, insbesondere in Niederösterreich, daß für die Sicherheit genug getan wird, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß bei der Gendarmerie von 883 Gendarmerieposten meine Damen und Herren, nur 86 rund um die Uhr geöffnet sind. 800 sind nicht mehr geöffnet. Die Gendarmeriepostenschließungswelle, die es Jahre hindurch gegeben hat, das neue Dienstsysteem kann doch bitte nicht dazu beitragen, daß die Sicherheit in Österreich gewährleistet ist. Das ist ein Hohn! Und wenn Sie 'rausgehen, sich in der Bevölkerung umhören, die Gendarmerieposten besuchen usw. Ich glaube, der neue Herr Innenminister tut das ja auch sehr fleißig. Er beginnt im Westen, wo er sich mehr Sympathie wünscht, soll er, das ist seine Sache. Aber er soll bitte 'rausgehen und auch nicht, wie der Herr Innenminister, der Herr Löschnak gesagt hat, er hätte seine Beamten nach Bayern, ins Rheinland geschickt, um den bundesdeutschen Grenzschutz zu studieren. Meine Damen und Herren! Ich frage mich wirklich, ich habe das dem Innenminister persönlich gesagt, ja glaubt ihr denn allen Ernstes, daß es in Bayern, im Rheinland die größte Kriminalität gibt, die größte Herausforderung? Die gibt es an der Ostgrenze, die gibt es an der Ostsee, die gibt es an der Oder-Neiße-Linie. Da sind die Verbrechen, da muß man hingehen und vor Ort erkunden, wie es die Bundesdeutschen machen. Das sind Dinge, die ich als selbstverständlich voraussetze, wenn ein Sicherheitsdirektor und hohe Beamte, wie sie ja zuhauf im Ministerium sitzen, auch sich um das kümmern sollten und wirklich hinausgehen und nicht nur bei Anlässen und Festivitäten Sonntagsreden halten, so wie heute hier. Sondern wirklich die kleinen Beamten fragen, wo der Schuh drückt und was man tatsächlich unternehmen kann.

Dann kann man von Sicherheitspolitik reden. Dann wissen wir zumindest, und wir als Politiker müssen es ja zuerst wissen, was wir tun sollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sage Ihnen das nur an einem Beispiel des Grenzschutzes. Seit Jahren, das wissen wir, haben wir ein Ansuchen gestellt an die EU, daß wir Mitglied werden müssen. Wir wissen aber auch, daß es das Schengener Abkommen gibt, daß wir eine Verpflichtung übernehmen insgeheim und insbesondere für die Sicherung der Ostgrenzen außerhalb oder innerhalb der EU. Was haben wir bis jetzt gemacht? Null komma Josef, so nach dem Bier ungefähr. Außer Papier ausgetauscht wurde nichts getan, überhaupt nichts. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Herr Kollege Dr. Bauer, so ist es. Ich kann wirklich ein Lied davon singen. Ich habe Löschnak, es hat Jahre gebraucht, bis wir - ich sage nicht, ich alleine, aber ich habe wesentlich dazu beigetragen - ihn einmal dazu animiert hatten, überhaupt einmal das bundesdeutsche Grenzschutzmodell anzusehen. Er hat mich immer verhöhnt und hat gesagt, ist ein Blödsinn usw. Vor der Nationalratswahl ist ihm dann scheinbar doch der Knopf aufgegangen, er hat gesagt, das ist eigentlich eine gute Idee, schauen wir uns das einmal an. Und wir haben es uns angeschaut, sind mit guten Vorsätzen, mit einem ausgezeichneten Konzept nach Hause gekommen. Wir waren auch beim Rapport beim alten Innenminister und haben ihm die Papiere vorgelegt. Er hat gesagt, und jetzt beginnen wir schnell nach dem EU-Standard einen Grenzschutz zu installieren. Die Idee und die Vorhaben, die Weihnachtswünsche waren ja gegeben. Nur ist nichts daraus geworden. Geworden deswegen nichts, weil es mittlerweile das Regierungsabkommen, das berühmte Sparpaket, gegeben hat oder noch immer gibt, wo wieder einmal bei den Falschen gespart wird und dort wo es notwendig ist, ist kein Geld dafür da. Und zusätzlich haben wir jetzt einen neuen Innenminister, der wirklich mit anderen Dingen derzeit beschäftigt ist und sich Gedanken darüber macht, wieviel Ausländer wir noch aufnehmen können und was wir ihnen alles anbieten können. Eine großzügige Geste, muß ich schon sagen. Nur, wir sind nicht imstande, als eines der reichsten Länder Europas, dazu zählen wir uns, drei-, viertausend Mann zu rekrutieren, diese entsprechend auszurüsten und auszubilden um endlich einmal die notwendigsten Bedingungen, die europaweit gelten, wie sie in jedem unterentwickelten EU-Land schon gang und gäbe

sind, zu schaffen. Dazu sind wir nicht in der Lage.
(Beifall bei der FPÖ.)

Aber wir sind splendid, großzügig wie immer, wir machen es immer wiederum: Bei diversen Staatsbesuchen lassen wir da ein paar Millionen fallen, dort auch ein paar Millionen, spielt ja auch keine Rolle. Um anderer Leute Geld ist uns überhaupt nichts zu teuer. Nur wo man es sinnvoll anwenden sollte, da fehlt es. Und das sind Lächerlichkeiten, Lächerlichkeiten! Und wenn ich nur ein Beispiel nennen darf, ich habe es schon wiederholt gesagt: Da gibt es in Hainburg eine Schiffszollwacheabteilung ohne Schiff. Seit vier Jahren. Im Juli 1991 verunglückten tragischerweise drei Kollegen, sind "abgesoffen", weil wir uns nicht leisten konnten, technisch sie so auszurüsten, daß dieser Unfall hätte vermieden werden können. Der Kollege sitzt noch immer am Strand, mit Megaphon, winkt freundlich, die Schiffe fahren ein und aus nach Preßburg. Jeder weiß, daß Preßburg europaweit eine der Zentralen des Rauschgifthandels ist. Die fahren mit vollen Fuhren nach Österreich, können ungehindert von Preßburg bis nach Wien frei, ohne Kontrolle fahren. Jetzt frage ich mich, was es noch für einen Sinn hat, daß wir auf der anderen Seite versuchen, Gelder aufzuwenden, wenn wir hier Tür und Tor öffnen. Meine Damen und Herren! Das sind die Dinge. Da haben wir nicht die lächerlichen drei, vier Millionen Schilling, um ein solches Boot anzuschaffen. Wir sind nicht in der Lage, im Finanzministerium, im Innenministerium, wo es zwei "rote" Minister gibt, endlich einmal klar zu werden, welches Personal vom Finanzministerium, von der Zollwache zum Innenministerium wandern soll. Das sind Dinge, da werden seit vier Jahren Papiere ausgetauscht. Da gibt es Konfe-

renzen, da gibt es, ich weiß nicht, was alles. Das ist ein irrsinniger Papierkrieg, Bürokratie. Und mittlerweile ist es mit der Sicherheit in Österreich so weit, daß wir die Horrorzahlen, die Horrormeldungen tagtäglich hören müssen und daß die Sorge um die Sicherheit der Bürger, vor allem der kleinen Bürger berechtigt ist, weil sie wissen, daß so, mit dieser Vorgangsweise bei Gott keine Sicherheit in Österreich und schon gar nicht in Niederösterreich gegeben sein kann.

Und wenn der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll, er ist jetzt nicht hier, von den NÖ Sicherheitsbeamten so schön spricht, von der Zukunft "Die Polizei 2000 - Made in Niederösterreich", na, dann ist das mehr als eine Sonntagsrede. Bis jetzt hat er immer gesagt, er hat keine Kompetenz. Er hat sie scheinbar nur bei Postenbestellungen, bei Versetzungen, wenn es um hochrangige Posten geht, dann hat man die Kompetenz. Auch der Herr Landeshauptmann. Ich würde ihm raten und auch der Landesregierung, sich um andere Dinge zu kümmern, nicht nur um Versetzungen und diverse Dinge. Die sind wirklich sekundär. Hier kann er jetzt zeigen, aber nicht nur mit der Errichtung einer Sicherheitsakademie in Traiskirchen, das ist zu wenig. Wir haben eine. Wir haben eine Cobra - und ich habe es auch schon gesagt, und ich wiederhole mich jetzt - die irrsinnig gut ausgerüstet und ausgebildet ist, aber die sich seit Jahren selbst bewacht. Das heißt, die sitzen in einem amerikanischen Camp, bestausgerüstet. Nur werden sie nie herangezogen. Ich frage mich, wofür leisten wir uns diese? Das wäre die Kerntruppe einer Grenzschutztruppe nach bundesdeutschem Muster, die überall sofort binnen kürzester Zeit mit technischen Geräten, mit Hubschraubern an den Brennpunkten eingesetzt werden muß. So muß man vorgehen. Wir haben eine Kerntruppe der Wiener Alarmabteilung, die Cobra, wir haben diverse andere Aufsplittungen. Das ist gut, aber ist zu wenig. Das muß man koordinieren. Und dann muß man einmal dem Herrn Pechter sagen, das ist nicht sein eigenes Haus ...

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Kollege, ich muß leider feststellen, die Redezeit ist wesentlich, ich betone, wesentlich überschritten.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Danke. Es wäre noch wirklich viel zu sagen, aber ich hoffe, ich werde noch Gelegenheit haben, zu diesem Thema eingehender zu reden. (Beifall bei der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sivec.

Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Das Thema Sicherheit wird in letzter Zeit vermehrt als politisches Thema in der Öffentlichkeit gehandelt. Es wird im Zusammenhang mit den Ereignissen der Briefbomben, der Anschläge in Oberwart, Stinatz oder in Ebergassing, aber auch das gestrige Ereignis des Ausbruches des Attentäters vom Flughafen und der drei jugendlichen Straftäter in der vergangenen Woche als Anlaß genommen, Sicherheit wiederum zum Tages-thema zu machen. Oft wird aber auch aus Populismus und Effekthascherei das Thema Sicherheit gerne aufgegriffen. Bei näherer Betrachtung stellt sich meistens heraus, daß die handelnden Personen oft aus grober Unkenntnis der Sachlage gehandelt haben. Viele Beispiele zeugen oft davon. Betrachtet man aber die Sicherheit in Niederösterreich - und hier wurden ja schon einige statistische Zahlen gezeigt - so kann man durchaus davon ausgehen, daß Niederösterreich im Reigen der Bundesländer trotz Öffnung der Ostgrenze sinkende Zahlen aufweist, Herr Kollege Preiszler. (Abg. Preiszler, ein Konvolut hochhaltend: Bitte, woher haben Sie diese Zahlen?) Davon ausgehend weiß man aber, daß trotzdem vieles noch getan werden muß. Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Drogenhandel, Autoschieberei um nur einige zu nennen. Die Statistik, Kollege Preiszler - ich weiß nicht, welche Sie aufgelistet haben, ich habe sie auch hier liegen - ist eine Jahresstatistik und zeigt ganz deutlich, daß Niederösterreich in Gesamtheit aller strafbaren Handlungen sinkende Zahlen aufweist. Und das zeigt, daß das Land Niederösterreich trotz Öffnung der Ostgrenze ein sicheres Bundesland ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die steigenden Delikte, die markant sind, das ist der Drogenhandel, der um 90 % angestiegen ist - das hat auch mit der Öffnung der Ostgrenze zu tun - und letztlich der verbotene Drogenkonsum mit 41 %. Das sind einige Punkte, die ich herausheben möchte. Man soll aber nicht vergessen, daß es der NÖ Exekutive gelungen ist - und auch das wurde schon gesagt - die Aufklärungsrate fast bis auf 70 % anzuheben. Daß diese Aufklärungsrate möglich war, liegt letztlich auch an der Verbesserung der Ausrüstung der Exekutive in den letzten Jahren. Die sogenannte Sicherheitsmilliarde ist auch in Niederösterreich wirksam geworden. (Zwischenruf bei Abg. Preiszler.) Allein aus dieser Sicherheitsmilliarde wurde der Fuhrpark erneuert, wurden Funkgeräte, Radargeräte sowie Laserpistolen beschafft, sodaß fast jeder Gendarmerieposten heute schon mit Geschwindigkeitsüberwa-

chungsgeräten ausgestattet ist, oft zum Leidwesen der betroffenen Lenker. Auch wurde für die persönliche Sicherheit der Exekutive so manches getan.

Und ich glaube, man darf auch hier sagen, daß selbstverständlich auch im Bereich der Ausweitung der Dienstposten, wenn man wiederum die Statistik nimmt aus den Jahren 1989 bis 1994, etwas erreicht wurde. 293 Dienstposten mehr wurden geschaffen. Zu dem Problem der Strukturberreinigung und der Dienstzeitregelung gibt es eine Studie, die vom Innenministerium in Auftrag gegeben wurde. Die zeigt ganz klar, daß die Strukturberreinigung und das Dienstzeitregelungsgesetz bereits Früchte tragen. Die befragten Bediensteten begrüßten die stärkere Außendienstpräsenz, die Sektorenstreife. Sie begrüßten auch die Auflösung der kleinen Gendarmerieposten und der zwischengeschalteten Abteilungskommanden. Sie sagen auch, daß es jetzt eine besser kalkulierbare Freizeit gibt. Mit den eingeleiteten Strukturmaßnahmen trägt also das Leitbild "Exekutive 2000" bereits die ersten Früchte.

Meine Damen und Herren! Durch den Beitritt zur EU und durch den Abschluß des Abkommens von Schengen kommt eine neue Aufgabe auf die Exekutive zu. (Abg. Preiszler: Die wäre schon längst angestanden! Seit 5 Jahren schon!) Nun geht es darum, daß die Aufstellung der Grenzschutzeinheiten raschest erfolgen muß. Gleichzeitig sind aber bei den Grenzübertrittstellen die technischen Erfordernisse anzuschaffen, um so die Wartezeiten bei den Grenzübertrittstellen zu minimieren, damit nicht hier zusätzlich Probleme entstehen. Und ich glaube, auch dafür gibt es bereits Ansatzpunkte.

Wenn also die Außengrenze sicher ist, meine Damen und Herren, so wird es auch im organisierten Verbrechen - Drogenschmuggel, Autoschieberei, um nur einiges zu nennen - eine sinkende Tendenz geben, was letztlich für das gesamte Bundesgebiet von Bedeutung sein wird. Das Sparpaket bzw. Konsolidierungspaket hat selbstverständlich auch vor der Exekutive nicht halt gemacht. Der Sparerlaß sieht ja vor, daß ein Prozent der Dienstposten pro Jahr in Niederösterreich und 20 Prozent der Mehrdienstleistungen, sprich Überstunden, eingespart werden sollen. Daß dies bei den Exekutivverantwortlichen mit großer Sorge aufgenommen wurde, ist, meine Damen und Herren, verständlich, da gerade Niederösterreich die höchste Steigerung im Verkehrsaufkommen sowie die längste EU-Außengrenze hat. Dazu kommt noch die steigende Drogenkriminalität, die ich bereits erwähnt habe. In-

wieweit der Sparerlaß in Niederösterreich umgesetzt werden kann, müssen die zuständigen Verantwortlichen für Sicherheit entscheiden, das ist das Landesgendarmeriekommando und die Sicherheitsdirektion. Daß Einsparungen, meine Damen und Herren, aber möglich sind und die Sicherheit darunter nicht leidet, zeigten die Maßnahmen zu den heurigen Osterverkehrstagen in der Verkehrsüberwachung. Die Statistik zeigt, daß keine Erhöhung der strafbaren Taten gegeben waren. Lediglich bei Führerscheinabnahmen war eine geringe Steigerung zu verzeichnen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Auch zeigte sich, daß die Verkehrsunfälle rückläufig waren. Wenn also Strafmaßnahmen angekündigt werden, dann zeigt sich, daß der Fahrzeuglenker sich disziplinierter verhält. Erfreulich ist, meine Damen und Herren - ich habe es der Presse entnommen - daß der neue Staatssekretär angekündigt hat, daß die Einsparungsmaßnahmen bei der Justiz und beim Innenministerium nicht im Außendienst vorgenommen werden, sondern daß daran gedacht ist, im Außendienst Aufstockungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Sicherheit ist ein Thema, das nicht nur die Politik betrifft, Sicherheit ist Thema für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Wenn wir mehr Sicherheit verlangen, meine Damen und Herren, dann muß uns aber auch klar sein, daß dies mit mehr Kosten verbunden ist. Daher muß jener Bereich, der nicht ausschließlich der Exekutive zuzuordnen ist, von privaten Sicherheitsinstitutionen übernommen werden. Der Flughafen Schwechat ist bereits ein Beispiel. In den Medien ist auch berichtet worden, daß etwa die Landesgerichte sich privater Sicherheitseinrichtungen bedienen wollen. Ich habe gelesen, in Klagenfurt bedienen sie sich der "Group 4". Meine Damen und Herren! Sicherheit ist aber auch ein gesellschaftspolitisches Anliegen. Daher muß Sicherheit in der Familie, in der Schule, im Beruf und am Arbeitsplatz, aber auch in der Freizeit gelebt werden. Leisten wir Politiker in allen Bereichen, in denen wir tätig sind, unseren positiven Beitrag zur Sicherheit für Niederösterreich! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zuerst nur ganz kurz ein paar Sätze zum Kollegen Preiszler. Herr Kollege! Der Antrag, der von den Freiheitlichen eingebracht wurde, wird natürlich im Landtag behandelt. Er beinhaltet einen Teilaspekt. Heute reden wir über Sicherheit in Niederösterreich in einer wirklich breiten Form. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Ich möchte eines zu Dir sagen: Du hast hier mehrfach den Ausdruck gebracht, die Vorredner würden hier Sonntagsreden halten. Ich verwahre mich dagegen, daß hier in diesem Landtag Sonntagsreden gehalten werden! Ich verwahre mich aber auch dagegen, daß Politiker Sonntags solche Reden, wie Du meinst, halten. Ich rede öfter am Sonntag. Ich rede kurz, aber was ich rede, das meine ich und ich meine es ernst. Daher möchte ich nicht durch solche Ausdrücke diskreditiert werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich im Rahmen dieser Aktuellen Stunde mit dem Bereich der Exekutive, hier ganz besonders mit der Gendarmerie und der Zollwache befassen. Ich glaube, daß diese beiden Wachkörper sehr wesentlich zur Sicherheit in unserem Bundesland beitragen. Und wenn trotz anhaltender Kriminalität, und ich betone, trotz anhaltender Kriminalität, auch wenn die Steigerung der Kriminalität vom Vorjahr auf heuer nicht mehr so rasant war und sich eingependelt hat, wenn trotz dieser Kriminalität und den vielen Bedrohungsbildern, die es sonst noch im Bereich der Sicherheit gibt, aber auch bitte, der Pannen im Strafvollzug, die wir in letzter Zeit vermehrt feststellen mußten, sich die Mehrheit der Bevölkerung in Niederösterreich und in Österreich sicher fühlt - und das sind laut Gallup-Studie immerhin 66 Prozent - dann verdanken wir dies jenen, die unermüdlich im Bereich der Sicherheit tätig sind. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet eben die Exekutive! Dabei haben Gendarmerie, Polizei und Zollwache seit Jahren mit großen Problemen zu kämpfen. Änderungen in der Organisation wie Postenzusammenlegungen, ein neues Dienstsysteem aber auch Änderungen in der neuen Aufgabenstellung - die Öffnung der Ostgrenzen bedeutet eine gewaltige Änderung in der Aufgabenstellung der Exekutive - aber auch Tätigkeitsverlagerungen nunmehr an die EU-Außengrenze führen zu mehr Belastungen und zu weiteren Belastungen im Exekutivdienst. Der ständig steigende Arbeitsanfall bei geringerem oder gleichbleibendem Personalstand verstärkt den Frust bei den Gendarmeriebeamten. Was die Belastungen betrifft, so ist Niederösterreich ganz besonders stark betroffen. Einige Zahlen dazu: Von den rund 270.000 Gerichtsdelikten im Jahr 1994 österreichweit fallen rund ein Drittel auf Nie-

derösterreich, genau 90.536; davon sind über 20.000 Verbrechenstatbestände. Dramatisch auch der Anstieg der Delikte in den letzten Jahren, wenn auch im letzten Jahr gleichbleibend. Wenn wir nämlich sehen, daß von 1992 bis 1994 es einen Anstieg von 28.304 Delikten gegeben hat, dazu kommen über 260.000 Anzeigen bei den Verwaltungsbehörden, über 300.000 Aufträge und Ersuchen durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsbehörden. Also, ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich. Und wenn man dazu nun die personelle Situation sieht, so wird einem klar, daß die Situation in diesen Wachkörpern eine sehr dramatische ist. Der systemisierte Stand bei der Gendarmerie in Niederösterreich ist mit 3.362 Beamten und 133 Vertragsbediensteten für den Grenzdienst gegenüber dem Vorjahr unverändert. Das ist zweifelsohne gegeben. Die Zahl der Abkommandierungen ist aber gestiegen, sodaß für den dienstbaren Stand im Land nur 2.919 Beamte zur Verfügung stehen. Das sind gegenüber dem Vorjahr um 37 weniger. Die Verfügbarkeit wird natürlich durch Krankenstände und Urlaube ebenfalls beeinflusst. Ich muß also feststellen, daß die vertretbare Grenze der Belastbarkeit bei der NÖ Gendarmerie bereits überschritten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch bei Aussagen von Bundespolitikern zu den Sparmaßnahmen wird immer wieder der Eindruck erweckt, daß die Sicherheit ausgenommen ist. Daß der Bereich der Sicherheit davon nicht betroffen wird. Zuletzt war das eine Aussage von Staatssekretär Schlögl im ORF vor wenigen Tagen; Sicherheit ist ausgenommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Darstellung stimmt nicht! Die Realität ist eine andere. Wenn nämlich im heurigen Jahr in Niederösterreich um 37 Beamte weniger zur Verfügung stehen und 20 % der Überstunden des Vorjahres eingespart werden müssen, wobei dies natürlich bei den Journaldiensten nicht möglich ist, weil das ein geschlossener Dienst ist, so hat das Auswirkungen auf den Dienstbetrieb! Und es gibt ja leider schon wieder Gerüchte - ich hoffe, sie stimmen nicht - daß die Nachtbesetzungen im Wiener Umland reduziert werden sollen. Und wenn auf Grund dieser Sparmaßnahmen heuer kein Grundausbildungskurs durchgeführt wird, so hat das zwar keine Auswirkungen auf die derzeitige Situation, auch nicht auf die Situation im nächsten Jahr. Aber in zwei Jahren fehlen uns dann die jungen Gendarmeriebeamten, die wir letztenendes brauchen, weil die Ausbildung ja zwei Jahre dauert.

Wenn wir die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen und dem Wunsch nach Sicherheit nachkommen wollen, der sehr stark in der Bevölkerung verankert ist, dann dürfen wir im Bereich der Sicherheit ganz einfach nicht sparen. Nicht beim Personal, nicht bei der Ausrüstung und auch nicht bei der Ausbildung. Ich möchte auf die Ausbildung später noch einmal kurz eingehen. Wir stehen nämlich einer nicht zu unterschätzenden Entwicklung gegenüber. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Kriminalität nimmt zu. Und zwar nimmt die Qualität rasant zu. Westeuropäische Kriminelle arbeiten sehr eng mit der russischen Mafia zusammen. Wien und Bratislava sind Schaltstellen des organisierten Verbrechens. Die Organisation in diesem Bereich ist hervorragend, ich würde sagen, viel besser als manchmal die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten in der EU. Eine ganz hervorragende Zusammenarbeit. Wie funktioniert das? Einige kurze Beispiele: Zum Beispiel bei Autodiebstählen. Das Auto wird in Wien gestohlen, in Nizza verändert, in Mailand bekommt es falsche Papiere, über Budapest wird es nach Moskau gebracht. Es gibt auch andere Wege. Oder im Bereich der Geldwäsche. Riesige Geldmengen stehen dieser organisierten Kriminalität zur Verfügung. Waren früher hauptsächlich die Schweiz, Luxemburg, Deutschland zum Beispiel Plätze, die davon betroffen waren, so breitet sich diese Situation nun auch in Österreich ganz besonders aus. Meist über Betriebe mit geringem Umsatz und hohen Angaben bei der Steuerbehörde, bei der Finanzbehörde, wobei nach Bezahlung der Steuer der Rest des Geldes "gewaschen" übrig bleibt. Sie werden solche Betriebe wahrscheinlich selbst kennen, wo Sie sich manchmal fragen, wie kann dieser Betrieb existieren, wenn vorher ein Betrieb zugrunde gegangen ist, weil die Frequenz, weil der Umsatz nicht gestimmt hat. Daraus entsteht ein enormer Schaden für die Wirtschaft, eine Verzerrung im Bereich des Wettbewerbes. Aber auch im Bereich der Drogenkriminalität, der Umweltkriminalität gibt es gewaltige Veränderungen. Und im Terrorbereich gibt es neue Entwicklungen, Anschläge in Niederösterreich, in ganz Österreich weisen darauf hin. Aber bitte überlegen Sie die weltweite Entwicklung wie zum Beispiel die Giftgasanschläge in Japan, Anschläge und Terrormaßnahmen im Bereich der Trinkwasserversorgung und anderes mehr. Hier gibt es eine eigene Entwicklung. Und alle diese Entwicklungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, erfordern eine spezielle, hochqualifizierte Ausbildung, laufende Weiterbildung, Schulung sowie eine enge Zusammenarbeit der Exekutive mit der Wirtschaft und mit internationalen Experten. Eine solche Aus- und Weiterbildungsstätte

fehlt derzeit, sie ist derzeit nicht vorhanden. Die geplante Sicherheitsakademie könnte diese Aufgabe, so meine ich, übernehmen. Der Spatenstich in Traiskirchen, Herr Bürgermeister, ist erfolgt. Ich hoffe, daß es nicht beim Festakt bleibt, sondern daß diese Sicherheitsakademie möglichst bald entsteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die Ausrüstung und die Ausstattung der Gendarmeriebeamten und der einzelnen Posten betrifft, so ist in den letzten Jahren sicherlich einiges geschehen, auch auf unsere Initiative hin. Wir haben ja hier in diesem Hohen Haus Anträge gestellt. Ich glaube, daß hier aber weiter gearbeitet werden muß, daß es einen weiteren Modernisierungsschub geben muß, damit unsere Beamten auf den Posten bestmöglich ausgerüstet sind und über die besten Möglichkeiten der Kommunikation verfügen. Besonders an einigen Grenzübergangsstellen ist hier hoher Nachholbedarf noch zu verzeichnen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich ganz global der Exekutive für ihre gezeigten Leistungen und für ihre Arbeit herzlich danken. Tragen wir alle dazu bei, daß durch geeignete Rahmenbedingungen, durch Anerkennung der Arbeit und auch durch Unterstützung der Arbeit sie ihre so schwierigen Aufgaben erfüllen kann im Interesse und zum Wohle der niederösterreichischen Bürger. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Sivec und Gebert.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich bitte alle Redner, unbedingt die Redezeit einzuhalten. Ich habe bei jedem der Redner die Überschreitungsmöglichkeit genau gleich gehalten, damit auch das klargestellt ist. Bitte, wir haben uns diese Geschäftsordnung selbst gegeben. Herr Abgeordneter Gratzler, bitte.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

"Herr S. begeht im Mai im Lokal D. in Wien gemeinsam mit drei weiteren Mittätern einen bewaffneten Raubüberfall. Die Täter sind mit Scorpion-Maschinenpistolen bewaffnet. Die Lokalgäste werden gezwungen, Schmuckstücke und Bargeld auf die Lokaltische zu legen und sich hinzuknien. Ein Lokalgast muß einem Täter die Schuhe küssen. Den Lokalgästen wird für den Fall, daß sie die Polizei verständigen, das Verschwinden aus Österreich angedroht. Wochen später wird einem Opfer des Raubüberfalls angedroht, sollte es jemandem über den

Raubüberfall erzählen, daß man sein Auto in die Luft sprengen werde. Von den Opfern erstattete keines die Anzeige." Das ist nicht das Drehbuch für irgendeinen Krimi, der nach Mitternacht läuft, sondern es ist eine der vielen Schilderungen in der Abteilung, die sich mit der organisierten Kriminalität beschäftigt. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine ich doch, daß wir heute diese Debatte sehr ernsthaft führen sollen. Und ich habe ein gewisses Unverständnis dafür, wenn es um die Sicherheit in diesem Lande geht, daß der Herr Kollege Friewald sich in seiner Rede eigentlich soweit aufbaut und eine Formulierung findet, so ungefähr übertragen, an der Unsicherheit ist die Opposition und die Minderheit in dem Land schuld. Oder wenn der Herr Abgeordnete Sivec eine Statistik vorweist, ich weiß nicht, wir können vergleichen, aber ich nehme an, wir haben beide die aktuelle Kriminalitätsstatistik aus dem Innenministerium und über diese Zahlen kommt man nicht hinweg. Ich weiß nicht, wie Du dazu kommst, zu sagen, die Kriminalität sinkt. Wir haben im Jahr 1993 genau 72.640 strafbare Handlungen und im Jahr 1994 78.796, das sind genau um 6.156 mehr. Bei dieser Zahl kann man nicht sagen, es sinkt. Und wenn man sich anschaut, wie die einzelnen Delikte steigen, so gibt es zwar ein Kapitel, den Raub, der um 15 % gesunken ist, aber alle anderen Delikte, etwa Vergewaltigung steigt um 11 %, Diebstahl 14 %, Körperverletzung 3,5 %, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang 200 %. Da kann ich nicht mehr davon sprechen, daß die Kriminalität sinkt. Ich habe dafür wirklich wenig Verständnis.

Daher bin ich froh, daß der Herr Kollege Klupper hier sehr klare Worte gefunden hat. Und auch sehr klare Worte dazu, daß die Entwicklung nicht verkannt werden darf und daß man ganz einfach bei der Exekutive reagieren muß. Darauf reagieren kann ich nicht, indem ich Posten einspare, reagieren kann ich nicht darauf, indem ich Gendarmerieposten schließe. Reagieren kann ich nur darauf, indem ich mich vorbereite, wie ich dem begegnen kann. Mit einer Sicherheitsakademie, das ist überhaupt keine Frage, aber auch mit der entsprechenden Anzahl von Exekutivbeamten. Und das passiert zur Zeit nicht, ganz im Gegenteil: Wir haben die Einsparung, die wird auch im Bereich der Exekutive durchgeführt. Nur um eine Zahl zu nennen: 37 Posten auf ganz Niederösterreich bezogen, klingt ja ganz locker. Aber wenn man in Wiener Neustadt 12 Sicherheitswachebeamte einspart im heurigen Jahr und für nächstes Jahr dieselbe Einsparung plant, dann frage ich, wie man da draufkommt, wo wir alle wissen, daß die

Drogenszene mittlerweile von Wien so schön langsam 'rauswandert nach Niederösterreich. Weil in Wien die Exekutive relativ erfolgreich ist in dem Bereich findet daher eine Abwanderung statt. Wir hatten in Wiener Neustadt bereits den ersten Drogentoten zu verzeichnen. Es gibt dort eine Drogenszene. Weshalb man daher gerade dort die Exekutive zurücknimmt, ich muß sagen, dafür haben wir sehr wenig Verständnis.

Wenn man den neuen Minister beobachtet, kommt man vielleicht drauf, daß er die Dinge anders sieht. Denn ich habe doch mit Überraschung am 15. Mai 1995 im Kurier gelesen, daß Innenminister Einem vorschlägt, die Aufenthaltsbewilligungen für die Bosnier von einem halben Jahr automatisch auf ein Jahr auszudehnen. Ich frage mich, was ist das für ein Innenminister, der in dieser Woche die Aufenthaltsbewilligung für die Bosnier automatisch um ein halbes Jahr hinaufsetzt, wenn in derselben Woche der Sicherheitsbericht 1994 herauskommt, und ich darf daraus zitieren: "Auffallend ist auch im Jahr 1994 - ein Trend, der sich bereits 1993 gezeigt hatte - der Anstieg des Anteiles bosnischer Tatverdächtiger in der Ausländerkriminalitätsstatistik. Diese Entwicklung gab Anlaß dafür, bei der Kontrolle im Rahmen der Bosnieraktion strengere Maßstäbe anzulegen." Und es geht so weiter. Und daher verstehe ich das nicht. Ich möchte gar nicht auf irgendeine andere Diskussion, den Innenminister betreffend, eingehen. Ich stelle nur fest, daß Maßnahmen gesetzt werden, die ganz konträr zur Entwicklung und zum eigenen Ministerium getroffen werden. Dagegen sprechen wir uns aus! Es tut uns leid, daß unser Antrag nicht heute schon drangekommen ist. *(Zu Abg. Klupper gewendet:)* Aber ich hoffe, nach dem, was ich Deinen Worten entnommen habe, daß Du dieselben Absichten verfolgst und uns auch unterstützen wirst, weil ich glaube, auch die NÖ Landesregierung muß von uns aufgefordert werden, hier tätig zu werden. Denn sonst schauen wir kampflös zu, wie die Kriminalität steigt und die Bekämpfung sinkt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn wir in der heutigen Aktuellen Stunde über "Sicherheit in Niederösterreich" diskutieren, so möchte ich doch auch darauf hinweisen, daß unter diesem Thema nicht nur über Kriminalitätsraten und Statistiken zu diskutieren ist, sondern

viel umfassender. Und Herr Kollege Friewald hat es ja eingangs auch erwähnt, daß es natürlich auch auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ankommt. Und hier geht es gerade im Sicherheitsgefühl um die Zusammenarbeit aller für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Kräfte. Ob das die Medien sind, wir Politiker, wir alle tragen ein hohes Maß an Verantwortung, bei den Menschen, bei den Bürgern nicht das Gefühl der Unsicherheit zu erzeugen, das es ja in Wirklichkeit nicht gibt, weil Österreich und Niederösterreich noch immer zu den sichersten Ländern der Welt gehört.

Alle Organisationen und viele freiwillige Organisationen tragen zu diesem Sicherheitsgefühl, zu dieser positive Sicherheit in Österreich und Niederösterreich bei. Sei es, wie schon erwähnt, das Feuerwehrewesen, Zivilschutz, Katastrophendienst, die Rettungen, aber natürlich auch unsere hauptberuflichen Exekutivbeamten, die Zollwachbeamten, der Grenzschutz durch das Bundesheer, das alles trägt wesentlich zu unserem Sicherheitsgefühl bei, und natürlich die Polizei und Gendarmerie. Vor allem bei der Exekutive wurde in den letzten Jahren noch unter Minister Löschnak bei der Ausrüstung unserer Sicherheitsbeamten eine wesentliche Verbesserung erreicht. Und man soll auch nicht vergessen, daß in den letzten 20 bis 30 Jahren es wesentliche Fortschritte vor allem in der technischen Ausrüstung gegeben hat wie auch in der Nachrichtentechnik. Und da komme ich darauf zurück, daß es heute ja für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger - und hier liegt es an uns Politikern das auch in der richtigen Art und Weise weiterzugeben - sehr wichtig ist, daß die Sicherheitsbeamten nicht Bürodienst, Journaldienst, Telefondienst versehen, sondern vor allem für den Streifendienst eingesetzt werden. Weil sie damit nicht nur sichtbar für unsere Bürger im Einsatz sind, sondern darüber hinaus auch in der Streifentätigkeit, wie wir ja wissen, die meisten Erfolge bei der Bekämpfung der Kriminalität erreicht werden.

Nun gilt es, nach der Verbesserung der technischen Ausrüstung, auch die Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Exekutivbeamten zu verbessern. Und Minister Einem, der neue Innenminister, hat bereits Anweisung gegeben, daß die Arbeiten an der Entwicklung der Sicherheitsakademie Traiskirchen beschleunigt fortzuführen sind. Und hier soll ja vor allem auch internationale Verbrechensbekämpfung unterrichtet werden, um die bessere Zusammenarbeit aller EU-Staaten zu gewährleisten und die internationale Verbrechensszenen besser in den Griff zu bekommen. Ich

darf das auch heute hier zum Anlaß nehmen, mich bei allen zu bedanken, die sich für den Standort Traiskirchen eingesetzt haben. Beginnend bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger über Nationalrat Fuhrmann und natürlich Innenminister Löschnak, die sich für den Standort Traiskirchen als Sicherheitsakademie sehr eingesetzt haben. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Worum geht es bei dieser Sicherheitsakademie? Oder worum geht es überhaupt dabei? Es geht darum, daß auch für unsere Beamten, für unsere Sicherheitsexekutive eine Ausbildung und Fortbildung eingerichtet wird, die diesen Beamten eine anerkannte und den leitenden Beamten eine universitäre Ausbildung bieten soll. Weiters sollen den Beamten Ausbildungs- und Fortbildungsangebote zur Verfügung stehen, gerade auf ihrem schwierigen Weg, die ihren schwierigen Aufgaben entsprechen. Wir wollen ihnen auch ein noch besseres Ansehen in der Öffentlichkeit verschaffen mit diesen Ausbildungsmöglichkeiten. Viele neue Ausbildungsformen wurden in den letzten Jahren erarbeitet, ich darf nur einige Themen erwähnen, sei es Rhetorik und Konfliktbehandlung, Gewalt in der Familie etc. Wir wissen aus den verschiedenen Sicherheitsberichten, daß gerade die Gewalt in der Familie - ich weiß, das wird nicht sehr gern diskutiert - aber die Gewalt in der Familie einen großen Anteil in der Verbrechensstatistik umfaßt. Hier wird vorwiegend mit weiblichen Beamten und Trainerinnen gearbeitet, um hier unsere Exekutivbeamtinnen und -beamten besser auszubilden. In Planung ist auch noch Führungslehre, Einsatztaktik und vieles mehr. Berufsbegleitende Fortbildung, immer verstärkt sicher durch die Grenzöffnung, erstreckt sich auf Fremdsprachenkurse, Sanitätsausbildung etc. Sie wissen, daß gerade bei Unfällen oder auch aus anderen Gründen, natürlich immer wieder auch hier die Gendarmeriebeamten gefordert sind. Medienbetreuung, um auch dadurch das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken, aber vor allem auch bei Großeinsätzen ist die Medienbetreuung ein wichtiger Punkt des Führungsverhaltens. Wichtig ist auch die Konfliktvermeidung. Ich würde daher alle Kräfte ersuchen mitzuhelfen, daß diese Sicherheitsakademie in Niederösterreich, in Traiskirchen, rasch verwirklicht wird. Es wird ja hier in den nächsten Tagen und Wochen bereits weitere Gespräche, Verhandlungen und Maßnahmen geben, die vom Minister bereits angeordnet sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Exekutivbeamten, vor allem in Niederösterreich, nehmen ihre Aufgaben sehr ernst wahr und sehr gewissenhaft wahr. Sie schützen diesen

Staat, dieses Land Niederösterreich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Sie riskieren sehr oft ihre Gesundheit für unsere Sicherheit! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Dr. Strasser ist als nächster zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Hochverehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit etwa fünfviertel Stunden diskutiert hier der Hohe Landtag, nachdem der Herr Präsident den Tagesordnungspunkt aufgerufen hat, das Thema "Sicherheit in Niederösterreich". Vor etwa 10 Minuten hat mir der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg einen Artikel der "Neuen Freien Zeitung" von gestern zukommen lassen. Ich gestehe, daß ich dieses Blatt nicht regelmäßig lese. Aber ich möchte dem Hohen Landtag nicht vorenthalten, was da zu lesen ist über diese heutige Landtagssitzung. Ich zitiere: "Landtag streicht Sicherheit von der Tagesordnung". Ich zitiere weiter: "Das Thema Sicherheit in Niederösterreich scheint den Landtag nicht sonderlich zu berühren. Ein diesbezüglicher freiheitlicher Antrag wurde nicht auf die Tagesordnung genommen. Klubchef Bernhard Gratzer zeigte sich darüber verärgert. Die Freiheitlichen hätten für Donnerstag, den 18. Mai, das Thema 'Sicherheit in Niederösterreich' beantragt, wie Bernhard Gratzer informierte. Dieser Punkt ist aber nicht auf die Tagesordnung gekommen." Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages! Verehrte Gäste hier im Saal! Seit fünfviertel Stunden diskutieren wir das Thema "Sicherheit in Niederösterreich". Ich darf an meinen Vorredner, Herrn Abgeordneten Klupper, anschließen, der sehr deutlich und sehr aktuell gesagt hat, daß wir selbstverständlich in diesem Landtag den Antrag der Freiheitlichen Partei diskutieren und nach Diskussion auch entsprechend beschließen werden. Soweit zu den Informationen, die die Freiheitlichen geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Volkspartei hat diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir ein klares Bekenntnis zur Sicherheit und zur Sicherheitspolitik in Niederösterreich abgeben wollen, weil wir ein klares Bekenntnis zu unseren Gendarmen, zur Zollwache, zum Bundesheer, zum Militär, aber auch zu den Rettungseinrichtungen und zur Freiwilligen Feuerwehr abgeben wollen. Und weil wir auch eine klare Absage an den Terrorismus, egal ob von rechts oder links, geben wollen. Und, auch wenn das manchmal als Sonntagsrede hingestellt wird, weil wir auch ein klares

Bekanntnis zur Zweiten Republik abgeben wollen hier in diesem NÖ Landtag! (*Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Terroranschläge in der letzten Zeit, es ist egal, ob in Klagenfurt, in Stinatz, in Oberwart, in Ebergassing, diese Terroranschläge haben das erste Mal seit Jahrzehnten in Österreich wieder politische Todesopfer mit sich gebracht. Und sie haben leider auch sehr klar gezeigt, daß politischer Extremismus, und zwar in verschiedenster Form - maxistischer Extremismus, anarcho-grüner Extremismus und Rechtsextremismus - leider in Österreich nicht der Vergangenheit angehört. Und auch hier sage ich wieder sehr ernst und sehr betroffen, die Suppe ist zu dick und die Sache ist zu ernst, als daß man die Diskussion, die Information und die Argumentation in diesen Fragen schlicht und ergreifend als Sonntagsreden hinstellt. Das können wir so nicht stehen lassen,

meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen sehr deutlich, die Volkspartei steht zu dieser Zweiten Republik. Wir stehen zu dieser Zweiten Republik, die unsere Väter und - ich sage das aus der Sicht meiner Generation - unsere Großväter aufgebaut haben, die das aus den Kriegswirren wieder aufgebaut haben. Und die uns heute die Möglichkeit geben, daß wir in Wohlstand und in Sicherheit leben können. Ich lasse es mir hier nicht unwidersprochen sagen, daß ein derartiges Bekenntnis eine Sonntagsrede ist! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein Zweites möchte ich auch festhalten: Die Volkspartei und die NÖ Volkspartei steht voll hinter dem Sicherheitsapparat, egal in welcher Ausformung. Denn die Volkspartei steht zu einem starken Staat, der notwendig ist, damit unser Wohlstand weiter bestehen bleibt. Und ein starker Staat hat hinter seinen Sicherheitsbeamten zu stehen, denn sie sind es immerhin, die Tag für Tag und auch Nacht für Nacht, wenn notwendig, auch den Kopf hinhalten. Und wir bekennen uns als Partei der Mitte dazu, daß es keinen Unterschied geben kann, ob es sich um Rechts- oder Linksterrorismus handelt. Jeder Terrorismus ist zu verurteilen. Wir haben aktiv aufzustehen und wir haben auch dafür zu sorgen, daß auf keinem Auge Blindheit herrscht, weder auf dem linken Auge, noch auf dem rechten Auge. Und ich möchte hier ein bißchen nachdenklich daran erinnern, daß es einer der wichtigsten Männer der zweiten Republik war, der zum geeigneten Zeitpunkt aufgestanden ist und Flagge gezeigt hat. Sie werden sich vielleicht wundern wenn ich den Namen Franz Olah nenne. Aber Franz Olah ist in einer der entscheidenden Stunden unserer Zweiten Republik aufgestanden und hat gesagt, mit Kommunisten mache ich keine gemeinsame Sache. Ja, er hat das nicht nur gesagt, sondern er hat auch unter der Gefahr körperlicher Gewalt gegen ihn selbst seine Gewerkschafter geholt und wir haben es Franz Olah und den Gewerkschaften zu verdanken, unter anderem auch diesen zu verdanken, daß wir heute in Österreich demokratische Strukturen haben. Und ich möchte das schon in diesen Tagen und in diesen Stunden wieder deutlich machen, weil gerade einige in linkssozialistischen Kreisen ein bißchen die Visionen betreiben von einer Linksfront. Hätten sich solche "Schicki-Visionäre" in den ersten Tagen dieser Zweiten Republik durchgesetzt, dann würden wir heute nicht in Wohlstand und nicht in Demokratie leben. Und ich weiß, daß die Gewerk-

schafter in Niederösterreich dieses Erbe von damals sehr genau beachten und sehr genau weiter betreiben.

Ich möchte auch zu Teilen der Grünen ein sehr kritisches und nachdenkliches Wort sagen. Ich habe mir aus der Nationalbibliothek dieses "Tatblatt" angesehen (*Abg. Dr. Strasser zeigt Zeitungskonvolut.*) und es hat mich schon ein bißchen verwundert, daß hier auf der Seite 3 in diesem "Tatblatt" klipp und klar erklärt wird, und ich zitiere hier wieder, daß die Tatblatt-Leute ganz offiziell schreiben: "Als neuen Vereinssitz hatten wir, wie im letzten Tatblatt verkündet, die Pernerstorfergasse 42 gewählt, wo wir im vollsten Einverständnis der Betroffenen dieses Büro mitbenutzen durften." Nämlich das Büro der Grünalternativen Jugend. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es stimmt mich nachdenklich, wenn demokratische Parteien, die in unserem Parlament gewählt sind und dort ihre Arbeit leisten, derartigen Kräften Unterstützung und Unterstand leisten. Ich glaube, das muß uns nachdenklich stimmen. Umso mehr freut es mich, wenn der ehemalige Sozialminister der Niederösterreicher Josef Hesoun, kürzlich klipp und klar zu diesem "Tatblatt" erklärt hat, mit solchen Leuten will ich nichts zu tun haben. Für solche Leute habe ich nichts über. Hesoun, Olah, ich nenne auch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger, und andere prominente Sozialisten haben sich klar abgegrenzt von diesen linken Kreisen. Leider hat die Gendarmerie nicht den Eindruck, daß der neue Herr Innenminister dies im selben Ausmaß tut. Und ich möchte ihn auch von dieser Stelle her dringend ersuchen, daß er alles tut, um das Vertrauen, um die Motivation des österreichischen Sicherheitsapparates wieder zu erlangen, weil das notgedrungen wichtig und notwendig ist für ein sicheres Österreich.

Lassen Sie mich auch ein Wort sagen zum Terror von rechts. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Chef der Freiheitlichen Partei in einer Zeitschrift wie der "Aula", die ganz klar und ganz deutlich als rechtsextrem von einschlägigen Wissenschaftlern apostrophiert wird, seit 1988 insgesamt 26 Beiträge schreibt und dort diesem Blatt, und ich zitiere wieder - der Klubobmann einer Parlamentspartei - dieser Zeitung weiteres "Wachsen, Blühen und Gedeihen" wünscht, dann stimmt mich das außerordentlich nachdenklich. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten alles tun, um den

Anfängen zu wehren. Wir sollten alles tun zum Schutz unserer Demokratie, zum Schutz unseres Staates, zum Schutz unserer staatlichen Einrichtungen und auch zum Schutz unserer Sicherheitskräfte. Und weil ich hier das Licht sehe, möchte ich schließen damit, daß unsere Sicherheitskräfte, besonders in Niederösterreich - die Zahlen wurden erwähnt - hervorragende Arbeit leisten. Damit sie dies aber auch in Zukunft können, müssen wir einige Dinge verlangen, egal jetzt, ob vom Innenminister oder vom Finanzminister. Es muß Waffengleichheit zwischen Exekutive und Kriminellen herrschen. (*Zwischenrufe bei Abg. Gratzler.*) Es muß ein Nein zu den Schließungen und zur Rüststoffpolitik des Innenministers geben. Wir müssen mehr Personal und bessere Ausstattung für unsere Gendarmerieposten verlangen und wir müssen auch verlangen, daß auf Grund des Schengener Abkommens die entsprechende Unterstützung für unsere Grenzposten sichergestellt wird.

Denn - und auch das möchte ich hier noch zur Kenntnis bringen - gestern waren die Nationalratsabgeordneten der Volkspartei, die Frau Nationalratsabgeordnete Rosemarie Bauer, der Herr Abgeordnete Sauer und andere in Drasenhofen. Wer sich vor Ort überzeugt von der Situation dieser Sicherheitskräfte und der Sicherheitseinrichtungen in Drasenhofen, der muß sich äußern. In Drasenhofen mit 150.000 Fahrzeugbewegungen im Jahr gibt es keine Lesegeräte, eine völlig unzureichende technische Ausstattung und die diensthabenden Beamten müssen anhand einer Handkartei die 150.000 Grenzübergänger kontrollieren. Ich glaube das ist eine Sache, die man so nicht stehenlassen kann. (*Zwischenrufe bei der FPÖ: Reichlich späte Erkenntnis!*) Wir sollten gemeinsam, meine sehr geehrten Damen und Herren, alles tun, damit unsere Beamten auch an der Grenze bessere Möglichkeiten finden.

Für die Volkspartei sei klar und deutlich das wiederholt, was Bundesparteiobmann Schüssel kürzlich so treffend gesagt hat: Die Demokratie muß wehrhaft und wachsam sein. Und sie muß sich gegen Extreme abgrenzen. Dafür stehen wir, dafür standen wir und dafür werden wir stehen! Das ist unsere Position, das ist die Position der Volkspartei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Wagner Josef.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Danke schön, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit einer kleinen Anmerkung zum Thema Sicherheit auf unseren Straßen da vielleicht ein paar Worte verlieren. Es ist schon richtig, daß wir eine Organisation brauchen, die sich um die Verbrecher kümmert, die sich um die Eindämmung des Drogenhandels, um Extreme und anderes, um organisiertes Verbrechen kümmert. Um was sie sich wirklich kümmern und sichtbar kümmern, das sind unbescholtene Arbeiter und Angestellte, die in der Früh in die Arbeit hasten. Ich habe viele, viele Beispiele, wo sie Straßenfallen aufstellen mit den neuen Lasergeräten und unschuldigen Leuten, die sich schwer ihr Geld, 8.000,- bis 10.000,- Schilling netto, verdienen, den "Flieder" abnehmen. Das ist, bitte schön, Straßenterrorismus, das ist Straßenräuberei! Ich sage hier laut und deutlich, Straßenräuberei. Das gehört mit hinein zum organisierten Verbrechen!
(*Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)
Es ist keine andere Aufgabe zu sehen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bitte, es besteht die Möglichkeit, die Gegenmeinung natürlich hier zu vertreten, aber das Wort hat Abgeordneter Ing Wagner. (*Abg. Dr. Bauer: Er tut ja so, als würden diese die Vorschriften einhalten!*)
Er vertritt seine Meinung, Herr Kollege! Er ist frei gewählter Abgeordneter und jeder hat hier die Möglichkeit, seine Meinung zu sagen. (*Weiterhin heftige Unruhe im Hohen Hause.*)
Es ist seine Meinung, ich kann nichts dafür. Ich bitte, danach vom Rederecht Gebrauch zu nehmen. Ich kann keinem Redner vorgeben, welchen Inhalt seine Reden haben sollen. (*Abg. Dr. Bauer: Aber er kann doch nicht sagen, daß das Terroristen sind!*)
Zwischenrufe sind an den Redner zu richten. (*Abg. Dr. Bauer: Aber von organisiertem Verbrechen und von Terrorismus zu sprechen, Herr Kollege Wagner, das geht zu weit!*)

Abg. Ing. WAGNER Josef: Darf ich dann wieder weiterreden? Danke. (*Abg. Dr. Bauer: Aber entschuldigen mußst Du Dich vorher!*) Ich entschuldige mich ganz sicher nicht, weil das ein ganz wesentlicher Punkt ist, der nicht in Ordnung ist! Ich weiß es, ich bin eben der Meinung, daß es nicht in Ordnung ist und daß damit ordentliche Bürger auf ungehörige Art belästigt werden und "abgesackelt" werden. Und wenn Ihr anderer Meinung seid, dann kommt Ihr halt nicht auf die Straße, dann seht Ihr das nicht. Ich sehe es. Aber vielleicht gehen Sie einmal hinaus auf die Straße und schauen zu, wie die mit der Laserpistole Leute "abjankern", die ganz normale Bürger sind und die ganz brave Leute sind und niemandem etwas getan haben. (*Abg. Lembacher: Gibt es*

nun Vorschriften oder gibt es sie nicht? Und wenn man Vorschriften übertritt, muß man Konsequenzen in Kauf nehmen!)

Wie Leute auf die Gendarmeriestuben abgeschleppt werden, die nachweislich nichts getrunken haben und dort einem Alkoholtest unterzogen werden. Mitten aus dem Arbeitsprozeß heraus wird das gemacht. Für Strafzettel, zu nichts anderem sind sie gut. Nicht dazu sind sie da, daß sie in Mödling am Bahnhof die ganzen grün und violett gefärbten Buben abschieben und einsammeln, dazu sind sie nicht da. Aber draußen auf der Guntramsdorfer Straße ... (*Abg. Uhl: Herr Abgeordneter! Ich bin neugierig, was Sie als Vizebürgermeister dieser Stadt Mödling machen werden. Sie stellen sich hierher, beschimpfen da die Exekutivbeamten, sind jahrelang in der Stadt Mödling als Gemeindevandatar tätig, was haben Sie bisher gemacht? Das ist eine Sauerei, sich hier herzustellen, so zu reden und Exekutivbeamte des organisierten Verbrechens zu beschuldigen!*)
Dann sage dem Innenminister, er soll das abstellen!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*nach mehrmaligen Klingelzeichen*): Bitte, ich möchte keinen Ordnungsruf erteilen, jeder Mandatar kann inhaltlich das sagen im frei gewählten Parlament, was er sagen möchte. Es muß nicht die Zustimmung seiner Kollegen finden. Aber auf der anderen Seite bitte ich, bei jeder anderen verbalen Äußerung acht zu geben, daß keine Beleidigung ausgesprochen wird.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Ich möchte ganz klar sagen, wir brauchen eine Gendarmerie und wir sind auf sie angewiesen, zu Deiner Beruhigung, Herr Abgeordneter Uhl. Zu Deiner Beruhigung, ich stehe auch positiv zur Gendarmerie. Aber das ist ein Ärgernis, das ich da offensichtlich als einziger mich anzugreifen traue, dieses Thema. Ich traue es mir zu sagen. Und ich möchte es hier gesagt haben, daß ich es für nicht in Ordnung halte, daß das passiert. Ich bin mit sehr vielem einverstanden. Ich weiß, wir brauchen die Gendarmerie und wir sind darauf angewiesen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte in aller Kürze zu meinem Vorredner Stellung nehmen. Ich glaube, daß das, was wir eben gehört haben, wirklich eine Entgleisung

war, der auch von diesem Rednerpult entgegnet werden soll. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ sowie der Abg. Gratzler und Haberler.)*

Es haben heute Vertreter aller Fraktionen dieses Hauses den Wert der Sicherheit in Österreich betont und auch die Schwierigkeiten hervorgehoben, denen sich die, die sich um diese Sicherheit persönlich in Ausübung ihres Berufes bemühen, gegenüber sehen. Und es hat sich das Haus, soweit ich das sehe, einstimmig dafür ausgesprochen, diese Bedingungen zu verbessern. Wenn nun ein Abgeordneter hergeht und die Rechtsordnung, die, sei es in den Landesparlamenten, sei es im Bundesparlament, beschlossen wird, und dann den Vollzug dieser Rechtsordnung in die Nähe des organisierten Verbrechens rückt, so ist das etwas, das wir auf das Schärfste zurückweisen müssen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Herr Kollege Wagner! Sie haben sich damit eigentlich außerhalb die Verfassung unseres Landes Niederösterreich gestellt. Wenn jemand Gesetze kritisiert und ihre Anwendung, dann hat er gerade als Abgeordneter die Möglichkeit, eine Änderung dieser Gesetze zu betreiben. Die Vollziehung geschieht in unserem Land Österreich nach unserer Bundesverfassung immer noch auf Grund dieser, unserer Gesetze. Und die, die das tun, tun ihre Pflicht und zwar im positivsten Sinn des Wortes. Und sie sind dafür nicht anzugreifen, sondern zu unterstützen! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Abg. Haberler.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir waren soeben Zeugen eines besonderen Populismus, der darin besteht, daß man natürlich so tut, als würde hier etwas geschehen, was dem einen oder anderen - gebe ich schon zu - unangenehm ist, dabei ertappt zu werden. In Wirklich-

keit geht es um eine Überschreitung, die geahndet wird. Und wenn man hier diese Grenzen so verwischt, daß man meint, daß diese Überschreitung sozusagen nicht geahndet werden soll, sondern die, die das ahnden derartig anprangert, dann glaube ich, daß das erstens eine Entgleisung darstellt und zweitens einen Populismus, der aufs Schärfste zurückgewiesen werden muß.

Ganz im Gegenteil, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon so, daß zum Beispiel ein Führerscheinenzug, auf Grund welcher Delikte immer, auch jenes der Alkoholisierung, unangenehm ist. Das weiß ich schon, daß das unangenehm ist. Aber das soll ja auch unangenehm bleiben, weil ja eine erzieherische Funktion damit auch verbunden ist. Und weil es unverantwortbar ist, wenn man sozusagen ohnehin über alles hinwegsehen würde. Das ist doch eigentlich eine Aufforderung zum Ignorieren bestehender Gesetze. Denn das eine Mal heißt es, mit wieviel Promille darf man noch fahren, sozusagen. Und damit geschehen die Dinge, die dann das große Leid und das große Entsetzen über die betroffenen Familien bringen. Und dann sagt man womöglich, der kann ja fast nichts dafür, weil er nicht Herr seiner Sinne war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, als Abgeordneter hat man schon die Verpflichtung und auch, glaube ich, die Einsicht zu haben, daß man hier klare Trennungslinien und vor allem die Achtung gegenüber den Mitmenschen und die Achtung gegenüber den Gesetzen in jeder Lage vertritt und nicht einem Populismus huldigt, der hier zutage kam. Und ich glaube auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Sicherheitsdiskussion war notwendig und es war gut, daß sie geführt wird, weil das Sicherheitsbedürfnis der Menschen im umfassenden Sinne gegeben ist. Und weil wir auch mit Ergebnissen aufwarten können, die herzeigbar sind. Die immer noch verbesserungsfähig sind, aber die herzeigbar sind. Und wir sollen nicht nur Sicherheitspolitik so diskutieren, daß die Horrormeldungen überwiegen, sondern daß man auch einmal sagt, wieviel hier geleistet wird. Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion bei all jenen bedanken, die erstens einmal diesen schweren Dienst verrichten. Die einen sehr unangenehmen, auch psychologisch manchesmal, sehr, sehr unangenehmen Beruf sozusagen haben, weil sie halt Standpunkte einnehmen müssen, die den Betroffenen nicht so einsichtig sind als sie sein sollten. Und daher ein herzliches Dankeschön an die Sicherheitskräfte, an die Exekutivbeamten.

Und es ist sicher so, daß sie unser aller Unterstützung sicher sein können! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, man sollte den Vorvorredner nicht allzu stark dramatisieren. Pepi Wagner hat hier herinnen noch nie den Anspruch erhoben, ernst genommen zu werden und so sehen wir das. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hofmayer, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 304/B-28/5 einzuleiten.

Abg. HOFMAYER *(ÖVP)*: Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Zahl 304/B-28/5. Der Landtag von Niederösterreich hat in Verfolgung der Ziele des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes, die Abfallwirtschaft im Land Niederösterreich nach den Grundsätzen des umfassenden Umweltschutzes auszurichten, mit Beschluß vom 24. Februar 1994 die NÖ Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um eine vorbereitende Behandlung der Abfälle vor der Deponierung zu ermöglichen, wobei insbesondere auch thermische Behandlungsmethoden angewendet werden sollen. In Befolgung dieses Auftrages hat die NÖ Landesregierung mit Beschluß vom 17. Mai 1994 die EVN eingeladen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesstellen eine Machbarkeitsstudie zu diesem Themenkreis zu erstellen. Des weiteren hat das Land Niederösterreich mit der EVN eine gemeinsame Planungs-GesmbH gegründet, die die Vorarbeiten und die Planung einschließlich der begleitenden Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Errichtung von Anlagen zur thermischen Behandlung geeigneter Stoffe zum Ziele hat.

Diese Gesellschaft wurde am 23. Juli 1994 unter dem Namen "AVN Abfallverwertung NÖ Planungsgesellschaft m.b.H." mit dem Sitz in Maria Enzersdorf errichtet. Mit Landtagsbeschluß vom 19. Juni 1994 wurde die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag vom Ergebnis der

Machbarkeitsstudie und der weiteren Vorgangsweise zu berichten.

In Befolgung dieses Landtagsbeschlusses sowie des Regierungsbeschlusses liegt nunmehr die Machbarkeitsstudie vor. Der Wortlaut des Antrages des Umwelt-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Machbarkeitsstudie zur thermischen Abfallverwertung in Niederösterreich lautet *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend Machbarkeitsstudie zur thermischen Abfallverwertung in Niederösterreich sowie die weitere Vorgangsweise wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Die wichtigsten Rahmenbedingungen, wie die Abfallwirtschaft in Niederösterreich erfolgen soll, sind an und für sich vorgegeben. Die Abfallwirtschaft wird in Niederösterreich nach den Grundsätzen des umfassenden Umweltschutzes ausgerichtet, so ist es zumindest in § 1 Abs. 1 des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes vorgesehen.

Die Grundsätze sind die Abfallvermeidung, die Abfallverwertung und die Abfallentsorgung. Abfallvermeidung und -verringerung hat Priorität. Nichtproduzierter Abfall braucht natürlich auch nicht entsorgt zu werden. Die stoffliche Verwertung von Altstoffen spart Rohstoffe, Energie und Deponieraum. Trotz Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung ist mit Anfall von Restmüll zu rechnen. Um in Zukunft die Deponierung von abbaubaren organischen Substanzen zu vermeiden, hat der NÖ Landtag mit Beschluß vom 24. Februar 1994 die NÖ Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um eine vorbereitende Behandlung des Restmülls vor der Deponierung zu ermöglichen. In Ausführung dieses Antrages hat die Landesregierung am 17. Mai 1994 beschlossen, die EVN einzuladen, gemeinsam mit dem Amt der NÖ Landesregierung eine Machbarkeitsstudie auszuarbeiten. Diese Machbarkeitsstudie wurde nun dem NÖ Landtag vorgelegt.

Die Studie geht davon aus, daß auf Grund des Abfallwirtschaftsgesetzes von Bund und Land und insbesondere aber auf Grund der zu erwartenden Deponieverordnung des Bundes die thermische Verwertung des unvermeidlichen Restanfalles auch in Niederösterreich eine unumgängliche Notwendigkeit darstellt. Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß festgestellt werden, daß die Deponieverordnung zwar schon seit langen Jahren diskutiert wird und daß auch die Erlassung versprochen worden ist, aber bisher noch keine Erledigung erfolgt ist. Jüngste Aussagen des neuen Umweltministers lassen in diesem Zusammenhang aufhorchen und vor allen Dingen bezweifeln, ob die thermische Behandlung, wie in der Machbarkeitsstudie angenommen, eine unumgängliche Notwendigkeit darstellt. Es geht dabei um den organischen Kohlenstoffgehalt im zu deponierenden Abfall. Sollte der Grenzwert, wie vorgesehen, mit 5 % oder weniger - es wurden hier auch schon 3 % kolportiert - festgelegt werden, dann führt allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, an der thermischen Behandlung kein Weg vorbei. Das heißt, wenn der Minister von der ursprünglichen Absicht, sich der DA-Siedlungsabfall, die seit 1. Juni 1993 in der Bundesrepublik Deutschland bereits in Kraft ist, anzupassen, abgeht, sind auch andere Behandlungsmethoden denkbar.

Die Studie, die heute dem Landtag vorgelegt worden ist, kommt allerdings zu dem Schluß, daß die thermische Behandlung des gesamten Restmülls ökologisch und ökonomisch ein besseres Ergebnis bringt als die sogenannten kombinierten Verfahren, die in dieser Studie unter den Varianten 4a bis 4c abgehandelt werden. Der heutige Antrag geht davon aus, daß auf Grund dieser Bewertungen in der Studie die Rostofentechnologie, ein kombinierter Rostofen mit Wirbelschichtofen, der dann auch für Klärschlamm anwendbar wäre, aber auch das Schwel-Brenn-Verfahren weiter bearbeitet werden soll. Ich sage es gleich, daß wir Sozialdemokraten mit dieser Vorgangsweise, wie hier in diesem Antrag vorgesehen, uns anfreunden können.

Für das Jahr 1995 werden die Restmüllmengen in Niederösterreich in der Studie wie folgt angegeben: Einschließlich des Gewerbe- und Sperrmülls ist mit 335.000 Tonnen zu rechnen. Die Experten sind allerdings der Ansicht, daß durch weitere Sortierungen, vor allen Dingen im Sperr- und im Gewerbemüllbereich der unvermeidliche Restmüll auf 266.000 Tonnen pro Jahr reduziert werden kann. Weiters wurde in der Studie angenommen, daß ein Behandlungspotential von etwa 45.000 Tonnen

Klärschlamm, Baustellenabfälle und Shredder-Leichtfraktion berücksichtigt werden soll. Es ist somit eine Gesamtmenge des zu behandelnden Abfalles von etwa 300.000 Tonnen pro Jahr zu erwarten. Nicht enthalten sind hier gefährliche Abfälle. Und ich glaube, man sollte letzten Endes, wenn man über die Stoffströme in der Abfallwirtschaft redet, auch hier eine Antwort wissen. Und es wäre zweckmäßig, Herr Landesrat, daß wir auch in der nächstfolgenden, erweiterten Studie vielleicht eine klare Aussage treffen, was hier mit den gefährlichen Abfällen in Niederösterreich geschehen soll. Ob also ein Teil unter Umständen in der Verbrennung behandelt werden soll oder ob hier ein separater, eigener Weg vorgezeichnet werden soll. Ich glaube, das sollte man irgendwie hier im Landtag aussprechen. (*LR Blochberger: Abfallwirtschaftsverband Wien!*) Ja, aber das sollte man dann in die Studie gleich reinschreiben, wo diese Abfälle hinkommen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Grund dieses Mengengerüsts sprechen die meisten Beurteilungskriterien für die Errichtung nur einer Anlage. Allerdings ergäbe sich bei Nutzung der Abwärme das Problem, daß in Niederösterreich wohl kaum eine Gemeinde gegeben sein wird, die die volle Abwärmenutzung praktisch brauchen könnte. Es sind daher aus dem Sichtwinkel der Fernwärmenutzung die Errichtung von zwei Anlagen an und für sich sinnvoller. Allerdings spricht die Gesamtsicht, vor allen Dingen hinsichtlich der Kostengestaltung, gegen zwei Anlagen. Eine wichtige und entscheidende Frage, ob es eine thermische Behandlungsanlage in Niederösterreich geben wird und die auch wirtschaftlich geführt werden kann, ist natürlich die Sicherstellung der kontinuierlichen Auslastung einer solchen Anlage. Es muß hier aufgezeigt werden, daß bei der bestehenden Rechtslage diese Sicherstellung jedenfalls nicht gegeben ist. Ohne Handlungs-

gebot - die Studie spricht hier von einer Einzugsbereichsregelung - ist nicht zu erwarten, daß die anfallenden Mehrkosten für eine Restmüllbehandlung von Gemeinden bzw. von den Verbänden in Kauf genommen werden würden. Andererseits muß hier auch aufgezeigt werden, daß die Lenkung der Abfälle in einen einzigen Monopolbetrieb auch ein Unbehagen herbeiführen könnte, wenn es nicht gelingt, die Abfallverbände größtmöglich in diese neue Organisation einzubinden. Es wird hier eines sehr großen Fingerspitzengeföhles bedürfen. Wir müssen uns vor Augen führen, daß natürlich die Rahmenbedingungen in der Abfallwirtschaft sich in Niederösterreich gänzlich ändern würden und natürlich die Deponiebetreiber, selbst unsere NUA, vor gänzlich neuen Gegebenheiten gestellt wären. Daher ist es vernünftig, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, mit dem die anderen auch leben können.

Keine Aussage wird in der Studie getroffen, was im Falle der Anwendung des Rostofens bzw. der Wirbelschichtanlage mit dem Filterkuchen, der ja gefährlicher Abfall ist, geschehen soll. Ich glaube, auch darüber sollte eine klare Aussage gemacht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dem Landtag vorgelegte Studie ist für mich ein Zwischenbericht, der zu einer Reihe von Erkenntnissen und einer Beantwortung von Fragen geführt hat, aber es müssen noch einige Bereiche weiter behandelt werden. Vor allen Dingen ist das die Frage des anzuwendenden Verfahrens. Wir haben schon gehört, daß der Antrag jetzt in drei Richtungen läuft. Nämlich Rostofen, Wirbelschicht und Pyrolyse. Aus diesen drei Möglichkeiten muß jetzt die günstigste Variante für Niederösterreich noch gefunden werden. Unserer Meinung nach sollte ein möglichst hoher Umweltstandard angepeilt werden, da mit Fortschreiten des Standes der Technik die Grenzwerte wahrscheinlich noch gesenkt werden und wir nicht Gefahr laufen sollten, nach Fertigstellung der Anlage wieder nachrüsten zu müssen. Wir kennen ja diese Probleme vor allen Dingen aus der Abfallwirtschaft, aus dem Bau von Kläranlagen. Ich glaube, die Fehler der Vergangenheit sollte man diesbezüglich nicht wiederholen. Außerdem muß uns bewußt sein, daß ein hoher Umweltstandard fördernd auf die Erreichung der Akzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung in der Region wirken würde.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

In der Standortfrage wurde in der Studie lediglich ausgeführt, daß hier etwa zwei Drittel der NÖ Gemeinden nicht in Frage kommen. Es wird daher notwendig sein, daß man unter den verbleibenden Gemeinden den wirklich günstigsten Standort sucht. Das heißt aber auch, daß wir heute über die Standortfrage eigentlich noch nicht diskutieren können, sondern daß die Standortsuche eben erst mit dem heutigen Beschluß beginnt. Es ist dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Frage, daß das Auswahlverfahren hieb- und stichfest durchgeführt werden muß, um hier keinen Schiffbruch zu erleiden. Denn es wird wahrscheinlich mit Argusaugen sowohl von den Standortbewerbern als auch von den Gegnern darauf geachtet werden, daß dieses Auswahlverfahren wirklich korrekt abläuft. Daher ist sachliche Argumentation angesagt und keine parteipolitischen Überlegungen. Ich hoffe sehr, daß das Land Niederösterreich diese Reifeprüfung in der NÖ Umweltpolitik besteht und daß da kein parteipolitisches Kleingeld gewechselt wird.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns jedenfalls zur grundsätzlichen Vorbehandlung von Abfällen vor der Deponierung im Sinne des gefaßten Landtagsbeschlusses vom 24. Februar 1994. Es wird notwendig, Schritte zur Verringerung des Emissionspotentials des Restmülls vor der Deponierung vorzunehmen. Wir nehmen auch die Machbarkeitsstudie, die heute vorgelegt worden ist, zur Kenntnis, erwarten uns die entsprechenden Antworten auf die noch offenen Fragen, um schließlich zu einer Gesamtbeurteilung zu kommen. Es liegt eine entsprechende Grundlagenforschung nun einmal in dieser Sache vor. Und wenn die entscheidenden Fragen noch beantwortet werden können, dann muß man an die konkrete Umsetzung dieses Projektes kommen. Und ich hoffe sehr, daß es gelingt, hier einen gemeinsamen Weg aufzuzeigen, damit wir eben diesem Landtagsbeschluß vom 24. Februar 1994 auch in der Tat Rechnung tragen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ, Abg. der ÖVP und Abg. Haberler.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Besonders freue ich mich, daß der Herr Landesrat jetzt auch gekommen ist, denn eigentlich ist es ja sein Thema. Grundsätzlich möchte ich einmal eine bescheidene Frage stellen. Hier liegt

ein Antrag vor, in dem wir eben gefragt werden, der Hohe Landtag, die Studie zur Kenntnis zu nehmen. Trotzdem hat der Herr Landesrat heute schon eine Pressekonferenz gegeben und erklärt, daß alles gelaufen ist. Das sehe ich irgendwo als eine eigenartige Vorgangsweise an, Herr Landesrat - und ich meine das jetzt nicht kritisierend, sondern leicht mahnend - man provoziert damit Widerstand. Und Widerstand können wir uns hier nicht leisten. Wir sind stolz darauf, daß wir hier eine gemeinsame Vierparteienentscheidung haben. Daß diese Vierparteienentscheidung bis jetzt zu keiner politischen Diskussion geführt hat, ist eigentlich das Positivste, das Niederösterreich bei der Beseitigung des Abfalles passieren kann. Ich persönlich würde daher raten, hier auch politisch sensibel bei Informationen vorzugehen. Auf der anderen Seite wurde von der AVN ein Papier verteilt, das auch eine gewisse Hektik nicht verbergen kann. Ich habe mir die Studie wirklich durchgearbeitet, weil mich das Thema interessiert. Und mir fehlt dann in der Zusammenfassung, und ich darf das auch als Hinweis geben und nicht als Kritik, zum Beispiel der Zeitplan. Es fehlt, daß die Studie ausarbeitet, daß hier ein wesentlicher Punkt die Information an die Bevölkerung ist, wo man auch Probleme sieht. Und es fehlt ein ganz wesentlicher Punkt in ihrer Zusammenfassung, daß die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen sind, um diese Anlagen überhaupt betreiben zu können. Und zwar so betreiben zu können, daß man die Kosten weiter umlegen kann auf die Bevölkerung. Schließlich und endlich, ich sage, es ist wirklich ein minimaler Betrag, es geht um 300,- bis 700,- Schilling pro Familie im Jahr. Aber trotzdem muß hier eine rechtliche Voraussetzung geschaffen werden. Und all das sollte eigentlich heute hier im Landtag verabschiedet werden. Ich habe die Studie durchgearbeitet. Ich glaube, daß man hier wirklich den richtigen Weg geht, indem man die Experten sprechen läßt und nicht die Politiker. Das ist empfehlenswert. Die Aussage des Herrn Kollegen Friewald, muß ich sagen, habe ich heute mit Freude gehört. Er hat uns erklärt, wie Demokratie abläuft. Ich hoffe, daß die ÖVP und die SPÖ und die F-Partei und das Liberale Forum dann den Mut haben, diese Demokratie, die er gemeint hat, die Mehrheit auch durchzusetzen. Und daß nicht wieder kleine Randgruppen verhindern werden, daß hier politisch eine Handlung gesetzt wird, die unbedingt erforderlich ist.

Auch steht in der Studie drinnen, in 14 Jahren sind alle Deponien voll, bitte. Nun darf ich darauf hinweisen, daß die Landesregierung aufgerufen ist, die ganzen Prozesse zu beschleunigen. Wenn

ich zum Beispiel schaue, daß die UVP, die Umweltverträglichkeitsprüfung allein zweieinhalb Jahre veranschlagt, der Bau sieben Jahre, da kommen wir ja dann, wenn man noch ein bißchen Probleme hineinbekommt - und das ist bei einem derartigen Projekt durchaus möglich - in Verzug. Schließlich geht es ja auch um den Transport mit der Bahn, wo man weitere Investitionen tätigen wird müssen. Und ohne Bahn, glaube ich, kann niemand die Zustimmung geben, das geht auch aus der Studie hervor. Ich würde daher schon plädieren, daß hier die Landesregierung mit allen Mitteln versucht, den Zeitablauf zu verkürzen.

Denn es ist ja eigentlich nicht möglich, wenn man sieht, daß in Bayern - und wir haben das besichtigt in Deutschland - hier mit Riesenschritten diese Müllentsorgung thermisch betrieben wird, daß wir jetzt wieder das Rad neu erfinden wollen und von vorne anfangen, alles zu untersuchen und in Frage zu stellen. Man sollte sich hier schon der Fachleute bedienen. Nicht nur der regionalen bitte - nichts gegen die EVN, die EVN ist sicher eine Firma, die diese Leistung erbringen kann - aber wir wissen, daß es in Deutschland bereits Gremien gibt, die diese Entscheidungen getroffen haben und sie auch realisiert haben. Und ich möchte schon darauf aufmerksam machen, daß man damit vielleicht den Zeitvorsprung holen kann, den die Natur und die Menschen in Niederösterreich brauchen. *(Beifall bei LIF.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster gelangt der Herr Abgeordnete Haberler zu Wort.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Irgendwo, und ich glaube, da dürfte sich das Hohe Haus einig sein, ist das eine Art Umweltnagelprobe für uns. Eine Umweltnagelprobe, die in weiten Bereichen bis jetzt ganz gut gelaufen ist. Herr Abgeordneter Feurer hat sehr nüchtern und sachlich geschildert. Aber ich glaube, es ist auch an der Zeit, daß man, Herr Landesrat, da ein biß-

chen Dampf macht. Auch Dampf macht insofern, als das Gesamte ja fertig werden muß. Es ist die Machbarkeitsstudie durchaus sehr, sehr gut ausgearbeitet, auch insofern, als sämtliche Varianten angeführt sind, sämtliche Vor- und Nachteile der Varianten angeführt sind, und das Ganze sehr ins Detail geht.

Das heißt, das, was wir zuerst bekommen haben, ist ja nur ein Abriß der wirklichen Studie, die in Wirklichkeit um ein Vieles dicker ist. Aber es fehlen uns noch ein paar Komponenten, um wirklich das zu machen, was der Kollege Ing. Dautzenberg vorher gesagt hat, nämlich schnell vorzugehen und auch die ganzen Verfahren in Angriff zu nehmen. Beginnend nämlich von der Vermeidung bis zur Verwertung. Ich weiß schon, es ist nicht in erster Linie, oder noch nicht in Kompetenz des Herrn Landesrates und des Landes, ganz einfach deshalb, weil vom Bund her zwei Jahre lang nichts passiert ist. Da darf ich aber wieder den Herrn Landesrat und seine Fraktion bitten, daß man wirklich einmal in den Ministerien vorspricht. Denn die Ministerin, die überhaupt nichts weiter gebracht hat, die da die Zeit ganz einfach dahinfliegen hat lassen, die hat man jetzt in richtiger Erkenntnis dorthin geschickt, wo sie hingehört, nämlich in die politische Wüste. Aber der Nachfolger sollte doch endlich einmal zu arbeiten beginnen. Es wäre ja höchst an der Zeit! Das heißt, ohne jetzt dem Herrn Minister Bartenstein näherzutreten zu wollen, weil er erst ganz, ganz kurz im Amt ist, glaube ich, wäre es ganz wichtig, daß man ihm einmal klar macht, daß die ganze Republik in diesen Sachen von seiner Vorgängerin behindert worden ist.

Soweit zur Deponieverordnung. Bei der Standortwahl, Herr Landesrat, da bin ich nicht mehr so moderat. Weil ich einmal mehr gesehen habe, daß das in Kraft tritt, was der Landesrat Blochberger eigentlich immer macht, Wasser predigen und hochprozentigen Wein trinken. Denn in Wahrheit schaut es so aus, daß es um 10.00 Uhr eine Meldung heute gegeben hat im Radio, wonach die Freiheitlichen sehr wohl den Standort St. Pölten forcieren und wir den Landesrat kritisieren. Eineinviertel Stunden später legt mir der Landesrat diesbezüglich eine auf und noch eine Viertelstunde später kommen wir dann drauf, daß in Wirklichkeit schon mit Wissen des Landesrates die EVN längst in Peisching Grund ankauft, längst in Peisching die Schienenstränge geplant hat. Und das weiß der Herr Landesrat alles! Das weiß der Herr Landesrat alles, aber uns Freiheitlichen will er, wenn wir uns im Detail erkundigen, wo es gute Standplätze geben würde, uns Freiheitlichen will er vorwerfen, daß wir unseriöse Politik

betreiben und den Vierparteienbeschluß unterlaufen. Das ist das Problem, Herr Landesrat, das wir diesbezüglich haben. Das heißt, bleiben wir beim Wasser oder wenn wir uns auf Wein einigen, dann trinken wir ihn miteinander. Es geht nicht, daß wir da einen einstimmigen Beschluß haben und der Herr Landesrat splittet wieder einmal, das heißt, er holt sich da die "schwarzen Rosinen" heraus, auf gut deutsch gesagt.

Und es gibt noch einen wirklich wichtigen Punkt, der nicht in Betracht gezogen worden ist oder viel zu wenig, der nur ausgewiesen ist, auf den man aber in Wirklichkeit ganz intensiv eingehen muß. Das ist nämlich die Reststoffverwertung und die Reststoffentsorgung. Es gibt - und es ist heute auch bei der Pressekonferenz angesprochen worden - sehr wohl Verfahren, den Reststoff etwa im Straßenbau zu verwerten. Oder allgemein, in der Bautechnik, im Baugewerbe zu verwerten. Ich glaube, das ist ganz, ganz wesentlich in Anbetracht dessen, daß man die Bevölkerung draußen überzeugen muß, daß die Bevölkerung davon überzeugt werden muß, daß in Wirklichkeit die Umwelt durch dieses neue Verfahren geschont wird. Daß die Umweltverschmutzung massiv gesenkt wird. Und da fehlt es in Wirklichkeit, ein Projekt, ein Gesamtprojekt wie gesagt, umzusetzen. Das beginnt mit der Vermeidung, studienmäßig, mit der Verwertung studienmäßig, wo man dann den Teil einbaut, der jetzt bereits vorliegt, nämlich die Machbarkeitsstudie. Und zum Schluß folgt dann noch die Verwertung und die Entsorgung der Reststoffe, die herauskommen. Und da sehe ich ganz einfach, daß wir mit dem Zeitplan stark in Verzug kommen. Insofern in Verzug kommen, als man zweieinhalb Jahre Zeit beim Normverfahren rechnen muß. Ich hoffe, daß wir heute noch erfahren werden vom Herrn Landesrat, wie lange es dauern könnte, wenn wir das verkürzte Verfahren, natürlich auf dem Rechtsboden, einhalten. Denn eines müssen wir schon sehen: Wir kommen langsam in die Schere, daß wir am Ende der Legislaturperiode - und das wurde heute schon angesprochen - dort stehen, wo die Entscheidungen fallen. Und das wird auch für dieses Haus und für die Besetzung dieses Hauses eine eminente politische Zeitbombe in sich bergen, Herr Landesrat. Daraus sehe ich, daß wir in Wirklichkeit mit dem Zeitplan bereits in Verzug sind.

Und eines sehe ich noch, weil da gibt es auch noch keinen konkreten Plan und das wird in Wirklichkeit das Wichtigste werden. Das ist die Sache, daß man den Leuten draußen, und vor allem auch den Herrschaften von den Abfallverbänden - und

ich habe das selbst erst bei einer Sitzung jetzt miterlebt, bei einem Umwelt-Ausschuß in einer Gemeinde - daß man den Abfallverbänden erklären wird müssen, wie der Weg dorthin ist. Die haben einfach Angst. Zuerst hat man ihnen erklärt, die Großdeponien und die Verbände sind so herrlich, jetzt hören sie plötzlich, daß im Landtag die thermische Verwertung massiv vorangetrieben wird. Und die Verbandsobmänner draußen und die Mitglieder, oft auch die Gemeinden, beginnen sich - zumindest einmal in sich - quer zu legen. Da wird es Probleme geben.

Wenn man sich anschaut, weil es heute schon angesprochen worden ist, das deutsche Projekt, so haben die 10 Prozent der gesamten Aufwendungen in die Aufklärung gesteckt. Das heißt, wir werden beginnen müssen, von den Gemeinden her über die Abfallverbände und vor allem auch die Bevölkerung hier massiv aufzuklären. Und nicht nur in dem Raum, der betroffen ist. Ich sage jetzt einmal Peisching, weil das schon immer mehr sich herauskristallisiert. Oder auch - ich komme noch daraufhin zurück - etwa den Raum St. Pölten, der auch in Frage kommen würde. Die Standortfrage ist eine ganz, ganz wesentliche. Die Standortfrage ist insofern eine ganz, ganz wesentliche, weil die Abwärmennutzung oder die Energienutzung natürlich nur dann optimal ausgenutzt werden kann, wenn es einen direkten Abnehmer daneben gibt. Das heißt, wenn in unmittelbarer Umgebung ein Abnehmer ist, der die Abwärme nützen kann, der den Strom etwa auch nützen kann. Und hier - und da traue ich der EVN nicht ganz - auch hier werden wir von der politischen Seite unheimlich aufpassen müssen. Denn es gibt beispielsweise Berechnungen, daß man in St. Pölten, wenn die Glanzstoff - das Werk ist hochinteressiert daran, im Gegensatz zur Gemeinde - wenn die Glanzstoff hier eingebunden würde, daß die Energienutzung etwa bei 80 % liegen würde. Bei einer vollkommenen Verstromung aber immer nur zwischen 20 %, maximal bis zu 30 %.

Das heißt, hier werden wir politisch sehr wohl regulierend wirken müssen, daß da nicht die EVN ihre Interessen alleine umsetzt auf Kosten der NÖ Landesbürger, sondern daß wir gemeinsam hier ein Projekt umsetzen, das einen möglichst großen Nutzen für das Land hat. Denn über diese energetische Nutzung läuft ja in Wirklichkeit der immense Umweltvorteil bei diesem Projekt. *(Abg. Gruber: St. Pölten heißt Ihr Wunschtraum!)* St. Pölten ist eine der beiden sehr realistischen Standorte, Herr Abgeordneter Gruber! *(Abg. Gruber: Sie sind ein Träumer! Die Freiheitlichen werden noch aufwachen. Sie kennen St. Pölten*

überhaupt nicht!)

Sie müssen sich nur ein bißchen mehr in Ihrer eigenen Gemeinde umschaun. Besuchen Sie einmal die Glanzstoff, besuchen Sie einmal die Stadtwerke. Ich war nämlich schon dort. Ich lade Sie gerne ein, fahren wir miteinander hin. *(Abg. Gruber: Die Freiheitlichen agieren gegen St. Pölten! Aber sie werden ausrutschen!)*

Ich weiß nur eines: Es gibt 50.000 Einwohner in St. Pölten und 49.000 haben dieses Begehren dagegen noch nicht unterschrieben. Also wenn man soweit zu den Unterschriften diesbezüglich auch ein bißchen Stellung nehmen kann.

Ganz entscheidend ist eben diese Nutzung der Abwärme vor Ort, diese energetische Nutzung vor Ort. Denn wenn man die Optimalvariante hernehmen würde, das heißt, wenn man in der Lage wäre, auch das Klärgut aus den Kläranlagen, die problematischen Abfälle aus den Kläranlagen mitzubrennen, könnten wir bis zu 120.000 Liter Heizöl im Jahr, jetzt umgerechnet, einsparen. Und ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Faktor, den man berücksichtigen muß.

Oder auch in bezug auf die Deponien, auf die Altlasten der Zukunft. Ein ganz wesentlicher Faktor, daß die Gärgase der Deponien eine wesentlich größere Belastung, etwa auch in bezug auf das Ozonloch darstellen, als es eine Verbrennungsanlage wäre. Das heißt, man muß das im Gesamtkomplex sehen. Es ist diese Machbarkeitsstudie nur ein erster, wenn auch sehr großer und wichtiger Schritt, aber, Herr Landesrat, vor allem an Ihre Adresse: Wir müssen zügig voranschreiten! Wir müssen diese Nagelprobe insofern bestehen, als es schleunigst und auch von Bundeseite natürlich her eine Vermeidung und Verwertung auch von der Planung her geben können muß.

Die Standorte müssen schleunigst gelöst werden, wie wir gesehen haben. Obwohl Sie über uns geschimpft haben, haben Sie sich selbst schon überlegt, wo man etwas machen könnte. Das heißt, der Fall Peisching zeigt ja, daß nicht nur wir aktiv waren, sondern auch Sie sehr wohl schon in der Standortfrage operiert haben. *(LR Blochberger: Sie übersehen alles, was bisher schon geschehen ist!)*

Ganz, ganz wichtig - und da würde ich Sie wirklich bitten, weil das wird der entscheidende Faktor werden, ob das Ganze politisch Schiffbruch erleidet oder ob wir das Ganze positiv für die Umwelt, positiv für das Land und damit für die Bevölkerung "drüberbringen" - ganz, ganz wichtig ist die Aufklärungsarbeit in der

Öffentlichkeit, die wir mit dieser Machbarkeitsstudie, die ja praktisch ab heute offiziell auf dem Tisch liegt, betreiben werden müssen. Und das wird die wirkliche Entscheidung sein, ob wir da drüberkommen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Studie ist zum Blättern da, nicht zum Lesen. Die heutige Debatte ist wirklich Bestandteil dieser umweltpolitischen Nagelprobe. Nagelprobe dafür, ob wir fähig sind, ein Umweltproblem sachlich und politisch korrekt unter Einbeziehung der Bevölkerung zu lösen. Ich glaube, die Dinge, die seit dem 24. Februar 1994 geschehen sind, zeigen, daß wir auf diesem Stufenplan gut voranschreiten. Wir haben damals ja ganz bewußt gesagt, unter Wahrung der Grundsätze der Abfallwirtschaft zuerst eine Grundsatzentscheidung: Ist Behandlung überhaupt notwendig? Untersuchungen darüber, der Bericht liegt uns heute vor. Und jetzt geht es darum, Kriterien zu finden für die Standortauswahl, die es in der Zukunft geben soll. Und erst auf Grund dieser Kriterien soll dann der konkrete Standort fixiert werden.

Ich halte diese stufenweise Vorgangsweise für ganz richtig, weil es sehr schön ist und sehr angenehm zu sehen, daß hier im Landtag das politische Kleingeld im wesentlichen, bis auf einige kleine nicht zu verkneifende Seitenhiebe, offensichtlich nicht gewechselt wird. Weil diese Vorgangsweise aber dann gegenüber den einzelnen, regional betroffenen Gruppen die wichtige und entscheidende ist. Und es geht darum, wirklich eine klare, gut durchdiskutierte fundierte Diskussion zu führen, um dann nicht sagen zu können legitimerweise, ich habe diese Diskussion geführt, allgemein, ich stimme dem im Prinzip zu. Aber wenn es dann konkret meine Gemeinde betrifft, dann bin ich selbstverständlich striktest dagegen, weil das ist meine Gesundheit. (*Abg. Marchat: Das darfst gerade Du nicht sagen! Denn Du warst am Anfang auch gegen St. Pölten und dann ist die überraschende Wende gekommen! Du darfst das nicht sagen - jeder andere, nur Du nicht!*)

Von Dir lasse ich mir in dieser Sache gar nichts sagen. Ich habe meine Linie immer klar gehalten. Diese Grundsatzentscheidung ist zu treffen. (*Weiterer Zwischenruf bei Abg. Marchat.*)
Dann lies die Zeitungen, ich habe das alles da

und Du kannst es einsehen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich habe auch nicht Dich gemeint, sondern andere in diesem Haus. Ich glaube, daß es wirklich darum geht, die Sache nicht von vornherein abzulehnen. Aber - es paßt das auch gleich herein - andererseits hier konkrete Projekte nicht aus dem Bauch "herauszuzaubern". Ich glaube, wir haben da wirklich eine große Verantwortung: Erst Grundsatzkriterien und dann erst Standort-suche. Und deshalb verstehe ich auch das Unbehagen, das da ist, wenn Standorte einfach auf Grund einer wie immer gearteten Betrachtung blitzartig präsentiert werden. Das ist genau das, was wir im Land nicht tun und deshalb gibt es ja die Studie. Und ich bin dafür, diese Studie sehr ernst zu nehmen. Ich bin dagegen, sie einzubetten in viele weitere Studien zur Müllvermeidung. Ich habe mir das auch mitgenommen, weil das ja immer kommt in solchen Diskussionen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Gesamtmüllmenge in Niederösterreich 1988: 389.000 Tonnen, im Jahr 1993: 257.000 Tonnen. Das ist eine Reduktion der Gesamtmüllmenge exklusive Sperrmüll um 34 %. Altstoffe, die verwertbar sind im Jahre 1989: 44.000 Tonnen, im Jahr 1993: 117.000 Tonnen. Ich glaube, das ist eine klare Sprache, das ist nicht leicht zu erreichen, dahinter steckt viel harte Arbeit in den Gemeinden, in den Gemeindeverbänden, von den Umweltberatungen, eine Steigerung in dem Bereich von 161 %. Das ist etwas, worauf man auch stolz sein kann und da kann der Umweltlandesrat sich ein Federl aufstecken. Obwohl natürlich die Bevölkerung erwartet, daß dieser Prozeß immer weiter geht. (*LR Blochberger: Nur Abgeordneter Haberler weiß das nicht!*) Deshalb sage ich es ihm ja.

Oder bei den biogenen Abfällen. Die biogenen Abfälle, die gerade im Bezug auf das Methan große Probleme machen. 195.000 Tonnen fallen an, 91 % werden selbst kompostiert im Hausmüll und 55.000 Tonnen werden regional verwertet, gerade in den Problembereichen. Das ist eine Steigerung allein von einem Jahr aufs andere um 115 %. Also ich glaube, daß wir in diesen Bereichen, Vermeidung und Verwertung, wirklich etwas aufzuweisen haben und diese Dinge auch transparent machen müssen, wenn wir die Diskussion um die Behandlung führen wollen.

Was die ordentliche Behandlung betrifft, so ist die Problematik der Deponierung von allen Rednern in diesem Haus schon genannt worden.

Ich glaube, daß die ökologische Behandlung, die in diesem dicken Wälzer hier angeführt ist, wirklich Bände spricht. Wenn man die Emissionsgutschriften betrachtet, so sieht man, daß man bei NO_x und SO_x gewaltige Gesamtvorteile hat, die es auch wirklich ökologisch vertretbar machen, diesem Projekt näherzutreten. Und wenn man die Schadstoffe insgesamt ansieht, die in diesen Anlagen zu erwarten sind, so bewegt sich das in Bereichen von 0,3, 0,2, 0,04 oder 1 % der Gesamtschadstoffe in Niederösterreich. Das heißt, das sind Größenordnungen, die man durchaus diskutieren kann, die man vertreten kann. Und wenn man die Dioxine nimmt, so kann man durch die Zusammenfassung der Dioxine im Restmüll und durch die Filtertechnik sogar, so verspricht uns die Studie, zu einer Dioxinsenke kommen.

Wichtig wird es sein - und das ist die Konsequenz dieses Berichtes - daß wir einen Dialog führen, daß wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dieser Standortsuche für die Anlagen machen. Und ich möchte das - und das ist an Dich, Kollege Marchat, gerichtet - ich kann mir nicht vorstellen, daß der Müll, der ein Rohstoff ist, der sich in der öffentlichen Hand befindet bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Städten, daß dieser Müll, nur weil es schnell gehen soll, in eine Anlage gegeben wird, die nicht nach diesem transparenten Verfahren genehmigt wurde.

Ich glaube, daß die Bevölkerung in dieser heiklen Sache ein Anrecht darauf hat, nicht etwas aus dem Hut gezaubert zu bekommen, sondern daß hier ein ganz konsequentes und transparentes Verfahren durchgeführt werden muß und daß wir alle in diesem Haus die Verantwortung haben, nicht Ja zu sagen, nur weil es irgendwo eine Anlage gibt. Sondern diese Anlage muß wirklich den Kriterien hier entsprechen. *(Abg. Marchat: Du hast Dich gar nicht informiert! Die Anlage muß ja gar*

nicht neu entstehen und entspricht allen Auflagen! Geh' hin und schau Dir das an!)

Entschuldige, ich war dort, dafür brauche ich Deine Aufforderung nicht. Aber - und das hat der Kollege Haberler, Dein Kollege, ja betont - ich glaube, daß es hier um mehr geht als um eine Studie, um Grenzwerte, um noch so imposante Fakten. Es geht hier vielmehr um Vertrauen. Und das Vertrauen ist halt, glaube ich, weniger gegeben, wenn man kurz vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes, das einem hohen Standard punkto Bewußtseinsbildung, Einspruchsmöglichkeiten, und Informationsmöglichkeiten entspricht, wenn ich dieses Gesetz umgehe und hier halt einfach schaue, daß ich schnell ein Verfahren durchführe. In diesem Fall, Du hast es ja gesagt, wird es darum gehen, diese Bewußtseinsbildung, diese Vor- und Nachteile wirklich offen zu diskutieren. Weil wir sonst nicht die Akzeptanz der Bevölkerung finden werden. Und diese Akzeptanz ist ja gerade ein Kriterium, das auch in der Studie erwähnt wird.

Ich glaube, daß diese Kriterien, wie sie in der dicken Studie, in der Langfassung ausgeführt sind, wie Luftreinhaltung, Lärmschutz, Wasserreinhaltung, Landschaftsschutz, Verkehrsbelastung - hier geht es uns insbesondere darum, daß damit nicht LKW-Verkehr neu erzeugt wird, sondern, ähnlich, wie wir es in Burghausen gesehen haben, daß die Müllmengen erfaßt werden dezentral, dann umgeladen auf die Bahn und dann umweltfreundlich und ökologisch zu einer Anlage transportiert werden - Raumordnung, Transportkosten usw., daß also diese Kriterien, wie sie in der Studie drinnen sind, jetzt lückenlos und in einem nachvollziehbaren Verfahren behandelt werden. Auch das ist ganz wichtig: Das Verfahren muß schließlich in einem UVP-Verfahren nachvollziehbar sein. Darauf wird es ankommen und nicht auf das bloße Erfüllen von Grenzwerten. Ich glaube, wir haben hier eine erhöhte Verantwortung.

In diesem Sinn darf ich zusammenfassen: Die Konsequenzen dieses Berichtes sind, daß die Standortsuche jetzt auf Grund dieser Kriterien fundiert und nachvollziehbar zu erfolgen hat. Daß Transparenz gegeben sein muß, daß die Diskussion mit der Bevölkerung intensiv geführt werden muß und wir dann eine ökologisch verträgliche, zukunftsweisende Behandlung der Abfälle in Niederösterreich erreichen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Der Umweltsprecher der SPÖ, Werner Feuer, hat den Standpunkt unserer Fraktion hier zu diesem Thema sehr klar dargelegt. Er hat seinen Standpunkt hier vertreten. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, meine Damen und Herren, um hier einige kurze Anmerkungen zu machen aus der Sicht der Gemeinden, aus der Sicht des NÖ Abfallwirtschaftsvereines. Und vor allen Dingen, auch schon zitiert heute, aus der Sicht der NÖ Abfallwirtschaftsverbände. Ich mache diese Anmerkungen auf Grund meiner praktischen Erfahrungen, die ich als Obmann beim Aufbau meines Abfallwirtschaftsverbandes in Schwechat gesammelt habe, und vor allen Dingen auch als Vorstandsmitglied beim NÖ Abfallwirtschaftsverein. Ich möchte aber hier nicht den Eindruck eines Lobbyings erwecken, sondern mit meinen Anmerkungen etwas kritisch sein, aber auch durchaus einen positiven Beitrag zu diesem Thema liefern.

Ich glaube es war richtig, meine Damen und Herren, daß diese Machbarkeitsstudie als Entscheidungsgrundlage in Auftrag gegeben wurde. Sie liegt nun vor und zeigt eine Reihe von Lösungsvorschlägen und Lösungsmöglichkeiten auf. Ich meine aber, daß es trotzdem zu einer wünschenswerten Optimierung kommen sollte. Ich meine nämlich, daß in der Studie so ein bißchen der Tenor durchkommt, in erster Linie doch die thermische Verwertung zu sehen - sie ist sehr fixiert da drinnen - und weniger die biologisch-mechanische Behandlung. Darauf geht sie eher weniger ein. Aber das ist eine subjektive Wertung. Die endgültige Beurteilung, meine Damen und Herren, wird, glaube ich, erst wirklich möglich sein, wenn die Deponieverordnung des Bundes, auch heute schon zitiert, vorliegt, endlich vorliegt und rechtswirksam wird. Es gibt ja in diesem Zusammenhang die wildesten Diskussionen unter den Fachleuten. Zum Beispiel, ob der C-Faktor als das alleinige Kriterium zur Feststellung des Reaktionspotentials herangezogen werden sollte. Das ist aber nur ein Streitpunkt der Experten, meine Damen und Herren. Ich meine daher, daß die dann endgültig beschlossene Deponieverordnung eine Wertung abgeben wird und sicherlich einen wichtigen Einfluß auf die, wie ich meine, integrierte Abfallwirtschaft in Niederösterreich haben wird.

Ich möchte aber doch hier klar feststellen, ich persönlich, die Abfallwirtschaftsverbände und der NÖ Abfallverein bekennen sich natürlich zur Notwendigkeit einer weiteren Behandlung des Rest-

mülles vor einer Ablagerung. Im Abfallwirtschaftsgesetz ist das definiert, daß nämlich die Abfälle biologisch oder thermisch zu behandeln sind, wenn sie nicht vorher schon wirklich verwertet werden können.

Die derzeitig üblichen Reaktordeponien, meine Damen und Herren, entsprechen nicht den Grundsätzen des AWG, Restmüll mit einem Anteil von durchschnittlich zirka 2 % an Problemstoffen und zirka 9 % an kompostierbarem Material darf in Zukunft nicht mehr unbehandelt abgelagert werden. Der NÖ Abfallwirtschaftsverein und auch die Abfallwirtschaftsverbände arbeiten daher sehr positiv, wie ich meine, aus ihrer ökologischen Verantwortung heraus für die Umsetzung der Restmüllbehandlung. Nicht zuletzt ist die Umsetzung der getrennten Wertstoffe, der Problemstoffsammlung, in allen Bezirken, in allen Gemeinden nach den Vorgaben des Landes wirklich ausgezeichnet gelungen. Und nach anfänglichen Schwierigkeiten, die wir alle kennengelernt haben, zeigen nun die Abfallwirtschaftsberichte imposante Zahlen. Auf Grund der getrennten Sammlung ist das Restmülldeponievolumen, Herr Kollege Ing. Dautzenberg, in den letzten Jahren zurückgegangen. Und zwar um 40 % bis 50 %. Dazu war natürlich eine breite Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Und wir können doch feststellen, daß im Reigen der Bundesländer Niederösterreich an der Spitze bei den Ergebnissen in der Mülltrennung steht. Die Verbände, die Gemeinden müssen und wollen daher auf dem Bereich der Abfallvermeidung - und das ist sehr, sehr wichtig - das heißt in der Bewußtseinsbildung, in der Aufklärung und Information noch aktiver werden und stehen natürlich jetzt, nachdem immer wieder gepredigt wurde, Müll trennen, vor der schwierigen Frage - und hier bestätige ich die Unsicherheit der Verbände - stehen vor der Frage, Hohes Haus, können mit diesen Aktivitäten die Voraussetzungen geschaffen werden, nämlich für eine glaubwürdige Forderung nach einer Restmüllverbrennung? Und ich glaube daher, und das ist jetzt meine subjektive Meinung, daß ein sofortiger und ein totaler Einstieg, so von heute auf morgen, in eine Müllverbrennung derzeit nicht möglich ist. Denn die Restmüllverbrennung, glaube ich, kann nur ein notwendiger Teilschritt zu einer integrierten, wie ich gemeint habe, Abfallwirtschaft mit den Komponenten Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Sammlung von Wertstoffen und umweltgerechte Endbehandlung sein.

Und daher glaube ich, trotz Vorlage dieser, wenn man will, positiven Studie muß weiter nachgedacht werden. Meiner Meinung nach kann es daher noch keine konkrete Entscheidung geben.

Weder über die Art, über die Form der Reststoffverbrennung und -verwertung, noch über die Standorte von Müllverbrennungsanlagen. Die Veröffentlichungen in den Medien von -zig Gemeinden als mögliche Standorte war unverantwortlich, meine Damen und Herren. Und ich würde daher sehr warnen, daß ohne genaue Prüfung bei einer solch sensiblen Thematik hier bereits Vorentscheidungen getroffen werden. Hoher Landtag! Ich bin daher der Meinung, "doch" der Meinung, muß ich sagen, sollte sich aber herausstellen bei einer Weiterverfolgung dieser Studie, daß im Konzept einer integrierten Abfallwirtschaft die Errichtung einer zentralen Müllverbrennungsanlage als die objektiv beste Lösung herauskommt, so sollte sinnvollerweise eine Logistik aus allen regionalen Umladestationen, aus den Verkleinerungs- und Behandlungsanlagen für Sperrmüll geschaffen werden, aber auch die bestehende Infrastruktureinrichtung genutzt werden. Wie zum Beispiel die Anlagen der NUA oder privater Unternehmen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch betonen, daß es richtig war, daß zur Verfolgung des angepeilten Zieles die AVN, also diese Planungsgesellschaft gegründet wurde, die ja bereits wichtige Vorarbeiten geleistet hat und hier Entscheidungsgrundlagen vorlegt. Um jedoch bei künftigen Lösungen diese Lösungen konkret umsetzen zu können, speziell im operativen Bereich, aber auch in der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit, sollten, glaube ich, an allen vorbereitenden Entscheidungen auch die Abfallwirtschaftsverbände Niederösterreichs im Rahmen des NÖ Abfallwirtschaftsvereines mitarbeiten können. Sie sind bereits erfreulicherweise im Koordinierungs-Ausschuß dieser Planungsgesellschaft vertreten. Der NÖ Abfallwirtschaftsverein, aber auch die Verbände, die angeschlossenen Verbände, sind, soweit ich das weiß - und durch eigene Wahrnehmung weiß ich das - durchaus bereit, Herr Landesrat, gemeinsam Verantwortung zu tragen und zwar als Partner in dieser Gesellschaft. *(Beifall bei LR Blochberger.)*

Ich möchte daher an die Mitglieder der Landesregierung und speziell an Sie, Herr Landesrat Blochberger, das Ersuchen richten, konkrete Gespräche über eine Beteiligung des NÖ Abfallwirtschaftsvereines an der AVN in die Wege zu leiten. Denn - und so glaube ich, meine Damen und Herren - neben dem Land, neben der EVN wären gerade die Abfallwirtschaftsverbände wichtige Partner, ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept im Sinne der vorliegenden Studie an der Basis

umzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren der Regierung! Hohes Haus!

Wenn hier diskutiert wird die Frage der Entsorgung und damit die thermische Frage in Niederösterreich, dann ist mir in der Diskussion eines störend aufgefallen: Es wurde bemerkt, daß hier die Standorte mit Kriterien versehen, ja - unter Anführungszeichen - immer wieder so gesetzt werden, wie der Vorredner das vielleicht auch gemeint hat, man kann nicht darüber reden über den Standort, denn es ist gefährlich, wenn das jetzt draußen diskutiert wird, wo es überhaupt möglich ist. Ich glaube, gefährlich ist eines: Wenn wir als Verantwortliche, die hier entscheiden oder entschieden haben und diesen Weg als vernünftig, von der Wissenschaft vorgegeben, anerkannt haben, wenn wir Angst vermitteln. Wir dürfen gerade in diesem Bereich keine Angst vermitteln! Die Studie beweist es, darüber hinaus beweisen viele Untersuchungen aus wissenschaftlichen Bereichen, daß gerade eine thermische Entsorgung eine eindeutige Verbesserung für die Zukunft darstellt. Das heißt, konkret auf den Standort bezogen, wird die Luftgüte verbessert. *(Beifall bei der FPÖ, LR Blochberger und Abg. der ÖVP.)*

Mit einer dementsprechenden Frage der vernünftigen Nutzung der Wärme, der Energieproduktion. Und damit sollte es außer Streit gestellt werden und es wäre Aufgabe von uns allen, die wir politisch tätig sind, vor Ort die Diskussion auch führen, daß egal, wo der Standort ist, für uns klar sein muß: Wenn mitten in Wien die Spittelau steht, wenn die EBS am Rande von Wien direkt neben den Gärtnereien Wiens steht, neben, ich sage einmal, doch 70 % der Frischwaren im Gemüsebereich, die von dort für Wien produziert werden, und wenn hier eindeutig keine Belastung vorhanden ist, dann sollten wir, egal, aus welchen Voraussetzungen man Standorte diskutiert, uns grundsätzlich dazu bekennen und im Prinzip nur mehr die Standortfrage der vernünftigen Koppe- lung von Industriebetrieben unterordnen, bei denen Wärmebedarf gegeben ist und die verkehrstechnische Frage gelöst ist. Aber die Grund- satzfrage heißt, wir haben uns entschieden, eine vernünftige, korrekte und bessere Abfallbewirt- schaftung durchzuführen und das ist für uns die thermische Entsorgung. Und diese sollten wir kon-

sequent nach wie vor auch in der eigenen Gemeinde vertreten! (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Blochberger.

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein herzliches Dankeschön für das Engagement allen Rednern, wenn es auch etwas konträre Wortmeldungen gab. Vor allem auch dem Abgeordneten Gebert ein herzliches Dankeschön. Er ist, das konnte man merken aus seinen Ausführungen, ein erfahrener Kommunalpolitiker, der natürlich auch diese Probleme von der Pike auf kennt. Seine Ausführungen waren wirklich sehr fundiert, danke herzlich.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen auch noch zu Wort gemeldet, weil ich noch einmal ganz kurz versuchen will, die Schiene zu skizzieren in der NÖ Müllpolitik oder Umweltpolitik. Erstens: Der nicht entstandene Müll ist der "bestentsorgte" und der billigste. Wir wollen, weil immer wieder versucht wird, von einer gewissen kleinen Gruppierung uns das in die Schuhe zu schieben, wir wollen mit dieser thermischen Verwertungsanlage, sprich Restmüllverbrennungsanlage, bei Gott nicht diese mühsame Arbeit, die über die Umweltberatungen, über die Gemeinden, über die Verbände in den letzten Jahren erfolgt ist, schmälern. Herr Abgeordneter Gebert hat darüber auch berichtet. Wir haben Gottseidank viel weniger Anfall an Müll. Diese Schiene wollen wir mit ganzer Kraft fortsetzen, Herr Abgeordneter Haberler, nicht erst beginnen, sondern fortsetzen. Hier sind wir wirklich gut unterwegs. Es war Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, der vor ungefähr sieben, acht Jahren damit begonnen hat. Wir haben sechs Gruppierungen draußen, engagierte, junge Menschen, denen viel gelungen ist, in der Aktion "bewußt einkaufen" etwa und vieles andere mehr. Diese Schiene muß fortgesetzt werden.

Zweitens: Das Trennsystem muß beibehalten werden. Auch hier gibt es in Niederösterreich gute Erfolge. Wir haben ein dezentrales Kompostsystem. Wir haben kurze Wege des Transportes. In anderen Bundesländern gibt es nur Großkompostanlagen. Bei uns gibt es sehr viele dezentrale, wo die Gemeinden sich eines Bauern bedienen, eine gescheite Geschichte. Diese Sache wollen wir weiterführen. Wir haben kaum Probleme bei der Sortierung, bei der Bewältigung dieser Probleme. In anderen Bundesländern, im

großstädtischen Bereich gibt es sehr wohl Probleme.

Wir wollen auch drittens dort, wo wir recyceln können, diese Reststoffe wieder im Kreislauf sinnvoll verwenden. Und dann, meine Damen und Herren, viertens beginnt für mich der Ansatz: Dort, wo Restmüll nicht mehr verwendet werden kann, weil es keinen Sinn mehr macht, weil es technisch nicht geht, da ist die Entscheidung zu treffen und sie wurde im Koordinierungssystem sehr klar angesprochen, was tun wir mit diesem Restmüll?

Und da haben wir uns entschieden und heute auch dem Landtag darüber berichtet, daß wir glauben, daß die Verbrennung des Restmülls auch ökologisch der richtige Weg ist. Wir haben lange diskutiert, ich habe selbst auch mit mir gerungen und viele andere Leute, ob wir den anderen Weg gehen der kalten Rotte, der sogenannten mechanischen Verwendung, der Kompostierung und Anaerobisierung. Dieser Weg der kalten Rotte hat aber doch Negatives, weil erstens nur 80 % der Methangase erfaßt werden können, also gehen einmal 20 % in die Atmosphäre. Und zweitens, weil Energie verwendet werden muß, damit wir auch hier das Problem der Abfackelungsanlagen in den Griff bekommen. Und drittens, meine Damen und Herren, das wurde auch klar gesagt, vor allem vom Abgeordneten Friewald: Wenn wir diesen Restmüll thermisch verwenden, können wir Energie erzeugen. Ja wieso soll man das dann nicht tun? Das kann ja keine Religionsfrage sein, wenn ich Restmüll als Brennstoff hier verwende und damit Import von fossilen Energieträgern einspare, sprich Kohle, Öl und so vieles andere mehr. Und damit auch in der Region, wenn Sie wollen, eine Schadstoffminderung habe, also eine Verbesserung, wie es der Abgeordnete Friewald formuliert hat, der Luftsituation. Ja, dann muß man doch logisch diesen Weg hier gehen. Bei der kalten Rotte habe ich also doch eine Belastung der Atmosphäre. Das war auch für mich dann der Punkt, wo ich für mich auch persönlich die Entscheidung getroffen habe, daß wir in Richtung Verbrennung gehen. Und darum geht es, meine Damen und Herren. Und ich bin wirklich dankbar und darf auch bitten, daß wir diesen gemeinsamen Weg fortsetzen.

Herr Abgeordneter Haberler! Es wird jetzt so weitergehen, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten uns intensiv bemühen, einen idealen Standort zu finden. Wo gibt es einen idealen Fernwärme-, Prozeßwärmeabnehmer? Und vor allem einen Betrieb, der uns auch Garantie gibt, nicht nur ein, zwei Jahre die

Prozeßwärme abzunehmen, sondern langfristig, also einen relativ gesunden Betrieb, denn dort können wir auch Kosten minimieren. Denn wir sind ja auch verpflichtet, unsere Haushalte nicht unnötig zu belasten. Und danach wird sich die Suche nach dem Standort richten. *(Abg. Dr. Bauer: Es wird nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzugehen sein. Es geht sehr wohl auch um die Frage der Akzeptanz, nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen!)*

Ich komme schon dazu, Herr Klubobmann. Ja, ich sage aber noch einmal: Wichtig ist natürlich einmal als Punkt Eins, daß ich einen vernünftigen Fernwärmeabnehmer habe. Punkt Zwei: Schienenanschluß ist unbedingt notwendig. Je mehr, desto besser, wir wollen möglich viel auf Schiene führen. Diejenigen, die in Deutschland mit Waren, haben das gesehen. Da gibt es eine eigene Logistik mit eigenen Eisenbahnwaggons. Ich halte das mit den Verladestationen für eine wirklich gute Sache. Hier soll es und darf es nicht zu einer zusätzlichen Verkehrsbelastung kommen, egal, wo diese Verbrennungsanlage steht.

Damit, Herr Klubobmann, zu Deiner Frage, zur Akzeptanz. Meine Damen und Herren! Ich sage auch hier sehr laut und deutlich: Ja. Diese Anlage darf für niemanden in Niederösterreich, für niemanden, für keine Gemeinde, eine Belastung sein. Aber irgendwo wird sie stehen müssen. Auf "Lufthaken" können wir sie nicht aufhängen, um es bildlich auszudrücken. Sie wird wo stehen müssen. Dabei darf es zu keiner Belastung kommen.

Ich darf wirklich die Damen und Herren Abgeordneten des Hauses bitten, ich meine, wir kommen schon noch in die Situation, wo es auf die Nagelprobe ankommt. Wo jeder dann in Versuchung kommt, zu sagen, bei mir nicht, in der Nachbarregion. Einige solche Versuche sind ja schon da. Ich bitte Euch wirklich: Der Beschluß hat nur dann einen Wert, wenn wir ihn gemeinsam auch durchstehen. Wir können Umweltpolitik nur gemeinsam machen, daher darf ich wirklich bitten, über Parteigrenzen hinwegzusehen. Heben wir uns dafür die anderen Themen auf. Da können wir uns politisch auseinandersetzen. *(Abg. Dr. Bauer: Man muß aber auch nicht mit dem Kopf durch die Wand! - Abg. Breininger: Entschuldige, Herr Klubobmann! Aber nach 10 Jahren Diskussion zu reden von "mit dem Kopf durch die Wand", ist ein wenig hart formuliert!)*

Herr Klubobmann, um diese Akzeptanz habe ich gebeten. Ich bin also klar verstanden worden, merke ich. Und nur dann werden wir das Problem

lösen, wir werden von kommenden Generationen daran gemessen werden.

Und jetzt auch noch kurz zur Deponieverordnung: Sicher ist hier eine politische Entscheidung notwendig und ich sage auch heute hier, es kann auch durchaus eintreten, daß diese Bundes-Deponieverordnung unseren Vorstellungen nicht ganz entspricht. Natürlich werden wir uns dann im Landtag von Niederösterreich zu überlegen haben, ob wir zusätzlich legislative Maßnahmen setzen müssen. *(Abg. Feurer: Wie lenken Sie denn in Richtung Verbrennungsanlage?)*

Es ist schwierig, Herr Abgeordneter Feurer, es ist schwierig, aber die Oberösterreicher zeigen, wenn es auch nicht durchjudiziert ist, die Oberösterreicher zeigen einen Weg. Nach Oberösterreich kannst du kein Kilogramm Müll einführen und kein Kilo Müll ausführen. Ich will nur sagen, daß das schon ein guter Weg ist. Ich hoffe, daß die Deponieverordnung uns eine Möglichkeit gibt. Und, Herr Abgeordneter Gebert, natürlich werden wir mit den Verbänden und auch mit der Landesorganisation in enger Kooperation zusammenarbeiten. Natürlich haben die Bürgermeister Interesse, zu erfahren, was kostet diese Entsorgung. Natürlich wollen die auch vernünftig mitreden. Und ich werde mich auch für dieses Mitspracherecht sehr, sehr stark machen, denn natürlich müssen auch die Bürgermeister das verantworten.

Ich darf zusammenfassend, meine Damen und Herren, ein Dankeschön sagen. Ich darf wirklich bitten, diesen gemeinsamen Beschluß nicht zu verlassen und der Versuchung zu widerstehen, daß man aus tagespolitischen Scheineffekten irgendwo politisches Kleingeld einwechseln kann. Mut ist hier gefragt, auf dieser blau-gelben Umweltschiene fortzufahren. Wir sind gut unterwegs. Dampf machen ist okay. Wir brauchen immer eine Lokomotive mit Dampf. Herr Kollege Haberler! Mitkommen in den Koordinierungs-Ausschuß, dort mitreden, durchdiskutieren, über Parteigrenzen hinweg. Dann werden wir etwas zusammenbringen. Danke schön für jedes Engagement in diese Richtung! *(Beifall bei der ÖVP, Abg. der SPÖ und Abg. Hrubesch.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFMACHER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir gelangen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Umwelt-Ausschusses): Danke. Ich stelle Einstimmigkeit fest!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Litschauer, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 305/B-17 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 305/B-17, das ist der Bericht der Volksanwaltschaft an den NÖ Landtag sowie die Äußerungen der NÖ Landesregierung.

Der vorliegende Bericht der Volksanwaltschaft bezieht sich auf den Berichtszeitraum 1992/93. Gegenstand dieses Zwölften und Dreizehnten Berichtes an den NÖ Landtag sind grundsätzliche Wahrnehmungen und die exemplarische Darstellung von Einzelfällen betreffend den Bereich der Landesverwaltung einschließlich der im Bereich der Selbstverwaltung zu besorgenden Aufgaben. Auch Wahrnehmungen über organisatorische Mängel im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wurden aufgenommen.

In zehn großen Rechtsbereichen werden Beschwerden über verschiedenste Rechtsfälle zur Abklärung durch die Volksanwaltschaft angesprochen und aufgezeigt. Und da wiederum sind die Rechtsbereiche Raumordnung, Baurecht, Gewerbebereich, Straßenverkehrsrecht, Polizeirecht und das Abgaben- und Gebührenrecht schwerpunktmäßig berührt.

In den Äußerungen der Landesregierung wird auf diese Beschwerdefälle ausführlich eingegangen und die Empfehlungen der Volksanwaltschaft werden ebenso ausführlich behandelt. Der Verfassungs-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Bericht befaßt und seinen Beschluß gefaßt. Ich stelle daher den Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den Zwölften und Dreizehnten Bericht der Volksanwaltschaft an den Niederösterreichischen Landtag sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Zwölfte und Dreizehnte (1992-1993) Bericht der Volksanwaltschaft an den Niederösterreichischen Landtag sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung werden zur Kenntnis genommen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe heute zu diesem Bericht der Volksanwaltschaft zu sprechen. Es ist ein Rechenschaftsbericht der Volksanwaltschaft. Und es sind in diesem Zeitraum 1992 in den zwei Jahren 1992 und 1993 insgesamt 1.455 Beschwerden von NÖ Bürgern eingegangen und behandelt worden. Und das gliedert sich wieder, wie schon der Herr Berichterstatter erwähnt hat, in die Landes- und Allgemeinverwaltung, Gemeindeverwaltung und Beschwerden, die Bundesverwaltung betreffend. Die Landes- und Gemeindeverwaltung betrafen 656 Beschwerden und 872 die Bundesverwaltung, die letztlich uns hier im Landtag nicht unbedingt berühren.

Wenn man diese Zahlen ein bißchen aufschlüsselt, sind von den Beschwerden dieses Berichtszeitraumes bis Oktober 1994 630 von 656 erledigt. Und die wieder auseinandergelegt zeigen 15 % dieser Beschwerden, also 90 Fälle von 630 als berechtigt, 22 % oder 140 Fälle waren nicht berechtigt. 400 Fälle wurden von der Volksanwalt-

schaft direkt in Form von Beratung und Interventionshilfe erledigt. Damit sieht man, daß die Volksanwaltschaft hier in unserem Lande in diesen Fragen eine sehr große und positive Aufgabe hat.

Aus dem Bericht sind auch die Bereiche ersichtlich, die diese Beschwerden betrafen, beispielsweise das Baurecht, die Raumordnung, das Gewerberecht, Straßenverkehrsrecht, Polizeirecht, das Musikschulwesen, das Abgaben- und Gebührenrecht, Sozialrecht, der Natur- und Landschaftsschutz und die Gemeindeverwaltung. Das sind jene Bereiche, in denen die Volksanwaltschaft mit diesen vorhin genannten Fragen beschäftigt war.

Es war auffällig, daß gerade im Bereich des NÖ Baurechtes und der Raumordnung die meisten Fragen zu behandeln waren. Und ich glaube, daß hier Handlungsbedarf herrscht. In Ausschüssen und in Unterausschüssen wurde auch die Novellierung der Bauordnung schon ein bißchen andiskutiert. Ich glaube, daß hier tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Ziel ist eine Bautechnikverordnung, die bürgernahe und verständlich ist und dem heutigen Stand der Technik entspricht. Vorhaben ist, so wenig wie möglich und so viel wie notwendig zu regeln. Das soll oberste Maxime dieser Änderung sein. Zur bekannten Forderung der F-Partei, daß der Bürgermeister nicht mehr erste Instanz der Baubehörde in den Gemeinden sein soll, stelle ich fest, daß das rechtspolitisch sehr bedenklich und demokratiepolitisch ganz einfach falsch ist. Der Bürgermeister als Baubehörde erster Instanz hat sich bewährt, er weiß, wo der Schuh drückt. Vor allem ist aber der Bürgermeister in der Lage, draußen vermittelnd einzugreifen. In diesem Zusammenhang kann jede Frage gelöst werden, wenn exzellente Fachleute als unabhängige Sachverständige eingesetzt werden, zur Verfügung stehen sie ja.

Ausdrücklich wird im Bericht der Volksanwaltschaft auch festgestellt, daß die aufgezeigten Mißstände oder Mängel in Zusammenhang mit Bauordnungswidrigkeiten sowohl in kleinen Gemeinden als auch in großen Gemeinden, Städten und sogar Statutarstädten anzutreffen sind. Es wird noch heute auch einen Resolutionsantrag geben, in dem ist das auch festgehalten. Die angeführten Mißstände in der Verwaltung lassen sich daher nur durch entsprechende Neugestaltung der Bauordnung hintanhalten. Diese neue Bauordnung muß dabei so gestaltet sein, daß sie leicht verständlich, nachvollziehbar und bürgerorientiert gestaltet

wird. Diese Zielsetzung detaillierter Vorgaben verfolgt auch bereits der von der ÖVP eingebrachte und vom Landtag am 16. März dieses Jahres beschlossene Antrag betreffend Änderung der Bauordnung.

Die Arbeit in den Gemeinden draußen kann nur so gut getan werden, als der Gesetzesrahmen es zuläßt. Der Bericht der Volksanwaltschaft umfaßt, wie gesagt, die Jahre 1992 und 1993. Für diesen Zeitraum kann man sicher nicht für alles den zuständigen Landesrat verantwortlich machen. Denn Herr Landesrat Schimanek ist ja erst seit Mitte 1993 als Landesrat mit dieser Aufgabe betraut. Aber die Säumigkeit bei der Novellierung der Bauordnung liegt zum derzeitigen Zeitpunkt ganz eindeutig bei Herrn Landesrat Schimanek, das möchte ich auch hier feststellen. *(Unruhe bei der FPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, ich gehöre nicht zu den "Wadlbeißern", ich habe gesagt, alles was vorher war, dafür kann er nicht verantwortlich gemacht werden. Aber jetzt fällt das in seinen Kompetenzbereich und daher ist es höchst an der Zeit, diese Bauordnung entsprechend zu ändern. Ich verweise noch einmal auf den Resolutionsantrag, der eingebracht wird. Ich darf aber bei dieser Gelegenheit auch der Volksanwaltschaft danken, es wird hier gute Arbeit, konstruktive Arbeit und positive Arbeit geleistet. Ich bitte daher den Hohen Landtag, diesen Bericht der Volksanwaltschaft positiv zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Uhl.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich möchte vorausschicken, daß wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen werden. Gleich in medias res: Insbesondere die Stellungnahme der Volksanwaltschaft zum Baurecht liest sich wie ein Lokalausweis absoluter Unfähigkeit bzw. Unwissenheit der Verantwortlichen in den Baubehörden. Diese Mißstände in der Verwaltungstätigkeit unseres Landes haben eine Beschwerdebildung, wie mein Kollege vorher schon gesagt hat, unserer Landesbürger zur Folge. Die Volksanwaltschaft hat daher eine Schulung und Beratung

der Baubehörden wiederholt empfohlen. Aus den Äußerungen der Landesregierung geht hervor, daß in den Jahren 1989 bis 1994 in eine solche Schulungstätigkeit angemessen investiert wurde. Diese Schulungstage stellen einen hohen Personaleinsatz dar und daraus folgt, daß sie dem Land Niederösterreich, also uns, auch jede Menge kosten. Trotz alledem ist keine Verbesserung in der Vollziehung der Baubehörden erkennbar. Daraus kann ich nur schließen, daß entweder das zur Schulung und Beratung berufene Personal versagt hat, oder daß die zu schulenden Gemeindebediensteten nicht fähig waren, das Gelernte auch in die Praxis umzusetzen.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, nur schlagwortmäßig einige Mißstände in der Selbstverwaltung aufzählen. Stadt Krems: Bewilligung eines widmungswidrigen Vorhabens und Untätigkeit der Baubehörde bei der Beseitigung von Ordnungswidrigkeiten. Gemeinde Warth: Duldung konsensabweichender Bauausführung. Marktgemeinde Stronsdorf: Unterlassung baupolizeilicher Maßnahmen. Gemeinde Großebersdorf: Säumige und mangelhafte Durchführung eines Bauvorhabens. Und so geht das weiter. Verfahrensverzögerung, Verletzung der Entscheidungspflicht, sechs Jahre währende Säumigkeit.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Volksanwaltschaft Überlegungen anstellt, die Vollziehung des Baurechtes auf staatliche Behörden zu übertragen. Eine solche Übertragung würde aber, wie auch schon in den Äußerungen der Landesregierung erwähnt, eine Änderung des Artikel 118 B-VG erzwingen. Artikel 118 Abs. 3 B-VG bestimmt im Punkt 9, daß die Gemeinden zur Besorgung im eigenen Wirkungsbereich, also in der Selbstverwaltung, in den Angelegenheiten der örtlichen Baupolizei, soweit diese nicht bundeseigene Gebäude, die öffentlichen Zwecken dienen, zum Gegenstand haben, berufen sind. Eine Änderung dieses Artikels kann nicht von einem Bundesland alleine durchgeführt werden. Auch stellt sich für mich die Frage, ob eine solche Übertragung hinsichtlich der Dauer von Verfahren überhaupt sinnvoll ist, da ich es für zweifelhaft erachte, daß eine solche Übertragung der Kompetenzen zu einer effektiven Verbesserung der Tätigkeit von Baubehörden führen würde.

Eines ist jedoch klar: Diesen Mißständen, damit meine ich nicht nur die Verletzung subjektiver Rechte, sondern auch objektive Rechtsverletzung und darüber hinaus jede unkorrekte Verwaltungsführung, wie zum Beispiel auch das unfreundliche Verhalten von Bediensteten in der Landesverwaltung, muß entgegengewirkt werden.

Sei es nun durch kompetente und effektive Schulung oder durch wirksame Konsequenzen für das gesetzwidrige oder säumige Verhalten der jeweiligen Behörde.

Die geplante Änderung der Bauordnung ist meiner Meinung nach nicht die Lösung aller Probleme. Es ist ein guter Ansatz, aber das allein wird nicht genügen. Denn selbst wenn wir noch so viele Gesetze schaffen, novellieren, den geänderten Umständen anpassen, werden wir keine rasche Verbesserung erzielen, wenn die zum Vollzug berufenen Organe die Bauordnung nicht einhalten und säumig werden oder sich schlichtweg überfordert fühlen.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz auf Abschnitt 5 dieses Berichtes eingehen. Dort wird von der Unzulänglichkeit der Verwaltung im Gewerbebereich gesprochen. Die Volksanwaltschaft drückt im allgemeinen Teil ihr Unbehagen darüber aus, daß bei der Durchführung des gewerberechtlichen Prüfungsverfahrens vielseitige Probleme auftauchen und daß von der Volksanwaltschaft erbetene Antwortschreiben seitens des Amtes der Landesregierung häufig unvollständig bzw. erst nach sehr langer Zeit eintreffen. Die Volksanwaltschaft wirft dann in der weiteren Folge dem Landeshauptmann den Vorschub eines Rechtsbruches vor, weil der der Rechtsordnung entsprechende Zustand nicht hergestellt würde. Laut den Äußerungen der Landesregierung handelt es sich hierbei aber ausschließlich um die Verantwortlichkeit des Magistrates St. Pölten. Meine Damen und Herren! Es hat keinen Sinn, Verantwortungen hin und her zu schieben und damit zu glauben, das Problem ist gelöst. Es muß uns für die vertretenen Landesbürger nur um eines gehen: Um die Beseitigung der schleppenden und bürokratischen Verfahrensdauer. Dabei ist das Gewerbebereich aber grundsätzlich zu überdenken. Zum Beispiel sollte der Begriff der Gewerbsmäßigkeit, abgehend von der Definition der Gewerbeordnung, sich eher am Merkmal der Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr orientieren. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß gemäß § 1 Abs. 2 der Gewerbeordnung jede Tätigkeit dann gewerbsmäßig ist, wenn sie selbständig, regelmäßig und in Ertragserzielungsabsicht betrieben wird. Das Abstellen auf die Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr aber käme der Realität näher, da Rechtssubjekte, die Leistungen zum oder unter dem Selbstkostenpreis erbringen, nicht der Gewerbeordnung unterliegen würden. Es wäre weiters zu hinterfragen, bei welchen Gewerben die Erbringung eines Befähigungsnachweises überhaupt sinnvoll ist. Das Fallenlassen des

Befähigungsnachweises könnte fakultativ erfolgen und müßte jedenfalls an den zwingenden Abschluß einer Betriebshaftungsversicherung geknüpft werden. Dieses Institut würde auch die durch die EU hervorgerufene Inländerdiskriminierung eindämmen, weil ein Gewerbetreibender, der einen niedrigeren, aber auf Grund der EU-Richtlinien anzuerkennenden Befähigungsnachweis erbringt, versicherungstechnisch ein höheres Risiko darstellt und daher eine höhere Prämie zu bezahlen hätte. Ich möchte mit diesem Exkurs schließen und nochmal erwähnen, daß wir den Bericht zur Kenntnis nehmen werden. *(Beifall bei LIF.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Preisler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Es werden im Landtag sporadisch immer wiederum Berichte, Rechnungshofberichte vorgelegt. Es werden Berichte des NÖ Kontrollamtes vorgelegt und es kommen auch gelegentlich Berichte vom Unabhängigen Verwaltungssenat. Eigentlich seltener Natur sind die Berichte der Volksanwaltschaft. Und ich meine, aus all diesen Kontrollinstanzen ist die Volksanwaltschaft, ohne andere zu schmälern, doch dasjenige Gremium, zu dem mehr oder weniger der Bürger offen Zugang findet und auch zu tausenden Fällen hier Zuflucht und Hilfe sucht, wenn er von den Mächtigen überfahren wird. Und es zeigt auch die heutige Vorlage dieses Rechnungshofberichtes, daß es hier auch so ist. Nur frage ich mich wirklich, wenn man - und ich habe mir die Mühe genommen, den letzten Bericht der Volksanwaltschaft nachzulesen - und es wiederholt sich eigentlich immer alles. Das heißt, Anmerkungen, mehr oder weniger harte Kritiken, denen die verschiedenen Institutionen des Landes, des Bundes unterzogen werden, werden nicht zur Kenntnis genommen. Man sagt sich, das ist ein Prozedere, das sich immer wiederum wiederholt. Diese Instanzen gibt es scheinbar, um irgendwelche Arbeitsplätze zu schaffen und irgendwann werden wir es schon richten.

Es kann ja nicht so sein, wenn man etwa den heutigen Bericht hier der Volksanwaltschaft näher studiert, daß zwei Drittel dieses Berichtes sich mit einer Thematik beschäftigen, die eigentlich landesweit, bundesweit den Bürger am meisten berührt, das ist Raumordnung, das ist Bauordnung. Und es ist schon so, daß alle diese Dinge, wo der Bürger zu wenig Einfluß hat, wo er immer wiederum nach wie vor unter die Räder kommt, sich nicht oder zu wenig wehren kann. Es kann aber

nicht so sein, daß eigentlich, so wie es der Kollege Ing. Gansch zuvor gesagt hat, also ich muß schon sagen, ich muß mich wirklich hier unter Anführungszeichen, man kann nicht so "patschert" sein und hier einen Landesrat, aber der Herr Landesrat Schimanek wird sich selbst zu Wort melden, er kann sich selbst verteidigen - aber es grenzt wirklich schon an eine gewisse Ignoranz sondergleichen, wenn man hier sagt, hier wären Versäumnisse gegeben. *(Abg. Ing. Gansch: Ich habe von Handlungsbedarf gesprochen!)*

Herr Kollege Ing. Gansch! Sie sitzen schon sehr lange hier. Diese Partei, die Volkspartei, und auch die österreichischen Sozialdemokraten hätten längst, längst Gelegenheit gehabt, hier etwas zum Besseren zu wenden. Seit 1981 wird an der Bauordnung "herumgedoktert". Und ich kann wirklich nur sagen, "herumgedoktert", weil aus dieser ganzen Thematik eigentlich nicht das geworden ist, was man sich vorstellt, was den heutigen Gegebenheiten der Technik, den Anforderungen standhält. Schauen Sie sich bitte die Bauordnung der einzelnen Länder an. Ich verweise auf die Steiermark. Ich verweise hier selbst auf das oft so kritisch angemerkte Burgenland. Sie sind uns in einigen Dingen weit voraus. Wir haben es nicht zustande gebracht, daß wir hier wirklich es so bringen, daß das angepaßt wäre. Wenn ich mir die Fälle, hunderte und tausende von Fällen - und da gibt es noch hunderte Personen, die sich heute noch scheuen, den Weg zur Obrigkeit zu finden, das heißt, für die ist es viel zu beschwerlich, die das Obrigkeitsdenken noch an erster Stelle haben, die sagen, naja, wenn es die Behörde, das Land Niederösterreich oder der Bürgermeister, das hohe Gemeindeamt so macht, dann wird es schon seine Richtigkeit haben. Daß dem nicht der Fall ist, da gibt es wirklich fast lächerliche Dinge drinnen, wo ich mich frage. Ich verweise nur auf zwei Fälle, wo eine Kanalisation auf Privatgrund gemacht wurde. Das kann passieren. Aber daß ein Bürgermeister, ein Gemeinderat, selbstherrlich noch

glaubt, obwohl sich diese Leute anbieten und einen Konsens suchen, wenn schon Fehler begangen werden, zum "Kadi" rennen zu müssen, Kosten verursacht und dann noch einmal zum "Oberkadi" geht, weil er noch immer glaubt, er ist in seinem Recht, das grenzt wirklich an Dummheit. Also da muß man schon sagen, so kann es nicht sein. Und daher ist, Herr Kollege Ing. Gansch, unser freiheitlicher Antrag sehr wohl begründet. Ich habe damals gesagt und sage es immer und werde es immer wiederum sagen, daß die Bürgermeister aus ihrer fachlichen, aus ihrer beruflichen Arbeit heraus einfach total überfordert sind. Die Anforderungen an den Bürger, an die Ämter werden immer größer. Das wissen wir. Und die sind überfordert. Die sind zweifelsohne überfordert! (*Zwischenruf bei Abg. Knotzer.*)

Herr Knotzer! Ob Sie es wollen oder nicht, so ist es doch bitte. Soll ich Ihnen ein konkretes Beispiel aus Traiskirchen sagen? Unlängst erst? Ersparen Sie mir bitte das. Wie da selbstherrlich darüber hinweggefahren wird, Enteignungen vorgenommen werden. So kann es ja bitte nicht sein. Warum sucht man nicht den Kontakt zum Bürger? Und dann muß man mehr oder weniger doch klein beigeben und dann nachher einen Konsens versuchen. Das kann man sich alles ersparen. Aber nicht nur das, daß sie überfordert sind, sie sind auch, und das sage ich auch in aller Offenheit, daß es hier auch ein Instrumentarium gibt oder gegeben hat, wo man halt so die Menschen irgendwo dirigieren kann. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger:* Sie

sagen das wider besseren Wissens, nicht?) Ich weiß schon, Herr Kollege, das gefällt Dir nicht. Es ist aber so. Das hört man ja hundertfach draußen in der Bevölkerung, wo der Bürgermeister halt sagt, wenn Du aufmuckst oder wie immer, mit der Baubewilligung ... (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Zeigen Sie bitte konkrete Fälle auf!*)

Dies sind die Dinge, die den Bürger wirklich bewegen und hier sollte man wirklich auf dem schnellsten Weg Abhilfe schaffen. Die Gemeinden sind überfordert. Es kann nicht so sein, daß ein Bürgermeister, eine Baukommission, die wirklich von der Materie oft sehr wenig Ahnung haben - können sie auch nicht, weil niemand ein gelernter Ziviltechniker ist, weil niemand ein Rechtsanwalt, ein Jurist ist. Man könnte sich hunderte von Instanzen ersparen, wo der Bürger dann gezwungen wird, den Rechtsweg zu gehen. Darum ist unsere Vorstellung sicherlich begründet, wie immer man eine Instanz schaffen wird. Sie ist begründet, das beweisen ja auch einige Beispiele, in Kärnten etwa schon, wo es etwas gibt, was zwischengeschaltet wird. Wo sehr wohl der Bürger, die Bürgermeister beraten

werden. Und das kann nur gut sein. Es soll ja nicht so sein, daß Bauakte wegen geringfügiger Dinge verschleppt werden auf Monate, auf Jahre hinaus und nur die Richter eine Betätigung finden, weil hier zum "Kadi" gerannt wird. So kann es nicht sein. Darum weg mit all diesen Dingen! Das beweist ja auch heute die Volksanwaltschaft. Und ich glaube, ich brauche Ihnen den Absatz ja nicht zu zitieren aus dem allgemeinen Teil: "Der von der Volksanwaltschaft wiederholt öffentlich geäußerte Vorschlag der Übertragung der Vollziehung des Baurechtes auf staatliche Behörden entspringt auch der Tatsache, daß insbesondere kleine Gemeinden mangels ..." Wurde schon verlesen, das ist nicht nur von der Volksanwaltschaft, das hört man von Richterkollegien, das hört man immer wiederum auch von Fachleuten, von Ziviltechnikern. Und wir haben uns hier bemüht, Landesrat Schimanek und der freiheitliche Landtagsklub und alle miteinander. Und hier kann ich nur anknüpfen an den Herrn Landesrat Blochberger, hier müssen wir eine Bauordnung schaffen, die nicht parteipolitisch ist, wo jeder seine Suppe kocht, sondern daß wir gemeinsam die Versäumnisse, die es zweifelsohne gegeben hat, auf schnellstem Wege versuchen zu reparieren und nicht parteipolitisch Profit daraus zu schlagen.

Wir sind am besten Weg dorthin. Wir haben es geschafft, in kürzester Zeit eine Bauordnung, ein Bautechnikgesetz soweit zu gestalten, daß wir, so glauben wir, mehr oder weniger im Herbst oder spätestens im Frühjahr nächsten Jahres beschlußfähig sein werden damit. Und es wird, so hoffe ich, ein angepaßtes, gutes Gesetz, das sicherlich in einiger Zeit wiederum überholt sein wird. An uns politischen Mandataren wird es liegen, immer wiederum zu adaptieren, anzupassen. Und ich glaube, in diesem Sinne kann man es nur politisch gemeinsam weiter betreiben, daß wir am schnellsten Weg ein Raumordnungsgesetz, eine Bauordnung zustande bringen, die Schritt hält mit den anderen Bundesländern und vor allem auch mit dem größer gewordenen Europa. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Uhl zu Wort.

Abg. UHL (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorerst ein paar Worte zu den Ausführungen von Herrn Abgeordneten Preiszler. Wenn er hier ausführt, daß die Bauordnung oder an dieser Bauordnung seit dem Jahre 1981, so wie es er gemeint hat, "herumgedoktert" wird, dann stimmt

das, daß hier seit 12, 13, 14 Jahren kontinuierlich Anpassungen durchgeführt werden müssen. Nur alleine an zwei Beispielen sei das bestätigt. Wer hätte bitte im Jahre 1981 dieses große Augenmerk zum Beispiel der Energie, dem Energiesparsektor gewidmet? Und nach dieser Ostöffnung, die Gottseidank stattgefunden hat - leider Gottes um einige Jahrzehnte zu spät - hatte bitte der Schutzraumbau eine ganz andere Bedeutung als vorher.

Und ich darf hier ein weiteres Gegenbeispiel doch anbringen, daß das ASVG weltweit eines der besten Sozialgesetze ist. Und das muß und wird auch fast alle Jahre den neuen Gegebenheiten angepaßt. Ich glaube, daß sicherlich gerade die Bauordnung einer kontinuierlichen Anpassung bedarf auf der einen Seite. Auf der anderen Seite, nachdem ich selbst, zwar nicht als Bürgermeister, aber sehr, sehr lange schon mit dabei bin bei Bauverhandlungen, weiß ich sehr wohl, was immer wieder herangetragen wird. So nach dem Motto "darfs ein bißchen mehr sein?" Denn die Fragen, die dort gestellt werden oder die Wünsche, das sind ja jene, die sich meist nur in "Rufweite" der Bauordnung befinden. Denn das, was in der Bauordnung drinnen steht, dazu braucht der Bauwerber ja nicht dem Bürgermeister - ich sage das jetzt umgangssprachlich - das "Goderl zu kratzen", weil er ja sowieso einen Rechtsanspruch darauf genießt. Und daher ist es sehr oft ein bißchen schwierig, hier einen entsprechenden Konsens zu finden. Noch dazu, wenn es vielleicht ein Nachbar ist, der halt dafür gar kein Verständnis hat, weil man schon so lange mit dem Nachbarn böse ist, daß man gar nicht mehr weiß, wieso man eigentlich böse ist. Das sind bitte die Hauptargumente, die bei allen Bauverhandlungen immer wieder auftreten, daß hier wirklich primär das Unverständnis oder ganz einfach Kommunikationsprobleme mit den Nachbarn einiges bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn hier dieser Bericht vorliegt mit insgesamt 1.455 Anlaßfällen, die hier aufgezeigt werden, dann möchte ich nicht auf die einzelnen hier eingehen, aber doch sicher bezüglich dieser zweijährigen Tätigkeit unserer drei Volksanwälte, nämlich Frau Mag. Messner, Herr Schender und Herr Dr. Kohlmayer, einige Bemerkungen anbringen. Vor allem einmal ein Dankeschön für die unbedankte Arbeit. Denn jene Damen und Herren, Körperschaften oder wer immer das ist, die sich an den Volksanwalt wenden, die fühlen sich ja in der Regel irgendwo ein bißchen verlassen und glauben, ihnen wurde ein Rechtsweg nicht eröffnet. Daher ein Dankeschön dafür, daß hier doch ver-

sucht wird, einen entsprechenden Ausgleich zu bringen.

Daß hier gerade bei jenen Fällen, die das Land Niederösterreich betreffen, eine deutliche Priorität bei der Bauordnung, wie der Kollege Ing. Gansch gesagt hat, und auch die Raumordnung betreffend - sie liegt an zweiter Stelle - sowie den großen Part, ich sage einmal, den "Finanzbereich" betrifft, dazu also noch die Land- und Forstwirtschaft, das zeigt sicherlich, daß hier noch viel an Schulung und Weitergabe von Wissen notwendig ist. Wir haben dazu ja einige Institutionen, etwa die Kommunalakademie, aber auch bitte jene Gemeindevertreterverbände, die von sich aus versuchen, unseren Gemeindefunktionären immer wieder entsprechendes Rüstzeug mitzugeben, damit hier eben die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden können. Und ich glaube, hier ist ebenfalls viel geschehen in der Vergangenheit bzw. in der letzten Zeit. Sicherlich hat hier wirklich noch viel zu geschehen. Und es passiert ja oft wirklich - und damit will ich nicht dem Kollegen Preisler das Wort reden - daß hier also der Bürgermeister oder die Kommission, die meist ja aus wirklich fachlich qualifizierten Mitarbeitern besteht, dem nicht gewachsen wären. Sehr oft kommt auch einmal von der anderen Seite oder von Nachbarn einer mit einem Rechtsanwalt. Da geht es gar nicht um Bauordnungsfragen, sondern da geht es oft weit über diesen Rahmen hinaus. Und da gibt es dann immer wieder Diskussionen und einer schaltet auf stur, dann gibt es Probleme. Bezüglich dieser Fälle, die hier aufgezeigt sind, habe ich eigentlich ein bißchen die Sorge, oder wäre es vielleicht interessant zu wissen, wie viele haben sich eigentlich jetzt "nur" geärgert, haben gesagt, es nützt zwar eh' nichts, aber gehen wir hin. Ich glaube, hier sollte man ein ganz besonderes Augenmerk darauf legen, daß wirklich jeder Bürger die Einstellung hat, wenn mir hier vermeintlich Unrecht geschieht, dann kann ich zum Volksanwalt gehen und kann fragen, welche Möglichkeiten es denn überhaupt geben würde. In Sachen Bauordnung/Raumordnung wird ja der Herr Kollege Dipl.Ing. Toms dann einen entsprechenden gemeinsamen Resolutionsantrag einbringen.

Ich möchte doch auch hinweisen, daß sich neben diesen Schwerpunkten der Bogen der Beschwerden eigentlich wirklich sehr weit spannt und sehr breit gefächert ist. Ich möchte zwei Beispiele aus meiner eigenen Heimatgemeinde bringen, so nach dem Motto "kehren wir einmal vor der eigenen Türe". Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie mir hier gestatten,

dann ist es wirklich ein bißchen unlogisch, wenn ein Verfahren 12 Jahre dauert, damit ein Bürger vermeintlich sein Recht bekommt und dann, das muß ich wörtlich bringen, dann steht zum Schluß (*liest*): "Da durch die Konsumation der Baubewilligung die rechtswidrigen Bescheide nicht mehr behoben werden können, waren keine weiteren Veranlassungen möglich". Das heißt auf gut deutsch, du hast zwar recht, lieber Beschwerdeführer, aber machen kann man nichts. Ich glaube, hier sollte versucht werden - ich weiß nicht wie, das gebe ich gleich zu - ob denn nicht hier wirklich eine Möglichkeit eröffnet werden könnte, daß dann, wenn jemand wirklich recht erhält, er auch wirklich sein Recht ausschöpfen kann. Stellen Sie sich doch einmal den "bösen" Nachbarn oder den quertreibenden Nachbarn vor, der dann sagen kann, jetzt hat der andere noch recht bekommen, aber helfen tut es ihm noch immer nichts. Also, dieses Zusammenleben in so einer Nachbarschaft erfährt dadurch sicherlich einen zusätzlichen Knick zu dem anfänglichen Unverständnis. Ich glaube, hier sollte man versuchen, wenn die Möglichkeit in irgendeiner Art besteht, daß man hier ein bißchen etwas abändern könnte.

Der Vorschlag der Volksanwaltschaft, die Vollziehung des Baurechtes anderen staatlichen Behörden, so steht es drinnen, zu übertragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das muß schon sehr wohl sehr gut überlegt werden. Denn ich nenne nur ein Beispiel: Die Verlagerung der Verfahren zur Bewilligung von Steinbrüchen und Schotterabbau zur Berghauptmannschaft hat eigentlich für die Gemeinden einen sehr großen Nachteil gebracht. Sie haben zwar nicht mehr die Streiterei, aber bitte, bei fast allen Entscheidungen ist die Gemeinde nahezu ausgeschlossen. Wir haben selber einen Steinbruch in unserer Gemeinde. Ich glaube, gerade im Bereich der Bauordnung und der Raumordnung liegt die größte Gestaltungsmöglichkeit einer Gemeinde. Und hierüber soll daher auch dort entschieden und beschlossen werden, vor Ort, wo eben das engste Zusammenleben und wo die unmittelbarste Nähe überhaupt spürbar ist.

Herr Kollege Ing. Gansch hat auch bereits angeführt, daß die neue Bauordnung sicherlich einfach, nachvollziehbar, verständlich gemacht werden soll, aber auch bürgerfreundlich zu sein hat und trotzdem entsprechende Richtlinien für das Leben mit oder um die Bauordnung enthalten muß. Das ist, glaube ich, unser Hauptaugenmerk. Die derzeitige Vollziehung des Baurechtes - und das zeigt auch der vorliegende Bericht auf - die ist

halt manchesmal ein bißchen durch die verschiedenartigste Auslegung des Baurechtes gekennzeichnet. Das soweit, wie ich bereits gesagt habe, so nach dem Motto "darfs ein bißchen mehr sein". Daß unter Umständen - und auch das ist ja schon passiert - daß die Kodierungen, also die Bemessung am Bauplan nicht ganz dann mit den Naturmaßen übereinstimmt und bis dahin, daß man vielleicht das eine oder andere übersehen hat. Das ist sicherlich alles gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber noch ein Schmankerl bringen. Hier steht: "Da die Volksanwaltschaft mehrfach betont hatte, daß dem Privatankläger durch die Verjährung sein Anspruch auf Kostenersatz (S 120,-) verlorengegangen sei, hat der Abteilungsleiter diesem den Betrag im Wege der Behörde erster Instanz ohne Anerkenntnis eines Verschuldens aus eigener Tasche ausfolgen lassen, da eine Überweisung aus Amtsmitteln wahrscheinlich überhaupt nicht oder nur auf umständlichem Wege möglich gewesen wäre." Danke für diese menschliche Handlung, aber ich glaube, auch daraus sollte etwas gelernt werden. Das kann doch bitte nicht so sein, daß der Abteilungsleiter dann in die eigene Tasche greift und sagt, na gut, damit wenigstens die 120,- S bezahlt werden. Also auch hier finde ich, daß eine entsprechende Handlungsnotwendigkeit gegeben ist. Wir werden den Bericht der Volksanwaltschaft zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Abg. Dipl.Ing. TOMS (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es ist schon sehr viel gesagt worden, ich darf einiges noch zur Präzision wiederholen und darf hinweisen, vor uns liegt dieser Bericht der Volksanwaltschaft für die Jahre 1992/93. Das ist ein Bericht, der sehr anschaulich und in übersichtlicher Art und Weise auf den letzten Seiten dieses Berichtes eine Aufstellung gemacht hat, wieviel Beschwerdefälle es gegeben hat. Und wir haben eben auch gehört, im Bereich der Hoheitsverwaltung des Landes gab es 656 Einzelfälle von Beschwerden, die behandelt wurden. Es waren Angelegenheiten wie Dienstrecht, Naturschutz, Wohlfahrt, Gemeindeabgaben, Gewerbeangelegenheiten, Baurecht, Raumordnung usw.

Ganz klar, wenn man sich das genau anschaut, kann man sehen, es ist auch schon gesagt worden, daß alleine 315 Fälle, das sind fast 50 % der Beschwerden, nur das Baurecht

betreffen. Das sagt eigentlich schon sehr viel. Deutlicher kann man uns das gar nicht vor Augen halten. Es ist eine erdrückende Mehrheit unter der Vielzahl der Beschwerdemöglichkeiten, die eben diese Bauordnung betreffen. Der Herr Kollege Uhl hat das auch schon angedeutet. Er hat das in seiner eigenen Art gesagt. Die NÖ Bauordnung ist eines unserer wichtigsten Gesetze. In einer beeindruckenden Veranstaltung des NÖ Landtagsklubs der ÖVP fand am 8. März 1995 eine Bauenquête statt. Und alleine der zahlreiche Besuch und das große Interesse zeigte uns ja, welch großer Stellenwert eben diese NÖ Bauordnung in der Bevölkerung von Niederösterreich besitzt. Dieses große Interesse an dieser Enquete war vor allem auch durch den Besuch zahlreicher Fachleute dokumentiert, zeigte uns aber auch, daß dringender Handlungsbedarf in der Neugestaltung der Bauordnung gegeben ist. Die Bauordnung, die es zu erneuern und entscheidend zu verändern gilt, um damit den heutigen Bedürfnissen gerecht zu werden, diese NÖ Bauordnung hat deshalb jenen Stellenwert, wie Kollege Uhl das schon ausgeführt hat, weil sie für uns Bürger von unmittelbarer und entscheidender Bedeutung ist. Ich habe das einmal so gesagt, das ist eigentlich ein intimes Gesetz. Etwas Intimeres als ein Baurecht um sich herum gibt es eigentlich nicht, weil es ganz unmittelbar mit dem Wohlbefinden zusammenhängt. Daher ist es auch ganz klar und menschlich, daß das ein Hauptgrund von Beschwerden sein kann und ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das dürfte auch der Grund der vielen Beschwerden sein. Ich habe aber auch vorher schon gesagt, die Ursache ist in der Bauordnung selbst zu suchen. Ich habe das auch schon einmal gesagt, daß das ein Gesetzeswerk ist, das jahrzehntelang gute Dienste geleistet hat. Ein Gesetz, das aber wohl schon in die Jahre gekommen ist, so kann man es sagen. Und wenn man respektlos sein will - ich war es einmal und habe gesagt, die Bauordnung ist der "Dinosaurier der Landesgesetze".

Sehen wir uns einmal den Bericht näher an: Unterlassung baupolizeilicher Maßnahmen gegen Schwarzbauten, Verletzung des Baurechtes, Mißstandsfeststellungen, Beanstandung der Duldung von Bauordnungswidrigkeiten, Bewilligung eines widmungswidrigen Vorhabens usw. Also alles sehr unangenehme Dinge. Als Gesamtursache, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man wohl vereinfacht zusammenfassen, daß sich die Menschen geändert haben, nicht aber die Bauordnung. Die Lebensgewohnheiten der Bürger, die gutnachbarlichen Beziehungen, die Folgen gesellschaftlicher Veränderungen bis hinein in die kleinen Kommunen haben ihre

Spuren hinterlassen. Was früher vielleicht nicht genau baubescheidmäßig ausgeführt wurde, das wurde einfach toleriert von den Bürgern, vom Bürgermeister, von den Nachbarn, von der Dorfgemeinschaft im allgemeinen. Man konnte über solche Dinge reden, gut kommunizieren. Heute ist es leider etwas anders geworden und offensichtlich können manche Landesbürger nicht mehr miteinander gut reden. Der Zeitgeist von heute ist Egoismus. Und ein Standpunkt, der einmal eingenommen wurde, den wird man unter allen Umständen versuchen durchzufechten. Sonst gäbe es wohl diese vielen Beschwerden nicht.

Ich höre jetzt schön langsam auf mit meinen Zeitgeistbetrachtungen. Ich sage ganz einfach, die NÖ Bauordnung muß geändert werden. Sie muß dringendst geändert werden. Es ist auch schon gesagt worden, daß am 16. März 1995 vom NÖ Landtag ein Antrag beschlossen wurde, den zuständigen Landesrat Hans Jörg Schimanek aufzufordern, eine bürgerfreundliche neue Bauordnung sobald als möglich vorzulegen. Schon damals forderten wir Erleichterungen bei den bewilligungspflichtigen Verfahren. Damit würden viele Beschwerden entfallen. Mehr Bürgerfreundlichkeit auf der einen Seite, aber auch mehr Kontrolle durch die Behörde selbst oder durch unabhängige Sachverständige auf der anderen Seite. Dringend erforderlich wäre die genaue und penible Auflistung von Anrainerrechten. Das gehört ganz einfach glasklar definiert und in einem Punkt der Bauordnung zusammengefaßt. Nochmals, die Bauordnung muß dringend geändert werden! Und wenn der Kollege Preiszler hier uns mit einem Vorwurf konfrontiert, daß seit 1981 bereits an dieser Bauordnung "herumgedokter" wird, so muß ich ihm entgegenhalten, daß nach meiner Ansicht genau entsprechend dieser Anzahl der Beschwerden die Veränderung der Gesellschaft seit 1981 bis heute fortgeschritten ist. Daß es damals kein bayerisches Modell gegeben hat, kein oberösterreichisches Modell und auch nicht die vielgerühmte burgenländische Bauordnung, auf die wir vielleicht doch nicht ganz zurückgreifen werden. Nach der Diktion unserer freiheitlichen Kollegen könnte man behaupten, die Baubehörde, wir, die Bürgermeister, sind überfordert. Da muß ich wirklich dagegen Stellung beziehen. Meine Frau Kollegin, Frau Dorfmeister-Stix, würde ich gerne einmal einladen zu mir, auf eine Bauverhandlung mitzukommen. Nicht nur auf eine Bauverhandlung, sondern auf neun Stunden Bauverhandlungen, mal zwei sind das 18 Verhandlungen. Ich

würde Ihnen gerne an Ort und Stelle vorführen, was sich hier alles abspielt und wie es gilt, hier den Mann zu stehen und das zu meistern. Ich meine diese Einladung wirklich ernst. Ich darf sagen, daß die Baubehörde so gut ist, wie es das Gesetz erlaubt. Und da sind wir schon wieder dort, wo wir waren: Die Bauordnung muß ganz einfach geändert werden. Nach der Diktion, die Baubehörde sei überfordert, können wir uns aber auch die Beschwerden anschauen, woher die kommen, auf welche Baubehörde die sich beziehen. Und da finden wir große Städte darunter, wie St. Pölten, Baden, Ternitz, Melk, Perchtoldsdorf, Bad Vöslau.

(LR Schimanek, Abg. Preiszler: Krems!)

Das sind Städte mit zum Teil großen Bauämtern, mit einer großen Zahl von Juristen und Bausachverständigen. Das spricht dagegen, gegen die Überforderung, das spricht ganz genau für die Theorie, daß die Bauordnung geändert werden muß.

Auch die Verlegung der baubehördlichen ersten Instanz zu den Bezirksbehörden würde den Kern der Probleme, die Ursachen der Beschwerden nicht verbessern. Die Bauordnung muß dringend geändert werden. Wir reden schon sehr lange darüber. Eine Bauordnung, die für jeden klar und anwendbar ist. Eine Bauordnung, die modernen Anforderungen genügt, die auf dem letzten Stand der technischen Erkenntnisse basiert und so auch den verstärkten Einsatz des Baustoffes Holz ermöglicht. Eine Bauordnung, die einfach alle Stückerln spielt. Herr Landesrat Schimanek! Jeder Tag, der ungenützt verstreicht, kostet uns Geld. Kostet unserer Bauwirtschaft, den Bürgern, damit der Gesamtwirtschaft Geld. Nach der derzeitigen Rechtslage sind in Niederösterreich jährlich zirka 6.000 Bauverfahren durchzuführen. Diese Verfahren weisen eine ständig steigende Verfahrensdauer auf und bewirken eine beträchtliche Erhöhung der tatsächlichen Baukosten. Zwar liegen für unser Bundesland keine Detailuntersuchungen vor, doch kann auf Erfahrungen aus Salzburg zurückgegriffen werden, die beweisen, daß eine Verteuerung der Baukosten um bis zu 15 % nachzuweisen ist. Diese finanziellen Belastungen tragen nicht nur die Bauherren, die schlagen sogar auf die Gemeinden durch. Und eine Veränderung der Bauordnung im Sinne dieser Forderungen, die wir gestellt haben, würde eine deutliche Verbesserung bringen.

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich schätzt die Einsparungen sogar noch höher ein. Und infolge der vorgeschlagenen Verfahrenvereinfachung schätzen sie bei Reduzierung der be-

hördlichen Genehmigungen die Reduktion der Mittel auf ein Drittel. Daher, jeder Tag, der ungenützt verstreicht, kostet uns Geld. Es ist höchste Zeit, daß hier etwas geschieht! Wie lange, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir noch warten, bis unsere Bauordnung geändert wird? Diese Frage, diesen dringenden Appell richte ich hier an den Herrn Landesrat Hans Jörg Schimanek, das zuständige Regierungsmitglied, das für die NÖ Bauordnung zuständig ist. Herr Landesrat Schimanek, der für die Vorlage des Entwurfes der neuen Bauordnung verantwortlich ist! Herr Landesrat Schimanek, der mehr als zwei Jahre Zeit gehabt hätte, hier tätig zu werden! Herr Landesrat Schimanek, der mehr als zwei Jahre im Amt ist und auch die Verantwortung trägt, daß wir in Niederösterreich noch immer keine der heutigen Zeit entsprechende Bauordnung haben! Eine Verantwortung, aus der wir Herrn Landesrat Schimanek sehr schwer entlassen können. Wie sich die Zeiten doch ändern. Hans Jörg Schimanek, noch seinerzeit als berühmter Argumente-Jäger bekannt aus dem Fernsehen, prangerte seinerzeit oft bei Beschwerden von Bürgern Versäumnisse an. So war es doch im Fernsehen, wir haben uns das angeschaut. Überlange Dauer von Verfahren, schlichtweg die mangelnde Schnelligkeit, die mangelnde Flexibilität der Politiker bei der Beseitigung von Mißständen, das zog sich doch wie ein roter Faden durch Deine Fernsehtätigkeit. Als frisch gebackener Landesrat, für Bauangelegenheiten zuständig, können wir uns seit zwei Jahren an Hand seiner Aussagen in Pressekonferenzen, Aussendungen sehr guter Hoffnung hingeben, daß es endlich bald eine neue

Bauordnung geben wird. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Seit zwei Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, hoffen wir. Seit zwei Jahren hoffen wir! Was würde der Argumente-Jäger Schimanek sagen zu einem Bau-Landesrat Schimanek in dem Fall? Das würde ich mir sehr gerne anschauen, lieber Herr Landesrat. Wie würde er anprangern angesichts der vielen Bürger, die als Leidtragende im Bericht der Volksanwaltschaft als Beschwerdeführer in Baurechtsfragen angeführt werden? Ich will mir das nicht ausdenken. Ich fordere Herrn Landesrat Schimanek mit aller Deutlichkeit auf: Herr Landesrat, lege uns endlich den neuen Entwurf der Bauordnung vor! Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Gemäß Beschluß und Auftrag des NÖ Landtages ist das zuständige Regierungsmitglied verpflichtet, eine neue Bauordnung vorzulegen und zwar so rechtzeitig, daß diese am 1. Jänner 1996 in Rechtskraft erwachsen kann. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Ich darf daher einen Resolutionsantrag vorlegen und zur Verlesung bringen *(liest):*

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms und Uhl
zum Bericht der Volksanwaltschaft, Ltg. 305/B-17.

Aus dem vorliegenden Bericht der Volksanwaltschaft geht hervor, daß die Volksanwaltschaft im Berichtszeitraum überwiegend mit Beschwerden über die mangelhafte Vollziehung des NÖ Baurechts befaßt war. Anhand von zahlreichen Fällen wurde eine teilweise gesetzwidrige Vorgangsweise und vielfach Überschreitungen der Entscheidungsfristen durch die Baubehörde aufgezeigt. Die Mißstände beziehen sich auf Duldung von Bauordnungswidrigkeiten, Bewilligung von widmungswidrigen Vorhaben, Duldung von konsensabweichenden Bauausführungen, Unterlassung baupolizeilicher Maßnahmen etc. Die Mißstände traten sowohl in kleinen Gemeinden, als auch in großen Gemeinden, Städten und selbst in Statutarstädten auf. Daraus läßt sich erkennen, daß die Ursache nicht allein darin zu suchen ist, daß insbesondere kleinere Gemeinden mit der Vollziehung der Bauordnung überfordert wären, wie dies im Bericht der Volksanwaltschaft angedeutet wird, sondern in der komplizierten Gestaltung der Bauordnung liegt. Andernfalls dürften in Statutarstädten und Städten wie Ternitz, Bad Vöslau und der Stadtgemeinde Baden, die über wohlorganisierte Behördenstrukturen verfügen, keine Vollzugsprobleme der NÖ Bauordnung auftreten.

Die angeführten Mißstände in der Verwaltung lassen sich daher nur durch eine entsprechende Neugestaltung der NÖ Bauordnung hintanhalten. Diese neue NÖ Bauordnung muß dabei so gestaltet werden, daß sie leicht verständlich, nachvollziehbar und bürgerorientiert gestaltet wird. Diese Zielsetzung 'detaillierter Vorgaben' verfolgt auch bereits der von der ÖVP eingebrachte und vom Landtag am 16. März 1995 beschlossene Antrag betreffend Änderung der NÖ Bauordnung.

Die Arbeiten an einer Neugestaltung der Bauordnung sind bereits in Gang. Der Bericht der Volksanwaltschaft zeigt, daß Änderungen der Bauordnung im Hinblick auf eine einfachere und bürgerfreundlichere Gestaltung unumgänglich sind und ein rascher Abschluß dieser Arbeiten notwendig ist.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Arbeiten an

der Neugestaltung der NÖ Bauordnung rasch abzuschließen, um Mißstände bei der Vollziehung der NÖ Bauordnung zukünftig hintanzuhalten."

Den Bericht der Volksanwaltschaft wird meine Fraktion, die ÖVP, selbstverständlich zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Schimaneck.

LR SCHIMANEK *(FPÖ)*: Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Besonders, lieber Herr Dipl.Ing. Toms!

Seit es die Volksanwaltschaft gibt, werden die NÖ Baubehörden massiv kritisiert und zu Recht. Seitens der Politik hat es kaum Reaktionen gegeben. 1981 - und hier erinnere ich an die Aussagen von Kollegen Preisler - 1981 hat dieser Landtag den Auftrag gegeben, eine neue Bauordnung zu erarbeiten. Geschehen ist mit wenigen Ausnahmen von immer wieder Novellierungen nichts. Bis Herbst 1993. Da habe ich nämlich dieses Ressort übertragen bekommen und ich darf Ihnen sagen, seit damals haben wir wirklich mit Volldampf begonnen zu arbeiten. Und Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß ich bereits 1993

sowohl die Bauinnung als auch die Ingenieurkammer, aber auch die Bürgermeister eingeladen habe zur Mitarbeit. Weil ich gesagt habe, wir müssen vorher, bevor wir ein Gesetzeswerk in die Begutachtung schicken, diese Interessensvertretungen mit einbinden. Ich habe übrigens versäumt, daß Du, lieber Dipl.Ing. Toms, da mit dabei warst. Aber Du bist ohnehin ein Profi, also bei Dir brauche ich nicht unbedingt voraussetzen, daß Du zu jenen Bürgermeistern gehörst, die sich schwer tun mit dieser wohl schwierig anzuwendenden Bauordnung.

Jetzt bitte ist wirklich alles mit Volldampf im Laufen, daher verstehe ich an sich diesen Antrag nicht, obwohl ich ihn grundsätzlich gutheiße. Aber Du bist leider wiederum zu spät dran. Die Tätigkeiten und die Vorgaben, die man hier in diesem Antrag verlangt, die sind längst von mir beauftragt in den Arbeitsgruppen. Daß man sie einbindet in die neue Verordnung, das ist längst geschehen. Und ich darf sagen, wie aktuell diese Anträge wirklich seitens der ÖVP sind, auch der vom 16. März beweist, daß man am 16. März verlangt hat, ich möge Holz eine besondere Bedeutung beimessen lassen in der Bautechnikverordnung. Das ist ja schon ein Jahr vorher geschehen. Zu dem Zeitpunkt, als Du den Antrag eingebracht hast, ist diese Bautechnikverordnung schon seit Monaten bei der Technischen Universität zur Begutachtung gelegen. Also wiederum zu spät. Aber ich sage das nur so nebenbei. Weil ich überzeugt bin, daß wir alle gemeinsam diese Bauordnung und jene Bauordnung, die Du als eines der wichtigsten Gesetzeswerke bezeichnet hast in Niederösterreich, daß wir die gemeinsam in einem Konsens zusammenbringen müssen.

Zur Gedächtnisauffrischung nur ganz kurz der letzte Stand: Die sieben Arbeitskreise, die sich mit der Bauordnung beschäftigen, beenden am 22. Mai ihre Tätigkeit, im Sommer geht es in die Begutachtung. Ich erwarte mir wirklich wenig Einsprüche, weil alle Interessensgruppen lange vorher eingebunden waren. Und ich glaube, daß wir hier wenig Beschwerden oder wenig Neues dazu bekommen werden, das uns weitere Verzögerungen bringt. Im Herbst werde ich die Bauordnung via Regierungsvorlage dem Hohen Landtag vorlegen. Und die Bautechnikverordnung wird derzeit noch an der TU begutachtet und wird nach Prüfung in Brüssel fristgerecht verordnet werden können. Das ist der Stand der Dinge.

Zum Bericht der Volksanwaltschaft: Naja, da möchte ich mir schon ein paar Bemerkungen erlauben. Ich möchte jetzt nicht die Gustostückerln, die da drinnen aufgeführt sind, Krems habe ich

gesagt, weil Krems über 300 Beschwerdefälle, die allerdings der Bürgermeister Grabner geerbt hat, muß man auch zu seiner Ehre sagen, aufzuweisen hat. Zum Bericht der Volksanwaltschaft möchte ich sagen, er ist für mich erschütternd. Sowohl aus der Sicht des Landes, noch mehr aber aus der Sicht der betroffenen Bürger. Und ich darf sagen, als Ursache kann man nicht sagen, daß das nur die überzogene Bauordnung alleine ist und daß die Bürgermeister hervorragend sind und sie können ohnehin alles. Hier ist ein Schreiben an den Präsidenten des Landtages von Niederösterreich vom 25. April 1995 zum Bericht der Volksanwaltschaft und Äußerung der NÖ Landesregierung. Da steht also in etwa drinnen, die Ursache für diese vielen Beschwerden etc. mag eine mangelhafte Rechtskenntnis der Behörden auf Gemeindeebene sein. Also da ist schon einiges drinnen. Man darf bei der Anzahl der von der Volksanwaltschaft behandelten Fälle nicht darauf vergessen, daß sich nur ein geringer Teil der Bürger wirklich traut und sich die Mühe macht, dorthin zu gehen. Es wird ein Mehrfaches an Beschwerdefällen geben, die berechtigt sind, die aber nicht von der Volksanwaltschaft behandelt werden.

Und ich darf sagen, ich habe verschiedene Lösungsmöglichkeiten studiert, weil ich glaube, ebenso wie die Kollegin Dorfmeister-Stix, daß es mit einer Änderung der Bauordnung, mit einer bürgernahen, und auch behördennahen, muß ich sagen, Änderung der Bauordnung nicht alleine getan sein kann. Ich glaube, daß es hier noch zusätzlicher Maßnahmen bedarf. Und ich habe mir verschiedene Lösungsmöglichkeiten vorlegen lassen, habe diskutiert mit Experten. Und ich möchte hier dem Hohen Landtag ganz unkonventionell einen mir zielführend erscheinenden Vorschlag unterbreiten und zur Diskussion stellen. Schaffen wir doch die Institution eines NÖ Bauanwaltes. Dieser Bauanwalt sollte in jeder BH installiert werden. Dem Bauanwalt stehen die Amtssachverständigen zur Verfügung, der Bauanwalt hat den Bauinteressenten Auskünfte zu erteilen, der Bauanwalt ist bereits im Vorprüfungsverfahren einzubinden, der Bauanwalt gibt dem Bürgermeister innerhalb von vier Wochen eine schriftliche Stellungnahme, zum Beispiel, macht der Bauanwalt Versagungsgründe geltend, wird der Bürger-

meister entsprechend zu agieren haben usw. Also ich glaube, daß eine derartige Institution in Niederösterreich durchaus Berechtigung hat und viel Erleichterung bringen würde. Verstehen Sie den Diskussionsvorschlag bitte nicht als Aufruf an alle Fraktionen, jetzt in Eigenregie aktiv zu werden. Bitte versuchen wir, daß wir das in einer gemeinsamen Initiative diskutieren, damit die parteipolitische Motivation hier wirklich hintangehalten wird. Das ist eine ehrliche Bitte von mir.

Abschließend erbitte ich von Ihnen gerade in Richtung Bauordnung größtmögliche Konsensbereitschaft. Das neue Werk soll den Interessen aller weitgehendst entgegenkommen. Mit dem Bauanwalt könnte letztlich der Tupfen auf das I gesetzt werden, meiner Ansicht nach. Ganz zum Schluß herzlichen Dank, speziell Dir, lieber Herr Dipl. Ing. Toms. Du hast die Bauordnung als eines der wichtigsten Gesetze in Niederösterreich bezeichnet. Ich bedanke mich hier wirklich bei Deiner Fraktion und auch bei den Sozialdemokraten, daß sie uns Freiheitlichen einen so wichtigen Bereich übertragen haben. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Zum gleichen Geschäftsstück liegt ein Resolutionsantrag zur Neugestaltung der Bauordnung der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms und Uhl vor. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 307/A-1/27 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg, Breininger, Platzer, Egerer, Sacher, Hiller, Wöginger, Dr. Michalitsch, Dr. Strasser betreffend Erlassung

eines Gesetzes über eine NÖ Landesakademie zu berichten.

Mit dem Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung "Donau-Universität Krems", BGBl. 269/94, wurde in Niederösterreich eine universitäre Weiterbildungseinrichtung geschaffen, die Erweiterungsstudien, Aufbaustudien, internationale Studienprogramme und Ergänzungsstudien für Absolventen ausländischer Universitäten, Lehrgänge und Kurse anbieten kann. Der Lehrbetrieb der Donau-Universität Krems wird mit Anfang des Wintersemesters 1995/96 beginnen. Eine Erfassung der Projektpartner der Wissenschaftlichen Landesakademie für Niederösterreich durch die Donau-Universität Krems zwecks künftiger Einbindung oder Kooperation findet derzeit statt.

Das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems und der bevorstehende Studienbeginn an der Donau-Universität Krems gebieten die Überprüfung des Gesetzes über eine Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich, LGBl. 5100, da die Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich stets als Vorläufer einer universitären Einrichtung in Niederösterreich gedacht war. Es wäre weder von den anzusprechenden Zielgruppen, noch aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen sinnvoll, die Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich als Landeseinrichtung für Wissenschaft und Forschung neben der Donau-Universität Krems weiterzuführen. Die Aufhebung des Gesetzes über eine Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich bietet aber die Gelegenheit, folgende Landesakademien, die die Aus- und Weiterbildung bestimmter Berufsgruppen wahrnehmen, zu einer gemeinsamen Einrichtung zu vereinigen. Und ich zähle jetzt, Herr Präsident, diese nur schlagwortartig auf. Das wäre das Lehrangebot der derzeitigen Wissenschaftlichen Landesakademie, das von der Donau-Universität nicht übernommen wird und das mit diesem Gesetzentwurf nicht in Einklang zu bringen ist, also die Restmaterie. Zweitens die NÖ Verwaltungsakademie, drittens die Akademie für Umwelt und Energie, viertens die bestehende Akademie für höhere Fortbildung in der Krankenpflege, eine unselbständige Einrichtung des Landes.

Und nun eine kleine Erläuterung zur Verwendung des Begriffes Landesakademie. Hiezu wird festgestellt, daß eine Akademie - so das Ministerium für Wissenschaft und Forschung - daß eine Akademie eingerichtet werden kann, soweit da-

durch nicht eine gewollte oder ungewollte Verwechslung mit universitären Einrichtungen entsteht. Der Gesetzesentwurf war übrigens in Einklang zu bringen mit der Europäischen Union und ihren Bestimmungen, er ist also EU-konform. Was die Finanzierung betrifft, soll an der bestehenden Finanzierung im wesentlichen auch nach der Errichtung der NÖ Landesakademie sich nichts ändern.

Die NÖ Landesakademie, so berichtet der Antrag im besonderen Teil, wird als juristische Person des öffentlichen Rechts eingerichtet. Die Organe sind in diesem Gesetz vollständig aufgezählt. Für die Kollegialorgane Kuratorium, Geschäftsführer und Vollversammlung werden gemeinsame Bestimmungen erlassen. Das Kuratorium führt als oberstes Organ die Aufsicht über alle anderen Organe der Landesakademie. Die Landesakademie wird durch Geschäftsführer geführt. Die Vollversammlung der Bereichsleiter ist nach dem Kuratorium das nächste maßgebliche Organ.

Es wird mit diesem Gesetzesbeschluß, meine Damen und Herren, auch die Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich aufgehoben. Damit wird aber auch eine Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 erforderlich, welche ebenfalls im nun lautenden Antrag enthalten ist. Ich stelle den Antrag des Kultur-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg, Breininger, Platzer, Egerer, Sacher, Hiller, Wöginger, Dr. Michalitsch und Dr. Strasser betreffend Gesetz über eine NÖ Landesakademie 1995 und über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Breininger, Sacher u.a. gemäß § 29 LGO betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Ing. Dautzenberg u.a. beiliegende Gesetzentwurf über eine NÖ Landesakademie 1995 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Der dem Antrag der Abgeordneten Breininger, Wöginger u.a. gemäß § 29 LGO beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 wird genehmigt.

3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen."

Herr Präsident, ich bitte um Einleitung der Debatte und um Durchführung der Abstimmung.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor mehr als einem Jahr, nämlich am 14. April 1994, haben wir hier herinnen die Errichtung der Donau-Universität beschlossen. Wir haben uns alle sehr viel von diesem Beschluß erwartet und viel Vertrauen in diese Donau-Universität gesetzt. Und ich glaube, dieses ist nach wie vor vorhanden. Und daß bei so einem großen Vorhaben Vorschußvertrauen notwendig ist, hat auch jeder gesehen. Es haben dann auch viele Redner hier Stellung genommen, wie es mit der Landesakademie weitergehen wird. Und ich möchte schon in Erinnerung rufen, daß zum Beispiel der Hauptredner der ÖVP, der Herr Abgeordnete Dr. Prober gesagt hat: "Ich bin aber zutiefst überzeugt, daß diese Landesakademie auch in Zukunft neben der Donau-Universität die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft aufspüren wird usw." Oder der Hauptredner der Sozialdemokraten, der Herr Klubobmann Dr. Bauer hat meiner Meinung nach eine sehr wesentliche Anforderung an diese Landesakademie gestellt. Er hat nämlich da gesagt: "Und so meine ich, daß die Landesakademie durchaus eine Aufgabenstellung bekommen sollte. Nämlich in der Form, daß dort, in dieser Landesakademie schwerpunktmäßig die Forschung angesiedelt wird. Die Forschungsprojekte angesiedelt werden. Sehr wirtschaftsbezogene Projekte. Projekte etwa, die unmittelbar auch der NÖ Wirtschaft zugute kommen." Jetzt, ein Jahr später, nachdem eigentlich viele ausgegangen sind von dieser bedeutenden Landesakademie und ihrem Weiterbestehen, liegt ein Gesetzentwurf vor, der das alles nicht enthält. Sondern der ganz im Gegenteil auf der Seite 1 klar davon spricht, es wäre weder aus wirtschaftlichen noch aus finanziellen Gründen sinnvoll, die Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich weiterzuführen. Wenn ich jetzt auf die Ausführungen von Klubobmann Dr. Bauer eingehe: Dieser neue Gesetzentwurf enthält kein einziges Mal das Wort "Wirtschaft", mit Ausnahme

dort, wo es um die Gebarung geht, nämlich um den Wirtschaftsprüfer. Aber es gibt überhaupt keinen Hinweis darauf, daß jene Ziele, die man sich damals vor einem Jahr vorgenommen hat, in irgendeiner Weise eingearbeitet wurden.

Wir haben uns, in der letzten Woche noch, muß ich sagen, sehr eingehend mit diesem Gesetz beschäftigt, sodaß wir die Zustimmung, die im Ausschuß gegeben wurde, nicht weiter verfolgen können. Weil es ganz einfach so viele Ungereimtheiten gibt da drinnen, daß ich der Überzeugung bin, daß wir heute dieses Gesetz in der Form nicht mit gutem Gewissen beschließen können.

So ist zum Beispiel bis heute nicht geklärt die Standortfrage. Ich meine, wenn mehrere Akademien zusammengelegt werden, so wäre es doch das mindeste, daß man zu dem Zeitpunkt, an dem man sozusagen das Kind aus der Taufe hebt, weiß, wo es hingehört. Das wissen wir nicht. Es gibt Möglichkeiten, von Laxenburg, St. Pölten, Krems oder Grafenegg. Es ist alles ja auch eine Frage der Finanzen. Also, ich sehe es so, daß ein sehr wesentlicher Punkt, nämlich die Standortfrage, bis heute nicht geklärt ist. Weiters konnten wir in Erfahrung bringen, daß bis heute nicht geklärt ist, wie dieses MBA-Seminar weitergeht. Das war jener Teil der Landesakademie, der eigentlich das größte Ansehen genoß und über die Grenzen hinaus bekannt war. Da waren alle sehr stolz, wenn irgendein Kurs zu Ende gegangen ist. Und das Land Niederösterreich hat zu Recht hier gemeint, auf internationalem Gebiet sehr erfolgreich tätig sein zu können. Auch das ist nicht geklärt, wer das macht, ob das überhaupt weitergeht. Doch gerade darin sehen wir Freiheitlichen ein Kernstück, das heute noch immer nicht geklärt ist.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Dafür gibt es aber neue Aufgaben. Neue Aufgaben, bei denen man sich fragen muß, wieso brauchen wir diese Aufgaben. Zum Beispiel, weshalb brauchen wir eine Landesakademie, die für das Land Forschungsaufträge vergibt, überprüft usw. Also ich denke, wenn wir uns das Gesetz heute auferlegen, müssen wir uns auch daran halten. Wir müssen Forschungsaufträge dann nach diesem Gesetz vergeben. Wenn an die EVN irgendein Forschungsauftrag vergeben wird, so macht das in Zukunft dann die Landesakademie für uns. Oder wenn ich hernehme, daß da drinnen berührt sind auch sämtliche Forschungsaufträge der Gemeinden über Probleme des Kommunalwesens. Ich weiß nicht, ob sich heute alle dessen

bewußt sind, daß diese Entscheidung getroffen wird, daß selbstverständlich nach diesem Gesetz dann Gemeinden gebunden sind an diese Landesakademie, wenn sie selbst Aufträge verteilen, Forschungsaufträge in Richtung Kommunalwesen. Ich weiß nicht, ob das alle wollen. Ich möchte sagen, wir möchten es nicht, daß man von vornherein Gemeinden derartig bindet. *(Abg. Dr. Bauer:*

Ich weiß nicht, wo Sie das herauslesen!)

Das steht da herinnen. Zumindest in der Vorlage, die wir haben. Ich frage mich, weshalb beschließen wir etwas, wenn es dann ohnehin nicht eingehalten wird. Das ist eine äußerst lockere Form. Wir leisten uns eine Akademie, die wir mit diesen Aufgaben ausstatten. Und ich frage mich, wenn der Landtag heute eine Akademie beschließt, die diese Aufgaben übernehmen soll und wir dann sagen, naja, ob sie es macht, ist uns egal, diese Haltung kann ich eher weniger nachempfinden. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist eine Aufgabe, die sie machen kann aber nicht machen muß. Sie versuchen eine Überinterpretation, eine uneindeutige Bestimmung, wie in der Mathematik. Dort gibt es eindeutige und uneindeutige Bestimmungen!)*

Ja, aber Herr Klubobmann, ich bin mir nicht sicher, ob diese Form dann auch so gesehen wird. Es sollte aber ein Gesetz, wenn es leicht geht, eindeutig sein. Es sollte ein Gesetz so eindeutig sein, daß man sich daran gebunden fühlt. Weil wenn ich heute vor der Abstimmung sage, es fühlt sich dann ohnehin wahrscheinlich niemand daran gebunden, so ist das eher sehr locker.

Zu Punkt 3 der Aufgabenerstellung: Da ist etwas drinnen, was wahrscheinlich in keinem anderen Gesetz drinnen ist, nämlich "EU-Lobbying". Also, diese Landesakademie wird EU-Lobbying betreiben. Jetzt wissen wir, daß wir uns als Land bereits leisten das Verbindungsbüro in Brüssel, wir leisten uns das Europa-Büro, wir leisten uns ECO-PLUS - hat hier sehr wesentliche Aufgaben zu erfüllen - und jetzt leisten wir uns sozusagen eine vierte Gruppe von Reisenden in Sachen Europa. Ich glaube, daß diese Form eine nicht nur unübliche ist, sondern auch eine äußerst unnötige. Noch dazu, wenn man Lobbying schon in ein Gesetz reinschreibt. Nimmt man nur den Duden her, so definiert der Lobbying wie folgt: "Beeinflussung von Abgeordneten durch Interessensgruppen." Ich weiß nicht, ob das wirklich ein Gesetzesbegriff ist, den wir heute beschließen wollen.

Um bei diesen Aufgabenstellungen zu bleiben, ich sehe, daß zum Beispiel bei der Aufgabendefinition die doch wesentlichen Worte aus

der Landesakademie für Umwelt und Energie nicht mehr vorkommen, zumindest bei der Aufgabenerstellung. Was mir auch nicht klar ist: Wenn man schon diese große Zusammenlegung macht von sämtlichen Akademien, die es da gibt und dezidiert die Gemeindebetreuung, die Gemeindeberatung hineinnimmt, weshalb die NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie davon unberührt ist. Also ich würde eher sagen, wenn schon, denn schon. Aber ich kann nicht dann den einen Teil, den ich zwar regle in der Aufgabenstellung, erfassen, aber die Akademie selbst nehme ich nicht mit 'rein. Also das widerspricht eher logischen Ableitungen.

Ebenso ist in diesem Gesetz nichts enthalten über die Überleitung der einzelnen Akademien in diese Landesakademie, die Evaluierung der Kursprogramme. Es steht nur, bezüglich der Überleitung innerhalb von vier Monaten werden alle übergeleitet und gehören dann zu dieser juristischen Person. Aber ob man jetzt auch darangeht, die Kursprogramme zu evaluieren, davon ist überhaupt keine Rede.

Man könnte sich jetzt noch weiter in Kleinigkeiten ergehen. Zum Beispiel frage ich mich, wenn man eine Landesakademie errichtet, wieso wird eine Landesakademie mit derartig großen Aufgaben eher lieblos von einem Geschäftsführer geführt. Wieso macht man nicht bei einer Landesakademie, wie üblich, einen Direktor. Oder beim § 1 Abs. 2 steht, "die Landesakademie besteht jedenfalls aus folgenden Bereichen". Das läßt so viel offen. Das ist in Gesetzen, jedenfalls wenn es um die Erfassung von Bereichen geht, eher ein unüblicher Begriff.

Ich darf daher für meine Fraktion feststellen, daß wir diesem Entwurf nicht zustimmen werden, weil wesentliche Fragen, wie die Standortfrage, wie, was passiert mit MBA, nicht gelöst sind. Weil die Aufgabenstellungen so nebulos sind, daß sich jeder das herauspicken kann, was er möchte. Und ich bin mir nicht sicher, ob der Landtag hier nicht eine Aufgabenstellung sanktioniert und doch eher die Aufgabe hätte, eine Aufgabenstellung in einem Gesetz vorzugeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir haben uns im Landtag schon mehrmals mit der Thematik der Wissenschaftlichen Landesakademie für Niederösterreich beschäftigt. Zuletzt

habe ich bei der Debatte des Voranschlages für das heurige Jahr dazu Stellung genommen. Bereits damals habe ich festgestellt, daß mit der Errichtung der Donau-Universität sich eine Novellierung dieses Gesetzes über die Wissenschaftliche Landesakademie empfiehlt.

Die ursprünglichen Aufgaben, nämlich akademische Aus- und Weiterbildung im postgradualen Bereich, werden hinkünftig durch die Donau-Universität abgedeckt. Und ich möchte hier, Herr Klubobmann Gratzner, ersuchen, daß man nicht mit Pessimismus an eine Aufgabe herangeht und mit Mißtrauen, so wie das eben jetzt wieder bei Ihrer Rede zum Ausdruck gekommen ist, sondern doch etwas mehr Optimismus walten läßt. Und ich werde Ihnen jetzt versuchen zu sagen, welche Aufgaben bereits von der Donau-Universität laut Ihrem Projektkatalog, der im Wintersemester 1995/96, also noch heuer, starten soll, übernommen werden. Erst vor wenigen Tagen haben nämlich die beiden amtierenden Vizepräsidentinnen ihr Studienprogramm, das ab dem Wintersemester laufen wird, präsentiert und zwar vor dem Gemeinderat der Stadt Krems. Es werden an der Donau-Universität sechs Abteilungen eingerichtet, die die vormaligen Aufgaben der LAK übernehmen, weiterführen oder ergänzen.

Erstens ist das die Abteilung für Humanwissenschaften und Medizin mit Schwerpunkten, die ich jetzt nur teilweise aufzähle, weil es sonst viel zu weit führen würde, mit Schwerpunkten wie biomedizinische Technologie, integrative Medizin und Psychosomatik usw. Zweitens, die Abteilung für Wirtschafts- und Managementwissenschaften - und jetzt komme ich noch einmal auf Sie zurück - in der vor allem der MBA-Lehrgang der LAK fortgeführt wird und in der auch Finanzen, Bankwesen und Management in Lehre, Forschung und in Dienstleistungen angeboten werden. Also der MBA-Lehrgang, der jetzt etabliert wird, ist ein ausdrücklicher Programmpunkt dieser zweiten Abteilung für Wirtschafts- und Managementwissenschaften an der Donau-Universität und als solcher vorgesehen. Drittens, die Abteilung für Telekommunikation und Medien, in der die bekannte Europäische Journalismusakademie der LAK ihre Fortsetzung findet, die auch jetzt zu den eindrucksvollsten Lehrgängen dieser Landesakademie und zu den erfolgreichsten gehört. Sie wird dort Fortsetzung finden, genauso wie Telematik und Informationswissenschaften hinkünftig verstärkt angeboten werden. In dieser Abteilung wird man sich erstmals auch mit Telelearning und Vi-

deoconferencing beschäftigen und neue Technologien im Bibliotheks- und Dokumentationswesen erarbeiten.

Viertens wird die Abteilung für Europäische Integration geführt werden. Hier wird der jetzt bestehende EURAS-Lehrgang der LAK weitergehen. Ebenso wird EUROJUS angeboten, wobei besondere Schwerpunkte auf Europa-Ost gelegt werden. Euro-Recht in Mitteleuropa und ähnliche wichtige Aspekte der europäischen Integration werden dort zugrunde gelegt. Fünftens wird es eine Abteilung für Kulturwissenschaften geben. Schwerpunkte dieser postgradualen Ausbildungseinrichtungen werden in der Fortbildung von Museums- und Ausstellungskuratoren liegen. Ebenso wie Wirtschaftsmanagement im Kulturbetrieb, kulturrelevante Rechtsmaterien usw. Sechstens und letztens wird eine Abteilung für ökologisches Bauen und Wohnen geschaffen. Dieser Abteilung wird hinkünftig besonders große Bedeutung zukommen, umso mehr, als im Bau- und Wohnungswesen immer mehr die ökologischen Aspekte wie Solarbau, Baubiologie, ökologischer Holzbau, Elektrobiologie, Wohnhygiene und vieles andere mehr an Bedeutung gewinnen werden.

Ich kann also sagen, daß der Übergang von der LAK auf die Donau-Uni, sehr geehrte Damen und Herren, nunmehr doch zu funktionieren scheint. Leider kam es - und das kann man ja hier offen sagen - in der ersten Phase zu gewissen Problemen, die nicht zuletzt durch den Abgang des Kurzzeitpräsidenten Lehner nach wenigen "Schnupperwochen" sozusagen an die Öffentlichkeit kamen. Zur Zeit ist diese Position noch unbesetzt. Ich möchte auch hier anmerken, wie immer die Entscheidung ausfallen wird, wünschenswert wäre, daß sie so getroffen wird, daß die von allen anerkannte Aufbauleistung der LAK respektiert und nicht beeinträchtigt oder gar hinfällig wird und in einer gedeihlichen Kontinuität und in einer gewissen Stabilität die Arbeit fortgesetzt werden kann. Viele der von mir genannten Donau-Uniprojekte sind von der Landesakademie und vom Land Niederösterreich gekommen. Das bestätigte das jetzt amtierende Duo im Präsidium erst vor wenigen Tagen in der von mir erwähnten Präsentation. Diese Kooperation sollte fortgesetzt werden, auch mit anderen Institutionen, etwa den Kammern, Berufsvertretungen usw.

Ich möchte auch sehr deutlich sagen, daß ich hoffe - und hier liegen wir nicht so weit auseinander - daß die Forschung durch die Donau-Uni weitere Bedeutung gewinnen wird. Die Lehre wird als postgraduale Fortbildung stattfinden. Für die

Öffentlichkeit wird es eine ganze Reihe von Synergieeffekten und Dienstleistungsangeboten geben. Für alle Lehrgänge, dies wurde uns deutlich bestätigt, gibt es bereits Teilnehmer. Nach Aussage der beiden Vizepräsidentinnen werden es jeweils 20 bis 25 Teilnehmer je Projekt sein, sodaß das Wintersemester 1995/96 keine Utopie oder keine Fiktion mehr darstellt.

Aus all diesen Aspekten, also aus dem Übergang in die Donau-Universität, ergibt sich jetzt die Notwendigkeit, die LAK auf eine neue Rolle festzulegen. Und mit dem heutigen Gesetzesantrag wird das auch eingeleitet. Die Aufhebung des bestehenden Gesetzes und die Neuformulierung sollen die Gelegenheit bieten, im Rahmen von Landesakademien in Niederösterreich die Aus- und Weiterbildung bestimmter Berufsgruppen, vor allem jener des öffentlichen Bereiches des Landes, zu vereinigen.

Welche Bereiche sind das, die die Landesakademie hinkünftig abzudecken haben wird? Erstens: Alle jene Bereiche, die auch in Zukunft von der Donau-Universität nicht wahrgenommen werden. Ich möchte hier, so wie bereits früher schon, anführen, daß es besonders wichtig wäre, niederösterreich-spezifische Forschung und Entwicklung sowie Erarbeitung von Strukturverbesserungsstrategien für die NÖ Wirtschaft zu etablieren. (*Abg. Gratzer: Das steht aber nicht drinnen!*)

Es ist aber nicht ausgeschlossen. Also ich interpretiere ein Gesetz optimistischer als Sie, Herr Kollege. (*Abg. Gratzer: Also alles, was nicht ausgeschlossen ist, ist drinnen!*)

Zweitens: Die NÖ Verwaltungsakademie, der die Aus- und Fortbildung der NÖ Beamtenschaft obliegt.

Drittens: Die Akademie für Umwelt und Energie mit ihrer Zweckbestimmung von Weiterbildung und Dienstleistung in den Bereichen Umwelt und Energie.

Viertens: Die Akademie für höhere Fortbildung in der Krankenpflege zur Weiterbildung unseres leitenden Krankenpflegepersonals. Darauf möchte ich noch zu sprechen kommen.

Zu diesen Einrichtungen sehe ich übrigens Ergänzungsfunktionen in jenen Lehrveranstaltungen, die in Zukunft dann auch an der Donau-Universität für leitendes ärztliches Personal angeboten werden sollen, ebenso wie die Ergänzung zu einem angestrebten Fachhochschulstudiengang für Gesundheitsmanagement in Niederösterreich, der ebenfalls hier im Raume steht.

Hoher Landtag! Ich halte es, noch einmal, für ungemein wichtig und sehr wohl im Rahmen dieses Gesetzes möglich, daß der Aspekt der Beratung des Landes, der Beratung der Interessensvertretungen und der Gemeinden bei Forschungsaufträgen und Dienstleistungen durch die neue Landesakademie besonders wahrgenommen wird. Es handelt sich hier um ein Gesetz, das diese Angebote und diese Möglichkeiten bietet.

Der uns vorliegende Antrag sieht, wie bereits erwähnt, die Aufhebung des bestehenden Gesetzes vor und damit ist natürlich - und das möchte ich auch deutlich sagen - die Standortfixierung nicht mehr gegeben. Im neuen Gesetz ist eine solche noch nicht vorgesehen. Ich möchte es daher heute nicht verabsäumen, nochmals darauf zu verweisen und darum zu ersuchen, diese Standortfrage wohlüberlegt zu behandeln. Ich wiederhole, so wie bereits im Dezember von dieser Stelle aus, daß man alle Aspekte der räumlichen Nähe zur Donau-Universität, wie sie derzeit gegeben sind, und die Nutzung der Querverbindungen, der Kommunikationsmöglichkeiten und der Kooperation in technischer Hinsicht sehr wohl bedenken sollte, wenn man über den künftigen Sitz der Zentrale der Landesakademie Überlegungen anstellen wird.

Ich komme zum Schluß: Mit dem Gesetzesantrag für eine neue Landesakademie geht ein Abschnitt niederösterreichischer Bildungspolitik wohl zu Ende. Er hat zum angestrebten Ziel, nämlich der Schaffung einer ersten - ein historischer Augenblick - einer ersten Universität in diesem Bundesland, und zwar einer Universität neuen Stils, geführt. Mit diesem Antrag soll nun ein zweiter Abschnitt beginnen, der die logische Konsequenz des bisherigen erfolgreichen Weges darstellt. Es wird eine andere, eine neue Landesakademie für Niederösterreich geben, die aber eine wichtige Rolle in der Palette der Bildungs-, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen für unser Land darstellen soll. In diesem Sinne wird die SPÖ dieses Landtages den vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ sowie den Abg. Moser und Hofmacher.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Klubobmann Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Ich möchte im Zuge meiner Ausführungen dann auch noch auf die Wortmeldung des Klubobmannes Gratzner eingehen, von der ich meine, daß sie eigentlich so zustande gekommen ist, daß man nicht annehmen kann, daß sich die Freiheitlichen mit diesem Gesetzentwurf ausführlich genug beschäftigt haben. Ich sage es einmal so, weil mir das derartig wenig durchdacht vorgekommen ist, daß ich dann auf die einzelnen Punkte separat noch einmal eingehen möchte. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß dieser heutige Gesetzesbeschluß, der ja gemeinsam von ÖVP und SPÖ initiiert wurde - und da gebe ich meinem Vorredner hundertprozentig recht - ein sehr wesentlicher Schritt in der NÖ Bildungsoffensive ist. Einer Offensive, die seinerzeit damit begonnen hat, daß diese Landesakademie in der ursprünglichen Form mit Landtagsbeschluß gegründet worden ist, daß damit auch ein Grundstein, ich möchte es einmal so sagen, für das Universitätsland Niederösterreich gelegt worden ist. Das war ja die Vorstufe für die Donau-Universität und damit haben wir sicher ein niederösterreichisches Bildungsziel erreicht, meine Damen und Herren, von dem wir sicher vor zehn Jahren in diesem Hohen Haus mit so einer Deutlichkeit nicht gerechnet haben und das nicht erwartet haben.

Ich glaube, es war notwendig, im Interesse der NÖ Bevölkerung und ganz speziell im Interesse der NÖ Jugend, diese Offensive zu starten. Und es war eine breite und eine lange Diskussion, die ausgehend von der Einrichtung von eigenen Arbeitskreisen im Bereiche der NÖ Landesverwaltung, ausgehend von der Initiative, die Siegfried Ludwig seinerzeit gesetzt hat, dazu geführt hat, daß dieses Landesakademiegesetz beschlossen wurde am 7. Oktober 1988. Und daß damit so manches im Sog dieser Offensive auch zustande gekommen ist. Wie schwierig es war, damit auch das Ziel einer eigenen Donau-Universität zu erreichen, das haben wir alle miterlebt. Und es war sicherlich nicht ein geebener Weg oder eine "gemähte Wiese", wie wir daheim sagen, daß diese Einrichtung, so wie sie sich heute darbietet und von der ich auch glaube, daß sie sich noch weiter entwickeln wird, nicht in dieser Form stecken bleibt, daß diese Einrichtung überhaupt heute existiert. Und daß wir als Bundesland Niederösterreich - und das darf uns schon mit einigem Stolz auch erfüllen - auch wie nahezu alle anderen Bundesländer "Universitätsland" geworden sind. Mit einer Universität neuen Stils, mit einer Universität, die sicherlich vorhandene Marktlücken auszunützen imstande ist. Und mit einer Universität, die sicherlich auch in Österreich - natürlich nach internationalen Vorbildern, ich denke

nur an die vielen Diskussionen, die es gegeben hat, St. Gallen, Fontainebleau etc. - heute ein Bildungsangebot - Herr Kollege Sacher hat darauf hingewiesen - ein Bildungsangebot repräsentiert, das auch international sicherlich eine sehr große Bedeutung bekommen hat.

Das war aber der Erfolg der Wissenschaftlichen Landesakademie mit all ihren Vorarbeiten, die dazu geleistet worden sind. Und daher verstehe ich es wirklich nicht, daß die Freiheitlichen heute diese Gesetzesvorlage in einzelnen Punkten so interpretieren, als ob sie mangelhaft wäre, Herr Kollege Gratzler, als ob hier so manches nicht festgeschrieben wäre. Weil man etwa die Gemeinden nicht *ex pressis verbis* einlädt, ihre kommunalen Aufgaben und begleitenden Grundlagenforschungen über diese Akademie laufen zu lassen. Ich finde das selbstverständlich, daß das in Zukunft gemacht wird. Genauso wie ich es selbstverständlich finde, daß gerade auf dem Gebiete der Forschung diese neue Landesakademie mit all den Erfahrungen, die sie schon gesammelt hat, und mit neuen Erfahrungen ergänzt, einiges künftighin für das Land Niederösterreich und als Hilfestellung für die Landesverwaltung auch zu leisten imstande ist.

Wir wissen aus einer Fülle von Beispielen, daß das notwendig geworden ist und daß die politischen Entscheidungen, meine Damen und Herren, auch in diesem Haus nicht aus dem Ärmel gebeutel werden können. Sondern daß es hier notwendig ist, Grundlagen zu untersuchen, Grundlagen zu erforschen. Und daß landespolitische Entscheidungen - wohlgemerkt, landespolitische Entscheidungen - auf diesen Grundlagen künftighin beruhen müssen, um auch Landespolitik im Sinne unserer Bürger positiv betreiben zu können. Ich verstehe es wirklich nicht, wenn beispielsweise jetzt dieses Gesetz kritisiert wird, weil die Standortfrage nicht gelöst ist. Diese Standortfrage kann man erst dann lösen, wenn man weiß, wie die Zielrichtungen dieses Gesetzes fixiert sind. Und diese Standortfrage ist eine Frage, die unabhängig von irgendwelchen territorialen oder lokalen Einflüssen zu entscheiden ist. Und daher, glaube ich, ist es notwendig und wichtig, daß wir heute dieses Gesetz beschließen. Und daß dann darüber befunden wird, wer von den bisher aufgetretenen Bewerbern auch dafür bestmöglich in Frage kommt.

Die Kommunalakademie ist deswegen nicht eingebunden, weil sie an sich "nur" eine Fortbildungsinstitution für die Gemeindebediensteten ist. Aber vielleicht kommt auch hier ein Miteinander

zustande. Die Frage bezüglich des Masters of Business Administration brauche ich nicht weiter zu erwähnen, sie wurde ja vom Kollegen Sacher vorhin bereits ausführlich behandelt. Ich sehe es allerdings wirklich nicht ein, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, daß eine Landtagspartei auch deswegen nicht zustimmt, weil die Bezeichnung der Verantwortlichen "Geschäftsführer" und nicht "Direktor" lautet. Also das sind Dinge, die mir wirklich an den Haaren herbeigezogen erscheinen, meine Damen und Herren, um das einmal deutlich zu machen.

Aber vielleicht ist der wahre Grund der Ablehnung der Freiheitlichen darin zu suchen, weil plötzlich vom "EU-Lobbying" die Rede ist und wir ja wissen, wie die Einstellung der Freiheitlichen zur Europäischen Union ist. Weil vielleicht dort eine Sorge oder Angst oder sonst irgendetwas entscheidend ist dafür, daß man plötzlich auch in diese Richtung die negative Meinung auch zur Kenntnis bringt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese Landesakademie - und ich möchte nicht etwas wiederholen, was vor mir schon angeführt wurde - eine sinnvolle Ergänzung zu all den Bildungseinrichtungen jetzt darstellt, diese Landesakademie in der neuen Form, die wir in Niederösterreich bereits besitzen. Eine Donau-Universität, Fachhochschulen, die, zum Teil wenigstens, bereits voll ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Ich gratuliere den Freunden aus Wiener Neustadt, daß sie hier also gerade die Einrichtung der Fachhochschule so sorgfältig vorbereitet haben, daß diese Dinge jetzt auch laufen können. Und in sinnvoller Ergänzung entsteht jetzt diese neue Landesakademie als eine Klammer für all das, was bisher eher eigenständig da und dort etabliert war, und mit der wir künftighin auch die Möglichkeit haben seitens des Landes - auch seitens des Landtages - uns dieser Einrichtung für die Aufbereitung von Grundlagenforschung zu bedienen. Und das ist etwas, was für mich aus der Sicht des Landtages fast an erster Stelle steht, wenn wir diese Aufgabenstellungen betrachten.

Ich freue mich über den heutigen Beschluß, und ich lade die Freiheitlichen noch einmal ein, hier mitzustimmen. Weil ich glaube, es wäre auch für die Freiheitlichen gut oder es würde ihnen gut anstehen, bei dieser Bildungsoffensive mit dabei zu sein, wenn es darum geht, für Niederösterreich etwas zu tun, was für die künftige Entwicklung unserer Jugend und unseres Landes von immens großer Bedeutung ist. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Gesetzesentwürfe sowie über den Antrag des Kultur-Ausschusses):* Mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Liberalem Forum angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 298/P-6 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 298/P-6. Zum Änderungsentwurf wird folgendes berichtet: Das Bundespflegegeldgesetz sah in der bisherigen Fassung ebenso wie das Landespflegegeldgesetz eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 1996 lediglich einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Pflegegeld in der Höhe der Stufen 1 und 2, nicht jedoch auf Pflegegeld in der Höhe der Stufen 3 bis 7 vor.

Da für das im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung geleistete Pflegegeld der Stufen 3 bis 7 keine Überprüfbarkeit existiert, wurde diese Regelung von vielen Seiten massiv kritisiert. Um die Rechtsstellung gerade der schwer pflegebedürftigen Menschen signifikant zu verbessern, hat die Bundesregierung eine Regierungsvorlage eingebracht, mit der der Zeitpunkt, ab dem auf das Pflegegeld sämtlicher Stufen ein bei den Arbeits- und Sozialgerichten durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, auf den 1. Juli 1995 vorverlegt wurde. Die Novelle zum Bundespflegegesetz wurde am 22. Februar 1995 im Bundesgesetzblatt (BGBl. Nr. 131) verlautbart. Die Länder haben sich in der die Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Ländern regelnden Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen verpflichtet, das Pflegegeld für die Personen, die in ihre Zuständigkeit fallen, nach den gleichen Bedingungen zu regeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle daher den Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend

Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 (NÖ Pflegegeldgesetz-Novelle 1995) wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke. Zu Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Gesetzesentwurf sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche die Frau Abgeordnete Lembacher, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 306/B-29/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über den Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für das Jahr 1994. Die Aufgaben der Kinder- und Jugendanwaltschaft sind unter anderem die Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertretern in allen Angelegenheiten und Konflikten aus dem Erziehungsbereich, sowie eine Mittlerfunktion zwischen Eltern, Schule, Lehrberechtigten, Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und den Kindern und Jugendlichen, Anregungen zur Schaffung besserer Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche sowie Anregung von gesetzlichen Bestimmungen aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat seit ihrem Bestehen sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Auch die Beratungstätigkeit ist steigend. Der Bericht befindet sich in den Händen der Abgeordneten. Ich stelle daher den Antrag des Sozial-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft nach dem JWG für das Jahr 1994 *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft für das Jahr 1994 wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke. Zu Wort ist gemeldet die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es liegt der Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft aus dem Jahr 1994 vor. Die Aufgaben dieser Anwaltschaft sind uns ja alle hinlänglich bekannt. Lobend möchte ich erwähnen, daß dieser Bericht zum Unterschied zu manch' anderem ein Erfolgsbericht ist.

Im hinter uns liegenden Internationalen Jahr der Familie wurde viel über das Thema Familie diskutiert. Es wurden auf der einen Seite Horror-szenarien gemalt und auf der anderen Seite Probleme verniedlicht. Man sollte, ob man jetzt nun der einen oder der anderen Meinung ist, eines auf jeden Fall nicht vergessen: Familie ist kein Zustand, der versteinert und abgetrennt von der Zeit existiert. Familie ist ein dynamischer Prozeß, der dem Wandel der Zeit, der Moralvorstellungen und der gesellschaftlichen Normen unterliegt. In der heutigen technisierten Welt haben wir andere Probleme, haben die Familien mit Kindern andere Probleme und vielschichtigere Probleme als noch vor 20 Jahren. Man kann aber diese, unsere Zeit der Computer und der interaktiven Medien nicht verneinen, sondern wir müssen lernen, damit umzugehen und vor allem, sie auch in die Erziehung sinnvoll einzubauen.

Das in diesem Bericht angesprochene Drogenproblem gibt es ja leider schon seit langem, nur ist die schauerliche Tendenz des immer jünger werdenden Personenkreises zu erkennen. Die Schwierigkeit dieses Bereiches ist es insbesondere, daß man nicht von vornherein einen Kreis suchtgefährdeter Jugendlicher erkennen kann. Und es gibt keine Garantie dafür, daß ein Kind aus einer intakten Familie nicht auch drogensüchtig wird. Von der Kinder- und Jugendanwaltschaft wurde bis jetzt dreimal ein zweitägiges Seminar zum Thema "Suchtgefährdete Jugend in Niederösterreich" durchgeführt und hat auch breiten Anklang

gefunden. Wir halten die Tätigkeit der Anwaltschaft auch auf diesem Gebiet für sehr begrüßenswert und notwendig. Denn die Aufklärung über die Wirkung von Drogen ist oftmals ein Mittel der Prävention. Oder zumindest eine Information für Eltern, welche Drogen es gibt, welche gerade besonders "in" sind, welche Wirkung sie haben und wie man als Elternteil den Drogenmißbrauch eines Kindes frühzeitig erkennen kann.

Sehr erfreulich ist auch die noch laufende Ausarbeitung eines neuen Kinderspielplatzgesetzes der Anwaltschaft gemeinsam mit der Baudirektion. Die zugrundeliegende Idee dabei ist, diese Flächen allen Teilen der Bevölkerung als Möglichkeit der Begegnung zugänglich zu machen.

Insgesamt möchte ich bemerken, daß wir die Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr begrüßen, da sie notwendig ist. Es muß aber un-

ser aller Ziel sein, die Notwendigkeit dieser Anwaltschaft insoweit zu reduzieren, als wir als Erwachsene, als Eltern in unseren Familien selbst etwas verändern, mehr Zeit füreinander aufwenden und uns intensiver mit unseren Kindern und dem Partner auseinandersetzen. Denn so positiv es ist, daß es eine Stelle gibt, an die wir uns wenden können, so notwendig ist es aber auch, Eigenverantwortung für die eigene Familie zu übernehmen und insbesondere unseren Kindern ein aufmerksamer Weggefährte zu sein. (*Beifall im Hohen Hause.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir leben in einem Land, das Freiheit, Wohlstand und Frieden garantiert, hat der Herr Präsident anlässlich des Jubiläums zum Staatsvertrag heute gesagt. Und es ist ganz klar, daß wir, die wir dies als Erbschaft von unseren Vorfahren übernommen haben, diese Wohltaten auch in die Zukunft weitergeben müssen. Und gerade wir als Politiker sind natürlich gehalten, diese Zukunft nicht über uns hereinbrechen zu lassen, sondern sie selbst mitzugestalten. Und Gefahren schon im Anzug zu erkennen oder Entwicklungen wahrzunehmen, die wir dann auch steuern können.

Wenn wir uns fragen, wie unser Land in Zukunft ausschauen wird, so können wir jetzt eines schon sagen: Dieses Land wird so stark sein, so stark die Generation ist, die dann in die Verantwortung eingetreten ist. Und wenn wir eben die Sache so sehen, können wir aus dem Zustand unserer Kinder und Jugendlichen schon jetzt erkennen, wie die Entwicklung weitergehen wird. Wer ein scharfes Auge hat, der kann eben jetzt schon sehen, was sich für morgen abzeichnet. Und so gesehen ist dieser Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft natürlich ein eminent politischer Bericht.

Zur Aufgabenstellung: Meine Vorrednerin hat schon gesagt, es sind zum einen Teil soziale Aufgaben, die darin bestehen, Einzelpersonen zu betreuen und sie zu beraten, wenn es zu Konflikten kommt. Sei es zu Konflikten zwischen Kindern und Erziehungsberechtigten, zu Konflikten in der Schule oder die Betreuung von Kindern, die aus den Krisengebieten ohne Begleitung Erwachsener

kommen. Zum anderen hat aber diese Kinder- und Jugendanwaltschaft auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe, indem sie eben Themen aufgreift, sie behandelt, Empfehlungen abgibt. Hier sind einige Themen auch schon angesprochen worden, Kinderschutzzentren, der Spielraum, die Tagesbetreuung. Die Jugendanwaltschaft bietet auch Vorträge an Schulen an. Hierbei ist zu bedauern, daß wir sehr gerne diesen Vortrag über Radikalismus gesehen hätten, der sich, wie man hier lesen kann, besonders mit Rechtsextremismus befaßt. Dieser Vortrag war schriftlich nicht verfügbar, wir haben ihn nicht zu sehen bekommen.

Zwei wichtige Themen noch, die hier beinhaltet sind. Das eine sind die Kinderrechte. Ein paar Worte dazu. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Forderung der Jugendanwaltschaft an den Bundesgesetzgeber mittragen, daß Kinder dann, wenn es zu Scheidungsfragen kommt, eine Parteienstellung erhalten sollten. Das ist ja, glaube ich, etwas, was über alle Parteigrenzen hinweg schon lange unbestritten ist. Es ist nur eine Frage, warum das immer noch nicht realisiert ist. Ich möchte zu dem Kinderrecht nur eines sagen. Es ist dabei auch zu beachten, daß Kinder natürlich sehr wohl als Persönlichkeiten ein eigenes Recht haben. Daß auf der anderen Seite aber unbesprochen Kinder eben erst zur vollen Verantwortlichkeit ihrer Person heranreifen müssen. Und daß eben Eltern das Recht und die Pflicht zur Betreuung und Erziehung ihrer Kinder haben. Und ich meine, man sollte bei einer Diskussion über Kinderrechte, die uns ganz sicher in den nächsten Jahren ganz besonders in Anspruch nehmen wird, weil ja von der UNO diesbezügliche Empfehlungen ausgegangen sind, beachten, daß es uns vor allem obliegt, Rahmenbedingungen herzustellen, die die Autonomie der Familie sichern und die Eltern in die Lage versetzen, ihre Pflicht und ihr Recht, die Erziehung wahrzunehmen, auch tatsächlich zu erfüllen. Und daß staatliche Interventionen nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie im Interesse der Kinder stattfinden und wenn die Eltern bereits ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sind.

Das zweite Thema, das hier noch von besonderer Aktualität ist und angesprochen wird, es war ja heute auch schon Thema der Sicherheitsdebatte, ist das Thema der Drogengefährdung unserer Jugend. Hier hat die Jugendanwaltschaft die Koordination von Seminaren wahrgenommen, die die einzelnen Berufsgruppen, also Sozialarbeiter und Exekutive, an einen Tisch gebracht hat. Ein Wort zur Drogenproblematik, zwei Zahlen: Seit 1975 hat sich die Zahl der Drogentoten in Öster-

reich verzehnfacht. Wobei diese Zahl, wie ich glaube, jetzt den wirklichen Umfang des Problems gar nicht bringt. Denn, salopp gesprochen, nur wer wirklich mit der Nadel im Arm aufgefunden wird, zählt als Drogentoter. Die Folgeerscheinungen der Drogensucht werden ja nicht unter den Drogentoten subsumiert. Und noch bedenklicher: In den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl der Jugendlichen, die mit Drogen in Berührung gekommen sind, verfünffacht. Bis vor kurzem gab es das beinahe nicht. Heute, wir haben das, glaube ich, gestern in der Zeitung gelesen, wissen 50 % von Niederösterreichs Jugendlichen, wie sie zu Drogen kommen können. Auch diese Zahl dürfte nicht stimmen. Stellen Sie sich das nur realistisch vor: In einer Klasse weiß die Hälfte, wie sie zu Drogen Zugang hat. Damit weiß es die andere Hälfte natürlich auch, man braucht überhaupt nicht darüber zu reden. Wenn man einen Jugendlichen fragt, so wird er Auskunft geben können. Und ich meine, das diskutieren wir auch nicht das erste Mal. Wir sind hier im Begriff, das Anwachsen eines Problems kommentierend und diskutierend zu begleiten. Und wenn wir uns hier nicht zu einem Handeln entschließen, werden wir Zustände haben wie in Amerika, wo - auch das stand vor einigen Wochen in der Zeitung - die Zahl der Drogentoten jährlich bereits die Zahl der Opfer des Vietnamkrieges überstiegen hat. Wir wissen, daß Staaten stürzen können, wenn sie des Suchtproblems nicht Herr werden.

Was bei der Drogenproblematik ganz besonders bedenklich ist, ist, daß es über die politische Lager hinweg keine einheitliche Vorstellung davon gibt, wie dieses Drogenproblem zu bekämpfen ist. Ich möchte hier kurz das Thema Entkriminalisierung anschneiden. Das wird immer wieder als Allheilmittel verkauft und ich meine, das geht vollkommen am Thema vorbei. Denn das Problem in der Drogensucht besteht ja nicht darin, daß jemand, der Drogen weitergibt, dann bestraft wird und man nur die Strafe aufheben muß, um ihn nicht ins Kriminelle abgleiten zu lassen. Das Problem besteht ja darin, daß einer Drogen weitergibt und jemand anderen an Gesundheit und Leben gefährdet. Und ich meine, es ist auch ein völlig falsches Signal an die Jugend. Wir sprechen eben sonst von der bewußtseinsbildenden Kraft von Strafen, das ist, glaube ich, ein Passus, der in der Präambel des Strafrechtes steht, hier verzichten wir darauf. Das Signal an die Jugend ist völlig falsch: "Was straffrei ist, ist nicht verboten und was nicht verboten ist, kann denn so schlimm nicht sein." Ich glaube, wir müssen uns dazu bekennen, daß Drogenpolitik nur dann gelingen kann, wenn wir uns alle zu einer absolut

abstinenzorientierten Drogenpolitik aufraffen können. Es muß ein drogenfreies Leitbild geben, sonst werden wir dieser Sache niemals Herr werden!

Und das Zweite, was eng damit zusammenhängt, ist dann natürlich folgendes: Früher war kaum eine Aufklärung in den Schulen vorhanden und trotzdem kamen weniger Jugendliche mit diesem Problem in Berührung. Einfach deswegen, weil die Verfügbarkeit der Drogen nicht gegeben war. Wir müssen das also nur einmal ganz nüchtern sehen. Wenn sie es schwer bekommen, so werden eben weniger Jugendliche sich so weit in verbotene Gebiete wagen und werden eben weniger Jugendliche mit diesen Sachen in Berührung kommen. Man hat gemeint, dadurch, daß man die Sache aus dem Kriminellen holt, wird man Prävention betreiben. Das müssen wir hier gar nicht ausprobieren. Wir müssen nur zum Beispiel in die Schweiz schauen, Stichwort Zürich-Letten. Dort hat die Verelendung und das Ausmaß der Drogensucht ein dermaßen großes Ausmaß angenommen, daß man dieses Projekt abbrechen mußte. Ich glaube, wir sollten nicht warten, bis es bei uns ebenso wird und jetzt über Experimente, die bereits gescheitert sind, immer noch politisch diskutieren.

Ich meine, man muß hier Prioritäten setzen. Selbstverständlich hat jeder, der bereits dieser Sucht verfallen ist, das Anrecht darauf - und die Gesellschaft tut auch gut, ihm dieses Recht zu geben - einen Therapieplatz zu erhalten. Aber viel wichtiger ist es, es erst gar nicht so weit kommen zu lassen. Erst gar nicht aus Jugendlichen Patienten zu machen. Hier muß eben die Priorität absolut so gesetzt werden, daß Prävention, abstinenzfreies Leitbild und die mangelnde Verfügbarkeit von Drogen im Zentrum der Politik zu stehen hat.

Dieser Bericht der Jugendanwaltschaft hat, wie ich hoffe ausgeführt zu haben, einiges an aktuellen Anregungen gegeben. Wir sollten es nicht dabei bewenden lassen, das hier nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern wir sollten auch daran arbeiten, daß wir das alles umsetzen, was uns hier an Anordnungen geboten worden ist. Den Bericht nehmen wir zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt die Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist nicht nur interessant zu lesen, sondern er zeigt uns deutlich, wo wir, auch nach dem Internationalen Jahr der Familie, heute stehen. Wenn ich mir nur die Einleitung anschau und die Stellungnahme zu dem Wort Familie, so ist wirklich zu begrüßen, daß gerade oft bei jungen Menschen die Familie nach wie vor eine zentrale Rolle spielt, nach wie vor der Wunsch nach Familie vorherrschend gegeben ist, egal ob bei Mädchen oder bei Burschen.

Was mir in diesem Zusammenhang zu denken gibt, wenn man es genau liest, ist, was man unter dem Wort "Familie" versteht. Es ist auch zu lesen, daß sich einfach die Situation geändert hat. Daß es immer mehr Alleinerzieher gibt oder Alleinerzieherinnen, daß es immer mehr zu Scheidungen kommt, daß sozusagen die heile Familie, an die viele denken, wenn darüber gesprochen wird, einfach nicht mehr vorherrschend ist. Das heißt, wir müßten uns angewöhnen, bei allen Gelegenheiten vielleicht klar zu definieren, was wir unter diesem Wort "Familie" verstehen, was wir, wenn wir Gesetze familienpolitischer Art diskutieren und beschließen, meinen. Damit wir von ein- und derselben Voraussetzung ausgehen und nicht jeder etwas anderes hineininterpretiert und dann anders auslegt und es zu neuen Problemen kommt. Wenn hier davon die Rede ist, neue Wege für neue Lebenssituationen und Bedürfnisse zu schaffen und zu finden und hier auch einige Punkte angegeben sind, so können wir die sicher alle blind unterschreiben. Es sind auch hier nur drei Schlagworte und jeder kann darunter verstehen, was er will. Alles, was er gern haben möchte, wird er hier wiederfinden. Wenn dann noch dabei steht, daß das Jahr 1994, das Internationale Jahr der Familie, Anstoß war, die Situation der Familie ehrlich - das steht nämlich drinnen - zu erkennen und an diese geänderten Bedürfnisse und Einstellungen anzupassen, dann hat dieses Jahr einen Sinn gehabt, alles andere wäre wieder nur ein Papier gewesen, dann muß ich jetzt ein bißchen kritische Worte finden. Ich habe es beim letzten Bericht auch gesagt, weil es drinnen gestanden ist. Wir reden von adäquaten Kinderbetreuungseinrichtungen, wir reden von der Wahlfreiheit, wir reden von den geänderten Öffnungszeiten in diesen Einrichtungen, wir reden von Unterstützung der Familie - und jetzt sage ich, Familie ist für mich mehr als eine Person - in der Richtung, den Wunsch nach Kindern wieder zu stärken und zu fördern. Und wir haben eine einzige Maßnahme gesetzt, die gut ist. Also, wir haben mehr gesetzt, aber in diese Richtung eine. Eine allein ist für mich zu wenig. Nämlich, die Tagesmütter auszubauen bis zum Jahr 2000,

damit ein erklecklicher Anteil oder ein großer Anteil betreut werden kann. Ich habe schon einmal gesagt, das verstehe ich nicht, kann ich auch aus diesem Bericht nicht herauslesen. Denn wenn ich an die Bedürfnisse und die Situation der Familie mich anpassen will und Voraussetzungen schaffen will, dann darf ich sie nicht bevormunden. Dann muß ich ehrlich sein und sehen, welche Bedürfnisse es gibt und muß eine möglichst breite Palette hier anbieten können.

Das sollte aber nur ein Beispiel sein zu diesem Bericht, zwischen dem Erkennen der Realität und dem Setzen von Maßnahmen, die wir hier durchdiskutieren und die dann beschlossen werden. Und das Schlechteste - und auch das kommt aus diesem Bericht hervor - ist, wenn man, aus welcher Überlegung immer, Justamentstandpunkt, Überzeugung, aus der Einstellung heraus nicht etwas ausdiskutiert, sondern einfach mit Mehrheit beschließt. Am allerschlechtesten ist es aber dann, wenn unsere Kinder und Familien die Leidtragenden sind. Und das ist bei diesem Punkt passiert. In allen Punkten, quer durch diesen Bericht, spricht man von Zusammenarbeit, von Vernetzung, vom Zusammenbringen aller Institutionen, die mit Kindern in Berührung kommen. Seien es die Pädagogen, seien es die Sozialarbeiter in den Jugendabteilungen, seien es die Richter oder Gerichte oder alle jene, die eben mit Kindern arbeiten, um eben gemeinsam, nicht nur um Parallelen auszuschalten, sondern um gemeinsam das Beste für das Kind herauszuarbeiten. Und wie in vielen Bereichen haben wir halt da auch wieder einmal Beispiel gegeben, wie man es nicht machen soll.

Einer dieser Schwerpunkte in diesem Programm, der für mich deutlich erkennbar war, war eben dieser Schwerpunkt der Vernetzung. Und ein Großteil der Veranstaltungen, seien es Vorträge in den Schulen, seien es Vorträge mit schwerpunktmäßigen Inhalten zu bestimmten Themen, aber mit Auswirkungen auf das Kind, hatte ausschließlich eben diese Vernetzung zum Ziel. Und es ist heute schon gesagt worden, einer dieser Punkte in diesem Bericht war auch das Seminar über suchtgefährdete Jugend in Niederösterreich. Auch hier haben diese Bereiche, also die Sozialarbeiter der Jugendabteilungen, Lehrer und ähnliches, alle zusammengearbeitet. Für mich ist es auch sehr wichtig, aufmerksam zu machen auf die Gefahren. Aber ich glaube, es ist viel zu wenig! Es ist für mich aber auch zu wenig, wenn die Kollegin Rosenkranz spricht vom drogenfreien Land, Gemeinde, egal, wie immer, oder von Drogen, die schwer zu bekommen sind. Das war früher

leichter machbar. In einer Zeit, in der eine Urlaubsreise nicht nur in die Nachbarortschaft oder in den nächsten Bezirk führt, sondern wo jedes Verkehrsmittel heute gang und gäbe ist, Urlaubsreisen ins Ausland führen, Kontakte sowieso anders gelagert sind als früher, wird es kaum möglich sein, drogenfreie Zonen zu schaffen. Man kann keine Rollbalken herunterlassen und sagen, da kommt nichts 'rein, da kommt nichts 'raus. Das ist schon klar, das geht nicht! Das wird also nicht möglich sein. Ich glaube, man muß da ganz anders ansetzen. Man muß wirklich alle Überlegungen ernst nehmen, warum nehmen denn Menschen überhaupt Drogen? Warum kommt es dazu, daß Jugendliche schon sehr zeitig Drogen nehmen? Hier muß man ansetzen. Ich glaube, man muß auf zwei Ebenen arbeiten. Das eine ist, wenn es uns nicht gelingt, unserer Jugend wieder einen Sinn in ihrem Leben zu zeigen, Inhalte zu geben. Nicht vorpauken und sagen, "...und das mußt du jetzt", sondern, daß sie tatsächlich das Gefühl haben, ich finde Sinn. Und andere Wege sehen. Oder es geht einfach um den gewissen Druck, um Zwänge, unter denen unsere Kinder leben. Ein Kind bitte, das heute aufwächst, egal, wo immer, und wenn es noch so eine offene und liberale Familie ist, steht von Geburt an unter schwerstem Druck. Ich habe es schon einige Male da gesagt: Lebt es in einer Wohnung, darf es nicht laut sein, weil die unter- und oberhalb gestört werden. Es darf nicht spielen, wie es will, weil das Kinderzimmer ist zu klein, und im Wohnzimmer schaut es sonst aus und das Kind verursacht "eine Wirtschaft". Es könnte ja jemand kommen und sagen, was ist das für eine schlampige Frau, wenn nicht einmal aufgeräumt ist.

Lebt es in einem Haus, dann ist es wichtig, daß der Rasen millimetergenau gemäht ist, aber hinausgehen und womöglich andere Kinder einladen darf es schon gar nicht, außer einmal für eine Geburtstagsparty. Da ladet man sehr wohl, ist ja gang und gäbe, Freundinnen und Freunde ein. Auf die Straße dürfen unsere Kinder auch nicht gehen, denn da ist es gefährlich. Und einen Spielplatz darf man bald nicht mehr errichten. Es ist ja kurios: Ein Beispiel aus meiner Gemeinde, eine neu erbaute Siedlung. Ein Platz wird dort gewidmet für Kleinkinder, die noch nicht mit dem Rad zu einem anderen Spielplatz fahren können. Natürlich können wir ihn bauen und wir werden den auch hinstellen. Aber alle Anrainer, auch die, die Kinder haben, muß ich dazu sagen, sind dagegen. Und das ist ein Irrsinn! Das heißt, unsere Kinder haben kaum Gelegenheit, sich irgendwo auszuleben, Aggressionen abzubauen. Wir haben X Vereine, überall können sie

hingehen, überall ist alles vorgegeben. Sie können nicht leben, wie sie wollen. Ob das die Schule ist, ob das der Musikverein ist, auch das Training beim Fußballverein, oder wo immer. Da können sie wenigstens noch rennen und durch das Rennen Aggressionen abbauen. Ansonsten sind die Möglichkeiten gleich Null.

Das heißt, hier muß man ansetzen. Hier muß man versuchen, einzugreifen und tatsächlich Voraussetzungen schaffen, daß es nicht zuletzt einfach möglich ist, jemanden zu animieren, seine Probleme leichter zu ertragen, seinen Streß abzubauen, anstatt seine Probleme in der Familie, in der Arbeitswelt, in der Schule, zu Hause, egal, wo immer, mit Hilfe von Drogen, weil es so "klaß" ist, zu kaschieren. Und was mir noch immer fehlt - es gibt sie ansatzweise, aber weit, weit zu wenig - wir haben fast noch keine "Streetworker". Wir haben viel zu wenig gut ausgebildetes, richtig ausgebildetes Personal, das fähig ist, mit Kindern umzugehen. Natürlich haben wir genug, die gelernt haben, wie man eine Jugendgruppe leitet. Aber Halbwüchsige wollen nicht etwas vorgegeben haben. Die brauchen jemanden, der sie versteht, der akzeptiert wird, der sie leiten kann und ähnliches mehr. Die wenigen, die wir haben, sind fast alle in Deutschland ausgebildet, das muß ich halt auch dazusagen. Es gibt wesentlich zu wenig.

Das heißt, an Hand dieses Tätigkeitsberichtes ist mir wieder klar geworden, daß wir ganz anders ansetzen müssen. Daß wir diesen Lern- und Umdenkprozeß viel, viel stärker in Bewegung bringen müssen. Bei den Erwachsenen, bei den Politikern, in den Institutionen, bei den Betreuern. Bei dem gesamten Personenkreis, bei allen, die Kontakt mit den Kindern haben, sei es direkt oder indirekt. Und man müßte - und damit möchte ich wieder zurückkommen - die Eigeninteressen ein bißchen mehr zurückschrauben und nicht in allem gleich die Konkurrenz sehen oder fürchten. Sagen tut das ja keiner, aber es wirkt sich halt dann so aus, das kann nicht sein und das darf nicht sein, weil sonst könnte ja die Jugendabteilung oder ein anderes Jugendheim oder der andere Klub vielleicht den Vorzug bekommen und man könnte selber vielleicht in den Hintergrund geraten.

Ein weiterer Punkt, der sehr positiv da drinnen ist, daß tatsächlich an Hand dieser Initiativen begonnen wird, die Kinder wesentlich stärker in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Ich glaube, das ist halt sehr wichtig. Es ist ein Punkt drinnen, und der ist halt immer sehr traurig. Das ist der bei Trennungen. Es ist nachzulesen, ein Kind sagt, mich fragt zwar

der Sozialarbeiter, mich fragt die Richterin, mich fragt jeder, was ich möchte. Aber Rücksicht ist auf meine Meinung überhaupt nicht genommen geworden. Und das ist deutlich! Nicht nur bei Scheidungen und Trennungen, das ist für mich symptomatisch für alle Bereiche. "Das ist ja nur ein Kind." Oder wenn man dann Aussagen hört, die die Realität widerspiegeln. Wenn etwa drinnen steht, was wollen denn die Kinder noch? Jetzt gehen wir schon alle beide arbeiten, damit wir eben alles schaffen können. So gut wie heutzutage ist es den Kindern überhaupt noch nie gegangen. Wenn man das liest, müßte man nachdenken. Es kommt nicht darauf an, wieviele Stunden am Tag oder in der Woche man bei seinem Kind ist. Sondern es kommt darauf an, daß dann, wenn es Probleme gibt, aber auch schon vorher, daß man einfach sich einmal 10 Minuten oder eine halbe Stunde oder eine Stunde, wie es sich ergibt, Zeit nimmt und mit seinen Kindern redet. Und das einfach, weil dadurch das Gefühl entsteht, beim Partner Kind in dem Fall, da ist jemand da, mit dem kann ich reden. Der verordnet nicht nur, sondern der akzeptiert mich als eigene Persönlichkeit.

Ich glaube, das sind die Punkte, die hier ganz, ganz wesentlich sind. Und wenn ich dann höre, die Kinder haben eh' alles und sie wollen immer mehr, dann muß ich sagen, es ist halt schon sehr bequem, es ist so wie die Katze, die sich in den Schwanz beißt. Es gibt kaum ein Kind, das nicht das Werbefernsehen auswendig kennt. Wortwörtlich sogar können sie das "herunterbeten". Und wer kennt nicht aus der Praxis den Druck, den man dann hat, wenn das Kind nicht sofort oder nicht möglichst bald bei der nächsten Gelegenheit dieses Wunschspielzeug bekommt. Betrachtet man es genauer, ist ohnehin alles Nonsense. Einen Tag oder meinetwegen eine Woche ist es "in" und dann "kugelt" es herum, oft Produkte um tausende Schilling. Das heißt, in Wirklichkeit wird das Kind bewußt von der Wirtschaft über die Werbung, von uns allen, von den Erwachsenen benutzt. Dort werden Wünsche geweckt, dort wird Druck erzeugt, der dann zum Ausbruch kommt, zu Wortmeldungen führt, die sie dann von sich geben, daß eben immer mehr verlangt wird. Soviel kann man gar nicht leisten, was die Kinder eigentlich von uns heute erwarten, das können wir gar nicht mehr zusammenbringen.

Dieser Bericht zeigt für mich deutlich, nicht nur, weil er umfangreich an Seiten ist, wie vielfältig die Tätigkeit dieser Kinder- und Jugendanwaltschaft ist. Er zeigt aber auch, daß es wirklich höchst notwendig war, diese Institution zu installieren. Es zeigt sich an Hand der Fälle, es

zeigt sich an der Vielfältigkeit der Aufgaben. Und ich glaube, ganz wesentlich, wenn wir es ernst meinen, wird sein, daß wir - weil sie gerade in Baden eine neue BH bauen, was lobenswert ist - nicht nur die neue BH bauen, sondern daß dort eine Beratungsstelle dieser Anwaltschaft hineinkommen wird. Es wird ganz, ganz wichtig sein, daß es, gerade, weil es diese Probleme gibt, möglichst viele solcher Anlauf- und Beratungsstellen in Niederösterreich gibt. Und ich hoffe, muß ich ehrlich sagen - ich bin überzeugt davon, er tut es nicht - daß der Jugendanwalt nicht verzweifelt. Daß er weiter predigt und hofft, es doch zustande zu bringen, daß wir Kinderschutzzentren in Niederösterreich bekommen. Er ist bescheiden, er will vorerst nur zwei. Wir alle wissen, daß mindestens in jedem Viertel eines notwendig wäre. Und das ist eigentlich traurig. Ich weiß schon, alles kostet Geld, wir müssen sparen. Aber dann dürfte manches nicht geschehen. Wir könnten uns das Internationale Jahr der Familie ersparen mit großartigen Erklärungen. Vielmehr sollte man sich wirklich einmal hinsetzen - für das nächste Budget geht das nicht mehr, weil dieser Zug abgefahren ist, aber vielleicht jetzt für ein "Budget 2000", sage ich jetzt, weil das eine gewisse Zeit dauert - hinsetzen und sich überlegen, wo setzen wir denn wirklich die Prioritäten in dem Land Niederösterreich? Nicht nur jetzt weil ich Kinderschutzzentrum gesagt habe. Sondern es geht darum, sich einmal anzuschauen, wie ändern wir dieses Budget, um die Schwerpunkte, die wir tatsächlich hier brauchen, auch finanzieren zu können. Was können wir denn wirklich einmal vernachlässigen und wo bekommen wir dadurch den Spielraum, die Dinge, die wir wirklich brauchen, auch machen zu können. Weil nur zu sagen, die Kinder sind unsere Zukunft, unser größtes Kapital, ist halt doch ein bißchen zu wenig.

Und nun zu einem Punkt, den ich da auf jeden Fall festhalten möchte. Ich habe den Bericht wirklich sehr genau gelesen. Nicht einmal, sondern zweimal, wortwörtlich, nicht nur Überschriften. Und da ist mir aufgefallen, daß von Anbeginn bis zum Schluß Tätigkeitsberichte über Erfahrungen, Anrufe, Aufgabengebiete stehen. Mittendrin aber, der Punkt 4.2 ist auf einmal kein Tätigkeitsbericht, ein einziger Punkt. Ich habe mir den Bericht mitgenommen, damit ich es vorlesen kann, das ist der Punkt "außerfamiliäre Tagesbetreuung für Kinder". Im Jahr 1994 haben wir von diversen Experten Vorschläge gesammelt, die wir hier präsentieren. Es ist in keinem einzigen Fallbeispiel, bei keinem Anruf, in keinem Punkt vorher oder nachher auch nur ein Punkt, der hier enthalten ist, vorgekommen. Das heißt, dieser

Punkt 4.2 ist kein Bericht über die Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft, sondern eine Sammlung von Expertenmeinungen. Es ist in Ordnung, ist auch Aufgabe für die Kinder- und Jugendanwaltschaft, kann man sagen. Bei allen anderen Punkten, bei der Mitsprache bei Gesetzen, bei Änderungswünschen usw. sind die einzelnen Punkte aufgezählt. Dieser Punkt, vor allem den Kindergarten betreffend, ist dezidiert ausgearbeitet. Und jetzt glaube ich, und auch meine Fraktion, daß es als Anhang hinten im Anschluß berechtigt ist, indem man sagt, es sind Stellungnahmen oder Gutachten oder Vorschläge, egal, wie immer, auf diesem und diesem Gebiet von Experten gekommen. Doch ich glaube, wenn die ganze Zeit hier herrinnen schwerpunktmäßig von Vernetzung, Zusammenarbeit, Ausarbeitung gesprochen wird, daß wir dem dann nicht zustimmen können. Wenn wir dem Bericht insgesamt zustimmen, stimmen wir ja auch den Inhalten zu, auch hier. Und ich glaube, der Kinder- und Jugendanwalt hat die Verpflichtung, nicht nur das Recht, mitzuarbeiten. Aber er hat nicht die Inhalte vorzugeben. Wenn er sagt, da gehören Änderungen vorgenommen, ist das berechtigt. Das heißt, wir würden, wenn wir diesem Punkt hier zustimmen, die Arbeit in den Ausschüssen von Haus aus ad acta legen. Wozu denn noch, wenn wir ohnehin alles beschlossen haben? Wir brauchen uns nicht mehr zusammensetzen, über Inhalte diskutieren, weil da haben wir es ja beschlossen. Das heißt, es ist nicht Aufgabe des Kinder- und Jugendanwaltes, das so zu machen.

Genauso, und ich möchte jetzt gar nicht den Inhalt diskutieren, es geht mir nur um das Faktum, daß das nicht Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendanwaltes ist. Unter Punkt 8.1 bei den Forderungen an den Bundesgesetzgeber und Landesgesetzgeber ist mit Ausnahme eines einzigen Satzes alles in bezug auf den Tätigkeitsbericht eine Schlußfolgerung aus Vorkommnissen und Tätigkeiten im Jahr 1994. Ein einziger Satz steht drinnen, der nicht in Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht zu bringen ist, das ist auf der Seite 43 das dritte Sternderl (*). Da steht drinnen: "Die Möglichkeit für jede Familie alle Kosten für die Kinderbetreuung steuerlich absetzen zu können." In keinem einzigen Punkt ist das angezogen und noch einmal, ich habe ihn zweimal wortwörtlich gelesen, nirgends steht irgend etwas seitens der Kinder, seitens der Eltern, egal wie immer, irgendein Wunsch in diese Richtung.

Das heißt, ich stelle daher den Antrag, bei der Abstimmung über diesen Tätigkeitsbericht separat bzw. getrennt über den gesamten Punkt

4.2 und auf der Seite 43 den 8. Punkt der Forderungen (auf der Seite 43 das dritte Sternderl) mit dem Text "die Möglichkeit für jede Familie, alle Kosten für die Kinderbetreuung steuerlich absetzen zu können" getrennt abzustimmen und den Rest des Berichtes in einem zur Abstimmung zu bringen. Noch einmal möchte ich alle bitten, gegen den Inhalt dieser 2 Passagen zu stimmen, weil das nicht Teil eines Berichtes ist. Und weil wir, wenn wir jetzt zustimmen, uns praktisch jede Diskussion, jede Arbeit, jede Meinungsfindung, jede Zusammenarbeit mit dem Jugendanwalt, mit Kindergärtnerinnen, mit Personen, die mit Kindern zu tun haben, wegnehmen und dem größten Wunsch des Erstellers dieses Berichtes eigentlich zuwider handeln, nämlich dem nach Zusammenarbeit und Vernetzung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute den gesamten Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft hier auf der Tagesordnung. Und es ist nicht nur verpflichtend für uns, daß wir das behandeln, sondern ich glaube, es ist auch wichtig, daß wir einmal im Jahr diese Tätigkeit unter die Lupe nehmen und uns dieses Themas annehmen. Es geht hier nicht um die vielfältigen Tätigkeiten wie Telefonate, Besprechungen, Anzahl der Interventionen, sondern ich glaube, es geht eher um die Schwerpunkte, die hier gesetzt wurden. Die drei Schwerpunkte, die ich aus dem Bericht ersehe - es gibt natürlich auch andere Betrachtungsweisen - sind zunächst einmal die Familie und die damit verbundenen Probleme der Ehescheidungen, der sexuelle Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen und die Drogenproblematik, die heute schon sehr ausführlich hier behandelt wurde.

Wir haben alle immer den Wunsch und wir wollen natürlich intakte und ideale Familien haben. Die Realität sieht natürlich oft etwas anders aus. Zwei Drittel der Jugendlichen wünschen sich auch die Familie, bei den Mädchen ist dieser Wunsch nach der intakten Familie noch wesentlich größer. Tatsache ist, daß wir weniger Eheschließungen haben, höhere Scheidungsraten, weniger Kinder. Gerade bei den Scheidungen sind die Kinder die Hauptleidtragenden. Die Kinder werden, das

kommt aus dem Bericht auch sehr gut hervor, oft als Waffe gegen den ehemaligen Ehepartner verwendet. Die Kinder werden als persönliches Eigentum betrachtet. Die Kinder werden zwar gehört, aber die Wünsche gehen bei Auseinandersetzungen um das Haus, um den Besitz, um die Besuchsrechte usw. des Kindes weit auseinander. Ich glaube, heute ist das Zitat schon gefallen, wie der 13jährige Bursche hier sagt, ich fühle mich nur gehäkelt. Der Richter fragt mich, die Sozialarbeiterin fragt mich, ein Psychologe fragt mich, ein Sachverständiger fragt mich, ich sage allen das gleiche und im Beschluß steht dann das drinnen, was mein Vater will. Wozu fragen mich eigentlich alle?

Ich möchte aus meinem eigenen Tätigkeitsbereich einen Fall schildern, der mich auch sehr betroffen gemacht hat. Ehescheidung; die Kinder werden dem Vater zugesprochen, ein Sohn ist an meiner Schule gewesen, 13 Jahre alt. Die Mutter lebt in Wien und der Vater hat unter Androhung von Gewalt die Kinder nicht zu der Mutter gelassen. Die Kinder mußten unbedingt irgendwie einen Ausweg suchen, um zur Mutter zu kommen und sind eben mit der Situation vor den Vater getreten, sie möchten ins Hallenbad baden fahren. Das war jeden Samstag. Was haben sie gemacht? Sie haben sich in den Zug hineingesetzt, sind zur Mutter gefahren, haben die Badesachen naß gemacht und sind dann wieder zum Vater nach Hause. Es hat sich sogar noch gesteigert, sodaß, als der Vater sehr gewalttätig wurde, während der Unterrichtszeit die Sozialarbeiter der Bezirkshauptmannschaft gekommen sind und mit Beschluß des Gerichtes diesen 13jährigen Knaben aus der Klasse herausgeholt und dann in ein Heim gegeben haben. Der ist vor mir gestanden, ich sollte ihm irgendwie Trost zusprechen. Ich konnte es nicht und ich hatte genauso Tränen in den Augen wie er. Man muß sich das vorstellen: Du wirst aus der Klasse herausgeholt, weil der Vater gewalttätig ist, weil es kein ordentliches Elternhaus mehr gibt. Gottseidank hat sich bei ihm, das habe ich später gehört, das wiederum zum Guten gewendet, weil die Großeltern hier eingesprungen sind, aber es war für mich damals eigentlich so das direkte Erlebnis, was bei einer Scheidung herauskommen kann. Die Kinder werden dann nicht mehr als eigenständige Persönlichkeit angesehen, die Scheidungsrichter sehen in erster Linie die finanziellen Regelungen, das Besuchsrecht, wem "gehört" das Kind usw., das wird alles in einem Paket behandelt. Scheidungsverfahren ziehen sich ja wirklich sehr lange hin. Hier fordert die Kinder- und Jugendanwaltschaft berechtigt, daß drei Monate nach Einreichung der Scheidung eine Entschei-

dung über die Obsorge getroffen wird, damit man nicht diese großen Paketlösungen, wem der Batedeich und alles weitere gehört, hier mit abwartet. Es gibt in diese Richtung schon Versuche.

Ein zweiter Bereich, den ich auch ansprechen möchte, das ist der sexuelle Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen, die schändlichste Form des Verbrechens an Leib und Seele eines Kindes oder eines Jugendlichen. Wir hatten vor zirka 14 Tagen in dieser Richtung auch in den Medien eine groß angelegte Berichterstattung. Kurzfristig ist das sehr interessant für die Medien, auch vielleicht für den Zeitungsleser und für den TV-Betrachter, aber dann verschwindet das Ganze wiederum sang- und klanglos. Wir entrüsten uns nur darüber. Eine unrühmliche Sache war überhaupt dann das Freizeichen im ORF, wo die Kinder gefragt wurden, ob sie wüßten, daß der Vater auch zugleich ihr Großvater sei. Dann aber gehen wir schon zur Tagesordnung über.

Diese schändlichen Verbrechen spielen sich meist leider Gottes im Verwandten- und Bekanntenkreis ab. Es ist gar nicht so sehr der Sexualatentäter, der in einer finsternen Ecke lauert, obwohl auch hier Aufklärung sehr notwendig ist. Die Zahlen, die hier genannt werden, sind leider Gottes nur die Spitze eines Eisberges und der Kinder- und Jugendanwalt Dr. Launsky-Tieffenthal sagt, daß die Dunkelziffer bei sexuellem Mißbrauch von Kindern bei 95 % liegt. Und der Kinder- und Jugendanwalt behandelt eben Fälle wie den eines 17jährigen Mädchens, das vom Stiefvater und dessen Freunden sexuell belästigt wird. Die Mutter schweigt dazu, sie hat nichts gesehen. Oder etwa einen anonymen Anruf einer Nachbarin. Sie vermutet, daß zwei Kinder vom Kindesvater sexuell mißbraucht werden. Man könnte hier sehr viele Dinge anführen. Ich glaube, wir müssen ein verstärktes Bewußtsein bei den Erwachsenen schaffen. Lehrer, Kindergärtnerinnen, Erzieher, Eltern, alle, die in irgendeiner Form mit Kinderbetreuung zu tun haben, sollen hier Veränderungen beachten. Es geht hier nicht um das Vernadertum, daß man jemanden etwas unterstellt. Es geht hier vielmehr tatsächlich um eine sorgfältige Beobachtung der Kinder, zum Schutz unserer Kinder vor schweren seelischen und körperlichen Schäden. Es ist sehr lobenswert, daß hier die Anwaltschaft eine Diskussionsreihe veranstaltet unter dem Titel "Gewalt und sexueller Mißbrauch", die derzeit in den Landesvierteln gestartet wird und ich hoffe, daß das auch auf fruchtbaren Boden fällt.

Zuletzt noch zur Sucht- und Drogenproblematik. Es wurde heute schon sehr viel darüber gesprochen. Man kann nicht nur den Kindern oder den Jugendlichen die Schuld in die Schuhe schieben, sondern es ist, glaube ich, auch ein gesellschaftliches Problem. Man sagt halt, den Kindern geht es besser als je zuvor, Jugendliche wollen keine Pflichten übernehmen, sie sollen einmal ordentlich arbeiten usw. Dabei lebt gerade der heutige Jugendliche in einem Spannungsfeld zwischen frühem Erwachsenwerden und vielen oft negativen Einflüssen. Er kann sich eigentlich nicht richtig orientieren. Und dieser Abschnitt, der sehr wichtig ist für den Jugendlichen, der verleitet auch zum Experimentieren, zur Neugierde nach neuen Dingen. Dazu kommen vielleicht auch noch Schwierigkeiten im Elternhaus oder andere Dinge. Hier muß man den Jugendlichen entgegenkommen. Manche flüchten in eine Scheinwelt, die Bereitschaft, zu Alkohol und Drogen zu greifen, wird immer größer. Es wurde heute auch schon ausgeführt, daß die Drogenproblematik immer weiter heruntergeht im Lebensalter. Ja sogar schon ab dem Alter von etwa zehn Jahren sind Therapiepatienten zu verzeichnen. Die Problematik ist nämlich die, daß man früher schwieriger an die Droge herangekommen ist. Heute ist es umgekehrt, der Jugendliche muß Nein dazu sagen. Denn wir kennen alle diese Fälle, daß nicht nur in irgendwelchen obskuren Lokalen die Droge verbreitet wird, sondern auch schon, wie man aus den Medien erfahren konnte, vor Schulen, in Diskotheken und dergleichen mehr. Und hier muß man eigentlich die Willensstärke der Jugendlichen dann fast bewundern, wenn sie sagen, geh' weg mit diesem Zeug.

Das Schlimme an dieser ganzen Drogenproblematik ist, daß das Abgleiten in dieses Milieu nicht von heute auf morgen geht, sondern ein sehr langsamer Vorgang ist. Die Eltern bemerken das oft gar nicht. Der Nachteil dabei ist, daß man hier sehr, sehr schwer herauskommt.

Für mich ist sehr wichtig bei all diesen Dingen, daß die Jugendanwaltschaft hier eine Vernetzung der gesamten Systeme und Möglichkeiten in unserem Bundesland ausschöpft. Denn es ist ja Tatsache, daß gerade auf diesem Gebiet sehr, sehr viele Institutionen arbeiten, zum Teil sehr erfolgreich arbeiten. Es gibt sehr viele freiwillige Helfer auf diesem Gebiet. Auf der anderen Seite aber geht die Vernetzung von all diesen Institutionen vielleicht nicht so vonstatten wie gewünscht. Im Jahre 1994 hat die Jugendanwaltschaft zum Beispiel den Versuch gestartet, auch bei den Jugendrichtern, aber auch aus anderen Bereichen, die Leute einmal an

einen Tisch zu bekommen, um über diese Dinge zu reden. Und ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß jede Institution deshalb nicht alles neu erfinden muß, sondern daß man diese Synergieeffekte, die es schon gegeben hat, daß man die eben ausnützt. Das Nebeneinander soll verhindert werden. Wesentliche Aufgabe der Kinder- und Jugendanwaltschaft wird es auch in Zukunft sein, diese Vernetzung zu betreiben.

Das Wissen um andere Institutionen, das Wissen um deren Kompetenzen, ihre Grenzen, ihre Möglichkeiten ist wichtig; das Vertrauen in die Kompetenz der anderen. Und ich glaube, hier hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr wertvolle Arbeit geleistet. Ich sehe das vielleicht nicht ganz so wie meine Vorrednerin, daß hier die Jugendanwaltschaft nicht auch aus der Erfahrung heraus, aus den sehr, sehr vielen Fällen, die sie im ganzen Jahr behandelt, Empfehlungen abgeben kann, die natürlich die Ausschüsse und alle anderen Gremien behandeln müssen, um dann eben wiederum in den Landtag zu kommen oder eben auf einer anderen gesetzlichen Basis bearbeitet zu werden. Daher möchte ich den Mitarbeitern und dem Kinder- und Jugendanwalt selbst hier ein recht herzliches Dankeschön sagen für die wirklich sehr gute Arbeit, die geleistet wurde. Hätten wir diese Kinder- und Jugendanwaltschaft in Niederösterreich nicht, wir müßten sie erfinden. Ich möchte nochmals diesen Dank aussprechen und feststellen, daß wir seitens der ÖVP den Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, die Frau Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. LEMBACHER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Frau Abgeordnete Auer hat den Antrag auf eine getrennte Abstimmung über den Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz gestellt. Sie wünscht eine getrennte Abstimmung über den Punkt 4.2 und über den 8. Punkt auf Seite 43, das dritte Sternchen (*).

Ich lasse zuerst über diesen Punkt 4.2 und über Seite 43, 8. Punkt, abstimmen und sodann über den gesamten vorliegenden Bericht.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Bericht, Punkt 4.2 und 8. Punkt auf Seite 43): Mit den Stimmen der ÖVP, der FPÖ und des Libera-

len Forums angenommen! (*Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF; Ablehnung SPÖ.*)

(*Nach Abstimmung über den Bericht des Sozial-Ausschusses als Ganzes, jedoch ohne beide vorgenannten Punkte*): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klupper, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 290/B-5/2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 290/B-5/2 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Österreichische Donaukraftwerke AG. An der DOKW ist die EVN mit insgesamt 1,67 % beteiligt. Der Prüfzeitraum umfaßt die Jahre 1992 und 1993. Der Prüfbericht, wie er auch hier vorliegt, wurde dem Nationalrat sowie den Ländern Wien, Oberösterreich, Burgenland und Niederösterreich zugemittelt. Die Schwerpunkte der Prüfung lagen im Bereich der Organisation, der Rationalisierungsbestrebungen beim Personalwesen und der Nutzung von Alternativenergien. Auch einzelne Kraftwerksprojekte wurden durch den Rechnungshof überprüft.

In den Schlußbemerkungen des Berichtes werden Empfehlungen in insgesamt neun Punkten zusammengefaßt. Diese Empfehlungen sind nach Ansicht des Rechnungshofes zu beachten, um für die Herausforderungen des europäischen Marktes auch gerüstet zu sein. Ich darf namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Österreichische Donaukraftwerke AG wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und danach die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Österreichische Donaukraftwerke AG bis zum heutigen Tage sieht die Verteilung des Grundkapitals wie folgt vor: Niederösterreich ist nur mit 1,67 % beteiligt, wie schon der Berichterstatter hier ausgeführt hat. Ich darf die anderen Anteile hier vortragen: Die Verbundgesellschaft hält 95,22 %, Wien 2,8 %, Oberösterreich 0,78 % und das Burgenland 0,25 %. Die wirtschaftliche Entwicklung sieht wie folgt aus: Von 1982 bis 1991 investierte das Unternehmen S 8.343.000.000,-. Die Kostenbeteiligung an dieser Summe betrug durch die Republik S 1.500.000.000,-. Durch die Schuldenübernahme von S 2.381.000.000,- S von der Verbundgesellschaft im Zuge der Kapitalherabsetzung ist eine jährliche Kostenbelastung von S 137.000.000,- verursacht worden, die sich letztlich in einer Erhöhung der Stromerzeugungskosten je Kilowattstunde um 7 % niederschlägt.

Der Bericht über die Organisation liest sich wie ein schlechter Scherz. Derartiges ist, glaube ich, nur in einem verstaatlichten Betrieb möglich. In neun Jahren wurden 30 Organisationsänderungen vorgenommen, also fast alle drei Monate eine. Die Effizienz dieser Umstellung, meine Damen und Herren, liegt auf der Hand. Es war wahrscheinlich eine eigene Organisation für die Organisationsänderungen hier notwendig.

Das Unternehmen verfügte im Prüfungszeitraum über keine Koordination der Arbeitsabläufe, hatte 55 Abteilungen und Referate sowie 15 Doppelbesetzungen von leitenden Angestellten. Laut Prüfbericht wären rund 250 Dienstnehmer einzusparen gewesen. Die Realität hat anders ausgesehen. Von 1985 bis 1991 gab es eine Personalzunahme von 8 % oder 49 Dienstnehmern, obwohl in diesem Zeitraum kein Kraftwerk in Betrieb gegangen ist. Der Rechnungshof bemängelt in diesem Zusammenhang auch den Reformwillen der Unternehmensleitung. In einer Aussendung vom 5. April 1995 hat die Donaukraft mitgeteilt, daß auf die Vorwürfe bzw. Empfehlungen des Rechnungshofes reagiert wurde. So wurden sämtliche Hauptabteilungen aufgelassen, sowie die Abteilungen und Referate von 50 auf 19 reduziert. Der Personalstand wurde seit dem Prüfungszeitraum 1991 um 17 % herabgesetzt. Die vom Rechnungshof kritisierte Doppelbesetzung in der Steuerung des Kraftwerksbetriebes gibt es nun auch nicht mehr. Seit Jahresbeginn 1995 wurde auf Ein-Mann-

Schichtbetrieb umgestellt. Die kritisierten freiwilligen Sozialleistungen wurden seit 1985 um 18 % verringert, betragen aber immer noch 60.000,- S pro Kopf - ein Traum für jeden Arbeitnehmer.

Ein weiterer Kritikpunkt des Rechnungshofes betrifft die Lehrwerkstätten. Es ist sicher wirklich nicht vertretbar, daß jährlich 16 Millionen Schilling für nur 30 Lehrlinge ausgegeben werden. Pro Lehrling sind das immerhin 500.000,- S, die an Kosten hier aufgebracht werden müssen. Da lobe ich mir das duale Ausbildungssystem, Praxis im Betrieb, Lernen in der Berufsschule.

Laut Kurzinformation der Donaukraft war das Jahr 1994 ein sehr gutes Geschäftsjahr. Die Umsatzerlöse stiegen 1994 um 3,9 % auf über 3 Milliarden Schilling. Der Jahresüberschuß gegenüber 1993 um knapp ein Drittel, genau um 32,6 % auf 283 Millionen Schilling. Die gesamten Investitionen betragen im Vorjahr rund 2,4 Milliarden. Auf der derzeit größten Baustelle Österreichs, dem Donaukraftwerksbau Wien-Freudenau schritten die Arbeiten 1994 plan- und termingemäß voran. Bisher wurden in den Bau rund 5,5 Milliarden Schilling investiert und es wurden weitere Bestellungen und Aufträge über 5,1 Milliarden getätigt. Die Donaukraft hat für das laufende Jahr 1995 Investitionen von insgesamt 3,7 Milliarden Schilling vorgesehen, davon entfallen 2,65 Milliarden auf den Bau des Kraftwerkes Wien-Freudenau, 550 Millionen auf Ybbs-Persenbeug, 130 Millionen auf Ersatz- und Ergänzungsmaßnahmen sowie 370 Millionen auf Investitionen in das Finanzanlagevermögen.

In den Schlußbemerkungen des Rechnungshofes, die vom Berichterstatter bereits angesprochen wurden, wurde dem Unternehmen empfohlen, die Baggerarbeiten, aber auch viele andere Tätigkeiten an Private zu vergeben, weil das viel billiger kommen würde. Die Eigenleistungen wären auf das unbedingte erforderliche Mindestmaß zugunsten der Fremdvergabe zurückzunehmen. Die Vorstandsverträge sollten auf leistungsorientierte Bezugssysteme umgestellt werden, um Vorkommnisse, wie im Bericht beschrieben, nicht mehr entstehen zu lassen.

Hoher Landtag! Ich möchte aus aktuellem Anlaß einen Resolutionsantrag zur DDSG einbringen und begründe dies auch mit der großen Dringlichkeit. Wir haben in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen, daß die Donaukraft zu sperren will, im "Profil" steht zum Beispiel, "Donaufahrten werden nicht verkauft, sondern versenkt. Damit endet ein unendliches Verlustspekta-

kel." Im Bericht wird die Entwicklung der letzten 20 Jahre angeführt, daß also fünf Milliarden Schilling an Zuschüssen bereits gegeben wurden, daß man hier eine falsche Politik gemacht hat. Im Nachhinein ist es natürlich leichter zu kritisieren, aber zum Beispiel hat allein die "Mozart" Abgänge von 400 Millionen Schilling gebracht. Und so geht es weiter, daß eben dann der "Leider-nein-Donauprinz" Androsch mit dem Bundeskanzler nicht sehr gut umgeht. Ich glaube daher, im Streit zwischen Vranitzky und Androsch darf Niederösterreich nicht auf der Strecke bleiben. Und daher darf ich hier berichten, daß Landesrat Gabmann sofort, als er gehört hat, daß der Aufsichtsrat der DDSG die Liquidation der DDSG empfohlen hat - es soll nächste Woche am Montag bereits die diesbezügliche Sitzung stattfinden - am 10. Mai dem neuen Bundesminister Staribacher einen Brief geschrieben und um ein Gespräch angesucht hat. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir am 1. Juli 1993 bereits hier im Landtag Beschlüsse gefaßt haben, daß das Land sich hier beteiligen will. Jedenfalls hat sich der Herr Minister tagelang nicht gerührt und nun haben wir bis heute keinen Gesprächstermin. Wir wollen helfen, das Land ist bereit, hier den Beitrag zu geben. Wir wollen auf jeden Fall einmal die Länderechte. Ich habe daher einen Resolutionsantrag vorbereitet, dem nun alle Mitglieder, alle Fraktionen dieses Landtages, beigetreten sind (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Hoffinger, Dr. Bauer, Dkfm. Rambossek, Ing. Dautzenberg, Dipl.Ing. Toms, Hrubesch und Moser zum Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Donaukraftwerke AG, Ltg. 290/B-5/2.

Das Land Niederösterreich hat großes Interesse am Bestand und der Fortführung der Personenschiffahrt auf der Donau im Gebiet Wien und Niederösterreich. Damit ist eine besondere Förderung des Tourismus und der regionalen Entwicklung in strukturschwachen Gebieten verbunden.

Aus diesen Gründen hat sich bereits der Landtag von Niederösterreich am 1. Juli 1993 mit der Frage der Erhaltung der DDSG-Personenschiffahrt befaßt und die Landesregierung aufgefordert, die nötigen Schritte zu setzen, um den Weiterbestand eines regelmäßigen Personenschiffverkehrs auf der Donau zu gewährleisten.

Die NÖ Landesregierung ist umgehend tätig geworden und hat mit dem Eigentümervertreter Bund seither eine Reihe von Gesprächen - auch

in Zusammenhang mit diversen privaten Übernahmeinteressenten - geführt, die allerdings deswegen nicht zum Ziel geführt haben, weil der Bund über einen Verkauf der DDSG-Personenschiffahrt an einen Privaten keine Entscheidung getroffen hat.

Im Einzelnen bestand das Angebot des Landes Niederösterreich für jeden Kaufinteressenten darin, erforderliche Investitionen maßgeblich zu unterstützen, wenn im Gegenzug dazu zur Wahrung der Binnenschiffahrt die Länderechte dem Land Niederösterreich übertragen werden. Letztendlich wurde dieses Angebot nach der Umbildung in der Bundesregierung auch dem neuen Eigentümervertreter, Bundesminister Dr. Andreas Staribacher, am 10. Mai 1995 mit der Bitte um Rückantwort oder einen Gesprächstermin übermittelt. Trotz mehrfacher telefonischer Urgenzen wurde auf das Anbot Niederösterreichs nicht eingegangen.

Aus den Medien ist zu entnehmen, daß in der Hauptversammlung der DDSG am 22. Mai 1995 die Liquidation der DDSG-Donaufreisen GesmbH. beschlossen werden soll. Die Auflösung der DDSG hätte unabsehbare volkswirtschaftliche Nachteile für die Donauregion und steht diametral im Gegensatz zum Donauraumkonzept des Bundes.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, ihre intensiven Bemühungen weiterzuführen, um beim Bund vor Beschlußfassung durch die Hauptversammlung über eine allfällige Liquidation der DDSG-Donaufreisen GesmbH. doch noch den Fortbestand der Personenschiffahrt auf der Donau zu sichern."

Ich darf Sie, meine Damen und Herren ersuchen, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen. Dem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes wird meine Fraktion zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Das Studium dieses Berichtes liest sich eigentlich wie eine Horrorzeitschrift. Wenn man sich das vorstellt, noch dazu unter dem originellen Aspekt, daß jetzt eine Strompreiserhöhung durch-

gesetzt wird, dann muß ich sagen, fehlt eigentlich wirklich nicht mehr viel, um das Ganze staatsanwaltsreif zu machen. Was man hier drinnen liest - ich habe mir einige Sachen herausgeschrieben, mein Vorgänger hat ja schon sehr viel erwähnt, das möchte ich daher nicht wiederholen. Aber daß man sagt, 25 % zuviel Personal und das, obwohl 152 Leute ausgelagert wurden in eine Tochter-Gesellschaft, die nach wie vor zu 100 % der DOKW gehört und keinen Umsatz macht, bitte also wieder erhalten wird durch Subventionen, dann muß ich sagen, daß ich es auch nicht verstehe, daß das Land Oberösterreich, Niederösterreich und Wien keine Stellungnahme abgibt. Auch wenn man nur 1,25 % hält. Hier geht es ja nicht um aktienrechtliche Belange, sondern um die Belange unserer Bürger, die den Strompreis bezahlen müssen. Und da verstehe ich nicht, daß man sich zurückhält.

Ich verstehe auch nicht, daß eine Gesellschaft, die eigentlich weltweit eine enorme Reputation hat - und das ist unbestritten - die als Köhner im Kraftwerksbau sehr viel geleistet hat, sich dann in einem Bericht so verreißen lassen muß, anders kann ich das nicht formulieren, weil es ja überhaupt keinen Bereich gibt, wo der Rechnungshof nicht "Katastrophe" sagt. Und das, glaube ich, hätte das Land Niederösterreich zu einem Aufschrei bringen müssen. Ich glaube auch, daß, wenn man liest, daß Vorstände, wenn sie nur einen Tag länger im Vorstandsvertrag bleiben als eine Periode, volle Pension bekommen und dabei aber sofort wieder Prokuristen mit vollem Gehalt in der gleichen Gesellschaft werden können, jedem Steuerzahler dann das Verständnis fehlen muß. Und das ist immer wieder dort zu finden, wo wir Gesellschaften politikernah führen, wo Parteien mitreden, wo Versorgungsposten gesucht werden. Diese Versorgungsposten finden wir ja überall. Ob das bei der Marchfeldkanal Gesellschaft ist, oder ob es jetzt bei der Nationalparkplanung ist, die ganze Sache spielt sich immer wieder ab. Ich habe heute ein Beispiel im "Kurier" gelesen. Sie kennen ja meine Meinung über den Nationalpark. Deshalb werde ich auch jetzt voll angegriffen. Gottseidank nimmt mich endlich jemand zur Kenntnis. Mich stört das überhaupt nicht. Aber grundsätzlich ist es so, wenn man sich das jetzt durchliest, daß ein Professor der TU-München dazu meint, ich zitiere wörtlich: "Ich möchte dringend davon abraten, der Scharlatanerie eines völlig außerhalb der Fachwelt stehenden Professors weiterhin Raum zu geben." Bayern wird eine Staustufenlösung forcieren. Bitte, es geht jetzt nicht um den Ogris von der Austria, sondern um einen anderen, der wird damit gemeint. Und so

schaut es dann bei uns mit den Fachleuten aus, die grundsätzlich herangezogen werden. 40 Millionen werden ausgegeben für Untersuchungen. Jetzt muß man eine neue Untersuchung zahlen, weil man immer noch nicht entscheiden will. Und wenn ich dann sehe, welches Fachwissen in einer DOKW liegt, dann verstehe ich nicht, daß wir auf solche Expertisen angewiesen sind.

Ich möchte noch etwas sagen: Die Angriffe, die jetzt kommen, die Briefe, die ich bekomme, die zeigen eine derartige Intoleranz, und zwar nicht, weil ich mich jetzt fürchte, sondern weil überhaupt niemand bereit ist, zwischen Nationalpark-Nein und totalem Verbetonieren zu unterscheiden. Bitte, zwischen Naturschutz, Nationalpark und Beton gibt es ja einen Spielraum an Möglichkeiten, das wollen diese Fanatiker nicht zur Kenntnis nehmen. In Bayern anscheinend doch, Gottseidank, und vielleicht lernen wir davon.

Ich möchte jetzt noch kurz zu dem Antrag kommen. Ich werde alle Zahlen, die ich mir hergerichtet habe, jetzt nicht wiederholen, weil mein Vorredner Gottseidank das alles aufgezeigt hat. Die DDSG wurde hier wirklich erkannt als eine historisch-touristisch unheimlich wichtige Einrichtung. Und wir haben alle einheitlich dafür gestimmt. Ich glaube, man kann es auch nicht so verniedlichen, daß man jetzt sagt, das entsteht durch ein Geplänkel zwischen einem Mächtgern-Politiker und einem Politiker. So kann es auch nicht sein. Wir sind für die Liquidation der DDSG. Wir hätten uns aber wirklich vorgestellt, daß die Verantwortlichen für eine ordentliche Überleitung und eine Weiterführung in eine Gesellschaft, so wie wir es hier beschlossen haben, Sorge tragen und dem zustimmen.

Und ich glaube, es ist nicht zu spät. Denn grundsätzlich steht das Land dazu, Wien steht dazu, und Oberösterreich, wie ich gehört habe. Da müßte ja mit aller Macht auch durch eine Aktivität der NÖ Landesregierung die Weiterführung der Personenschiffahrt gesichert werden. Ich kann mir eine Donau ohne Personenschiffahrt und ich würde fast sagen, ohne österreichische Personenschiffahrt, nicht vorstellen. Das darf ja nicht wahr sein, daß jemand aus Deutschland kommt und jetzt das dicke Geld macht und uns zeigt, wie unfähig wir waren. *(Beifall im Hohen Hause.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich unterscheide mich etwas von meinem Vorredner, denn ich meine, daß der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Österreichischen Donaukraftwerke durch ein Merkmal gekennzeichnet ist, das aber zahlreichen Berichten österreichischer Kontrollinstanzen gemein ist. Nämlich, daß das Prüfungsergebnis, das wurde heute auch schon erwähnt, bezogen auf das Ende des Prüfungszeitraumes bedauerlicherweise jeweils mit einiger Verspätung vorgelegt wird. Die Folge davon ist, wie das Beispiel Donaukraftwerke beweist, daß wir heute, Mitte 1995, über einen Status von 1991 zu befinden und zu diskutieren haben. Ich glaube, in einer bewegten Zeit der wirtschaftlichen Veränderungen wäre es wünschenswert, wenn die Prüfberichte weniger statisch gestaltet werden, sondern in diesen die dynamische Entwicklung viel mehr berücksichtigt wird.

Ich glaube auch, nur dadurch kann es gelingen, daß aufgetauchte Kritik nicht noch weiter im negativen Sinn überholt werden kann und der Handlungsbedarf sodann größer wird. Ich glaube, dadurch könnte es gelingen, darzustellen, daß auch aufgetauchte Kritik im positiven Sinne überholt wurde und sich daher vielfach erübrigt hat. Und so gesehen muß zum vorliegenden Bericht über die Donaukraftwerke AG festgestellt werden, daß seit 1991 eben einige Kritikpunkte, wenn man sich dafür interessiert hat, des Rechnungshofes als im positiven Sinn erledigt betrachtet werden können. Es wurde etwa die Organisationsstruktur deutlich abgespeckt. Ich bin auch informiert worden, daß sämtliche Hauptabteilungen aufgelassen wurden, daß die Zahl der Abteilungen und Referate von 50 auf 19 reduziert wurde, womit eigentlich die von den Prüfern empfohlene Zahl von weniger als 20 erreicht wurde. Ich habe mich auch überzeugt und habe das einer Presseaussendung anlässlich der Bilanzpressekonferenz entnehmen können, daß der Personalstand um 17 % verringert wurde und damit auch die vom Rechnungshof, wie Kollege Ing. Dautzenberg es schon erwähnt hat, langfristig geforderte Personaleinsparung von 25 % entsprechend eingeleitet wurde. Die auch schon heute erwähnten und kritisierten Doppelbesetzungen in der Steuerung der Kraftwerksbetriebe sind seit Jahresbeginn 1995 auch auf Ein-Mann-Schichtbetrieb umgestellt worden. In diesen Punkten und in einigen mehr wurden durch die Kontrolle des Rechnungshofes Mißstände aus betriebswirtschaftlicher Sicht sicherlich beseitigt.

Übrig bleibt jedoch aus dem DOKW-Bericht sicherlich der bittere Beigeschmack, daß es sich im Verbundkonzern nach wie vor wie im Schlaraffenland paradiesisch lebt. Übrig bleibt die Frage, ob der Verbundkonzern deshalb eine Strompreiserhöhung braucht. Übrig bleibt die notwendige Feststellung, daß Wirtschaftsminister Ditz als erste ministerielle Handlung mit weitreichenden Auswirkungen einen Großteil der österreichischen Stromkunden zur Kasse bittet: Meine sehr geehrten Damen und Herren und das unter dem Gesichtspunkt, daß der Rechnungshof laufend die Großzügigkeit des Arbeitgebers Verbundkonzern kritisiert, sowie im Verbundkonzern jeweils auch ein Personaleinsparungspotential ortet. Und das unter dem Gesichtspunkt, daß die österreichische Verbundgesellschaft für 1994 als Hauptaktionär von den Donaukraftwerken eine Dividende von 37 % oder rund 280 Millionen Schilling kassiert!

Hohes Haus! Wir haben auf der einen Seite die laufenden Feststellungen des Rechnungshofes über das fürstliche Bezugsniveau im Verbundkonzern - der Bericht über die Donaukraftwerke legt den durchschnittlichen Jahresbezug eines Angestellten im Jahre 1991 mit rund 566.000,- Schilling offen und stellt fest, daß damit das durchschnittliche Industriearbeitereinkommen in unserem Land um 70 % übertroffen wurde. Auf der anderen Seite haben wir einen ÖVP-Wirtschaftsminister, der, nur wenige Tage im Amt, die Bevölkerung mittels des Strompreises zur Kasse bittet. Auf der einen Seite haben wir die Feststellungen des Rechnungshofes im Donaukraftwerksbericht, daß 61 Sondervertragsinhaber einen durchschnittlichen Firmenpensionszuschuß von rund 700.000,- Schilling je Kopf und Jahr erhalten. Das wurde heute noch gar nicht gesagt. Auf der anderen Seite haben wir aber ein Sparpaket unserer ÖVP/SPÖ-Bundesregierung zu Lasten unserer Kinder, welches zur Folge hat, daß in den Bundesschulen Wandertage, Projektwochen und Skikurse gestrichen werden müssen. Auf der einen Seite haben wir einen Bundeskanzler, der seine Wahlversprechen vergißt, eine Regierung, die dem Nobelpreis für Belastungsregierungen zusteuert, die beabsichtigt, bei den heimischen Arbeitnehmern das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gigantisch zu besteuern. Eine Regierung, die mit 1. Mai die Autofahrer und Heizölverbrenner mit der Mineralölsteuererhöhung empfindlich getroffen hat. Eine Regierung, die auch mit einer Energiebesteuerung von Gas und Strom Anfang des nächsten Jahres ihre Schröpfaktionen fortzusetzen beabsichtigt. Das ist die eine Seite. Und auf der anderen Seite haben wir auch noch einen Innenminister, der sich zunehmend als

Ausländerminister etikettiert und einem gesetzlich verankerten Mindestlohn für illegal in Österreich beschäftigte Ausländer das Wort redet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kann Ihnen sagen, einer derartigen Politik, einer derartigen Umverteilungsutopie werden wir Freiheitlichen sicherlich nie zustimmen und ich bin sicher, daß uns die Bevölkerung dazu im verstärkten Ausmaß legitimieren wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! Der Rechnungshofbericht über die Donaukraftwerke AG zeigt aber auch auf, daß die Stromkunden bereits 1988 zum Stopfen der Budgetlöcher auf Bundesebene herangezogen wurden. So hat die Verbundgesellschaft damals einen Teil ihres Kaufpreises von 6 Milliarden Schilling für die Anteile der Republik Österreich an den Elektrizitätssondergesellschaften über eine Kapitalherabsetzung bei der Donaukraftwerke AG refinanziert. Die Folgen der damaligen Finanztransaktion des Verbundkonzernes waren bei der Donaukraftwerke AG Kostenbelastungen durch Schuldübernahmen, höhere Stromerzeugungskosten und letztendlich als Auswirkung auf die Bürger Strompreiserhöhungen. Mit anderen Worten, die Bevölkerung wurde über den Strompreis zum Stopfen der Budgetlöcher des Bundes mit 6 Milliarden Schilling zur Kasse gebeten.

Der Rechnungshofbericht weist ferner aus, daß die Donaukraftwerke AG für die Planung und Projektierung des Donaukraftwerkes Hainburg mehr als 400 Millionen Schilling aufgewendet hat, die als verlorener Projektierungsaufwand indirekt den Strompreis, aber auch - das sage ich ganz bewußt - die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung beeinflusst haben. Wie bekannt, hat die Donaukraftwerke AG auch Machbarkeitsstudien für den weiteren Donauausbau östlich von Wien ausgearbeitet. Der diesbezügliche Bericht, der sowohl die Einstufenlösung Engelhartstetten als auch die Zweistufenlösung Wildungsmauer/Wolfsthal - Bratislava II enthält, liegt seit März 1989 beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Eine Entscheidung darüber, wie aus dem Bericht des Rechnungshofes hervorgeht, wurde bis zur Vorlage der Ergebnisse der Nationalparkplanung Donau-March-Thaya-Auen zurückgestellt. Hohes Haus! Die seinerzeitigen Aussagen des obersten Nationalparkplaners Dr. Reinhold Christian wörtlich: "Wo ein Kraftwerk ist, da kann kein Nationalpark sein", baut auf den Endbericht der Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft bzw. dem Konzept für den Nationalpark Donauauen auf. Diese Aussage stützt sich aber - und Kollege Ing. Dautzenberg hat dazu schon gesprochen - was die Sohle stabilisierung betrifft, auf die Exper-

tenmeinung von Herrn Univ. Prof. Harald Ogris vom Institut für konstruktiven Wasserbau der Technischen Universität. Prof. Ogris vertritt die Ansicht, daß durch 3,5 Millionen Kubikmeter Grobkornzugabe die Stabilisierung der Donau unterhalb von Wien erreicht werden kann, daß die Donausohle zwischen Wien und Preßburg also mit Grobkorn gepanzert werden soll. Und weiter, daß zusätzlich noch Buhnen gebaut werden müßten, um den für die Schifffahrt notwendigen Wasserstand zu erreichen. Anderenortes, in Bayern etwa, ist man nach einer wissenschaftlichen Überprüfung durch acht Sachverständige und die Versuchsanstalt für Binnenschiffbau erst vor kurzem zu dem Ergebnis gekommen, daß die Ogris-Methode keine realistische Alternative zur Staustufenlösung für den dortigen Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen im Interesse der Schifffahrt ist. Ich zitiere aus den mir vorliegenden Unterlagen: Alle Sachverständigen kommen in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, daß das Gutachten von Prof. Ogris einer sachlichen Überprüfung nicht standhält. Die von Ogris vorgeschlagene Bauweise sei technisch nicht machbar und stelle aus verkehrs-/wasserbaulicher, ökologisch-landeskultureller und wasserwirtschaftlicher Sicht keine realistische Alternative zum staugestützten Ausbau dar. Keiner der befaßten Wissenschaftler hält die Bauweise nach dem Vorschlag von Ogris für erfolgversprechend und für die bayerische Donau geeignet. Im Gegenteil, eindringlich wurde vor den Risiken dieser Bauweise gewarnt. Nach dem Urteil der Experten käme sie im übrigen auch nicht, wie von Ogris dargelegt, billiger als der von der Rhein-Main-Donau AG vorgesehene Ausbau mit zwei Staustufen. Es wird dann dargestellt in diesem Bericht, daß es sich auf jeden Fall um die gleiche Methode handelt, die Prof. Ogris für die Donau von Wien bis Preßburg dargestellt hat. Ich darf dann ausschnittsweise noch kurz zitieren: Die Gutachter gehen davon aus, daß die von Ogris vorgesehene Einbringung einer lediglich 30 cm starken Schicht aus Steinen nicht ausreicht, um eine Erosion der Flußsohle zu verhindern. Hinsichtlich der Buhnenwirkung stellen die Wissenschaftler fest, daß sich der von Ogris an einem kleinen Modell durchgeführte Versuch nicht auf die Donau übertragen läßt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das vorher Gesagte, das Zitierte müßte uns nachdenklich stimmen, müßte Anlaß sein, zu überdenken und zu prüfen, ob das bisherige Nationalparkkonzept trotz 40 Millionen Schilling Steuergeldausgaben nicht auf sehr wackeligen Beinen steht. Ich nehme diesbezüglich auf eine Presseaussendung der Nationalpark-Vorbereitungskommission

vom 16. Dezember 1993 unter dem Titel "Nationalpark-Vorbereitungskommission nimmt Bericht der Nationalparkplanung an" Bezug. In dieser Presseaussendung heißt es ganz eindeutig: "Um eine abschließende Beurteilung vornehmen zu können, sind bestimmte Themen näher zu untersuchen. Insbesondere gehören dazu die Sohle-stabilisierung, die Fahrwasserproblematik der Schifffahrt." Hohes Haus! Auf Grund der Bewertung der Ogris-Methode durch acht deutsche und österreichische Wasserbauexperten muß man heute festhalten, daß diese Themen bisher trotz des Einsatzes von 40 Millionen Schilling Steuergeld durch die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft nicht gelöst werden konnten. Ich komme zum Schluß: Wir Freiheitlichen wollen jedenfalls die Erhaltung der Aulandschaft als Erholungsgebiet, wir wollen aber auch Maßnahmen zur Erhaltung der Donau als umweltfreundlichen, internationalen Transportweg, mit denen bei möglichst geringer Belastung der Natur eine Entlastung der Straße erreicht werden kann. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Auch ich beginne so, wie etliche meiner Vorredner. Daß nämlich in den letzten Wochen die Forderung des Verbundkonzerns nach einer 2,8 prozentigen Strompreiserhöhung auch für uns Wogen geschlagen hat. Wenn wir den Bericht des Rechnungshofes über einen wichtigen Konzernteil, nämlich die DOKW diskutieren, so fällt diese Diskrepanz auf.

In diesem Bericht wird uns nämlich mitgeteilt, daß die DOKW außerordentlich erfolgreich, im Sinne des Unternehmens versteht sich, tätig waren und 1994 einen Jahresüberschuß erzielten, der den des Vorjahres noch um ein Drittel übertraf. Es wurde, wie erwähnt, eine Dividende von 283 Millionen Schilling oder 37 % des Grundkapitals an den Verbundkonzern ausgeschüttet! Schon auf den ersten Blick entsteht also der Eindruck für den Konsumenten, daß ein solcher Strompreisantrag völlig unpassend ist. Und dies ist auch unser Eindruck, Hoher Landtag! Hier gebe ich den Vorrednern, die dies zum Ausdruck gebracht haben, recht. Es wird natürlich seitens der Donaukraft argumentiert, daß die Stromerzeugungskosten je Kilowattstunde um 5,7 % gestiegen seien. Umso mehr und umso

ernster sind die Wahrnehmungen des Rechnungshofes zu nehmen, um in einem öffentlich-gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, wie es die Donaukraft ist, alle nur denkbaren sinnvollen Einsparungspotentiale wirksam werden zu lassen, und zwar im Interesse der Stromkunden.

Die Donaukraft ist sicherlich ein wichtiges und vielseitig tätiges Unternehmen, das inzwischen über den ursprünglichen Unternehmenszweck, nämlich Kraftwerke zu bauen und zu betreiben bzw. zu planen, bereits hinausgewachsen ist. Seine Investitionen stellen einen ungeheuren Impuls für die österreichische Wirtschaft dar. 1994 wurden 2,4 Milliarden Schilling investiert, 1995 werden es 3,7 Milliarden sein. Und zwar in die derzeit größte Baustelle Österreichs, das Kraftwerk Freudenua bzw. in die 7. Maschine am Kraftwerk Ybbs-Persenbeug. Da möchte ich kurz einhaken: Besonders mit dieser Verbesserung des Wirksamkeitsgrades am ältesten NÖ Donaukraftwerk folgt die Donaukraft nicht zuletzt auch einer Empfehlung des Rechnungshofes, der ja anregte, die sieben Donaustufen im Hinblick auf eine Steigerung der Leistungs- und Energiegewinne zu untersuchen. Wir stellen auch fest, daß mit diesen Investitionen nicht nur Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern auch enorme Steuerleistungen, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge erbracht werden.

Noch eine Anmerkung: Daß das Kraftwerk Freudenua die größte Baustelle Österreichs ist, bedeutet, es wird dann auch eines der größten Kraftwerke des Landes sein. Ab 1997 wird es so viel Strom liefern, daß die Hälfte aller Wiener Haushalte mit diesem Strom versorgt werden kann. Im Zusammenhang mit diesem Kraftwerksbau Freudenua merkt der Rechnungshof auch positiv an, daß durch eine offene Ausschreibung entgegen der ursprünglichen Absicht eine Einsparung von 800 Millionen Schilling erzielt werden konnte. Die Projektierungskosten für dieses Kraftwerk sind jedoch mit früheren Projekten überhaupt nicht mehr vergleichbar. Durch die hohe Vorlaufzeit und den großen Planungsaufwand machen sie 7 % der Gesamtinvestition aus. Im Vergleich dazu lag dieser Wert beim zuletzt fertiggestellten Kraftwerk Greifenstein bei nur einem Prozent. Einen schlagenderen Beweis für die geänderten Bedingungen, spricht für das gestiegene ökologische Bewußtsein, für die gestiegenen Ansprüche und das vermehrte Eingehen auf die öffentlichen Interessen kann es eigentlich nicht geben.

Es wurde schon gesagt, daß der Rechnungshof drei ganz besondere Kritikpunkte gefunden hat, die man auf einen Punkt bringen kann. Nämlich das Verlangen nach einer weiteren Straffung der Organisation, einer Senkung des Bezugs- und Sozialleistungsniveaus und weiterer Bemühungen hinsichtlich einer Leistungs- und Energiegewinnsteigerung bei den bestehenden Kraftwerksstufen. Besonders im Hinblick auf die in der derzeitigen Situation wenig erfolgreiche Diskussion über weitere Kraftwerke erscheint gerade dieser Auftrag, höhere Effizienz bei den bestehenden Anlagen durch Einbau zusätzlicher Maschinensätze zu erzielen, außerordentlich sinnvoll und von den Donaukraftwerken auch völlig richtig gesehen und betrieben. An dieser Stelle möchte ich als Wachauer Mandatar einfügen, daß wohl ein endgültiger Schlußstrich unter ein Kraftwerk in der Wachau gezogen worden ist, worüber es sicherlich keine Diskussion mehr geben kann. Bei zwei anderen Kraftwerksvorhaben, die ebenfalls nicht zustande kamen, stand die Donaukraft in öffentlicher Diskussion: Bei Hainburg und in Nagymaros.

Die Causa Hainburg, die auch eine Zäsur der gesamten österreichischen Innenpolitik und Energiepolitik darstellte, es wurde schon erwähnt, brachte der DOKW einen verlorenen Planungsaufwand von über 400 Millionen Schilling ein. Wir sehen das auch so. Geld, das natürlich schließlich vom Steuerzahler und vom Stromkunden aufgebracht werden muß. Das Engagement hingegen beim Kraftwerk Nagymaros verlief nach der nach 27-monatiger Bauzeit von Ungarn entschiedenen Baueinstellung für das Unternehmen doch positiv. Die Entgeltansprüche wurden erfüllt, es gibt also aus diesem Projekt keine nachteiligen Auswirkungen für den österreichischen Steuerzahler.

Hoher Landtag! Es wurde bereits erwähnt, daß über den ursprünglichen Unternehmensbereich der DOKW hinaus diese sich nun immer mehr auch anderen Unternehmenszwecken zuwenden. So etwa abfallwirtschaftlichen, wasserwirtschaftlichen und touristischen Belangen. Hier merkt der Rechnungshof kritisch an, daß diese Bereiche nur schwer nach kaufmännischen Kriterien zu führen sein werden. Ich glaube, daß die Donaukraft auf Grund des nahezu lückenlosen Ausbaues der Donau in Österreich sehr wohl diesbezügliche Verpflichtungen hat. Ganz besonders zum Beispiel im Tourismusbereich, wo sich ja entlang der Donau der Radtourismus als ein ganz wichtiger Faktor des Fremdenverkehrs entwickelt hat, auf den unsere Gemeinden nicht mehr verzichten können. Die Anlageninstandhaltung etwa, die Adaptierung für

Freizeitnutzung sind sehr wohl wichtige begleitende Aufgaben. Angesichts der Ertragssituation der hohen Rücklagenzuführung und der hohen Gewinnausschüttungen erscheint es mir im Gegensatz zu der Kritik des Rechnungshofes durchaus vertretbar, ja sogar wünschenswert, und ich erhebe auch die Forderung, daß in diesen Bereichen weiterhin und verstärkt Aktivitäten der DOKW erfolgen sollen.

Dies gilt auch für einen anderen Bereich, für ein weiteres Engagement im ökologischen Bereich. Als Beispiel nenne ich etwas, was mir vor kurzem erst die Vertreter der Fischerei mitgeteilt haben: Die Sicherung des Fischbestandes und vor allem der gefährdeten Arten. Diese Forderungen erhebt die Fischerei zum Beispiel bei dem Wunsch nach verstärkter Errichtung von Buhnen und Steinwürfen, um Laichplätze für Fische und durch technische Einbauten auch die leichtere Wanderung der Fische zu ermöglichen. Es wird zwar von den DOKW in bezug auf Neubesatz sehr viel getan, doch greifen diese Maßnahmen nach Aussage der Fischereiverantwortlichen alleine nicht. Es müssen die Bestände gefährdeter Arten nicht nur durch das Nachbesetzen gesichert werden, sondern es müssen vor allem die erwähnten Maßnahmen ergänzt werden. Bei dieser Ertragssituation ist das sicher eine Forderung an die DOKW, die vertretbar ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, beim Rechnungshofbericht über die DOKW, auch kurz auf die Hochwasserproblematik eingehen. In der spielt natürlich die Donaukraft eine ganz besondere Rolle. Erst kürzlich führte das Land Niederösterreich in Krems eine Hochwasserenquête durch, bei der die Aufgaben der Donaukraft im Hochwasserfall eingehend diskutiert wurden. Nach dem Katastrophenhochwasser 1991 wurden seitens einzelner Gemeindevertreter massive Vorwürfe gegen die Donaukraft laut, die sogar in eine Klage der Gemeinden gegen die DOKW mündeten. Inhalt ist die "Schlammproblematik" und der Vorwurf eines Ausräumens der Stauräume mit Hilfe der Hochwasserwelle. Die Schlammablagerungen haben ja bekanntlich bei den Aufräumarbeiten und Wiederherstellungsarbeiten sich als besonders unangenehme Katastrophenfolge erwiesen. Ich schließe mich, nachdem ich mich mit der Materie nicht nur bei der Enquete, sondern früher schon jahrelang beschäftigt habe, der Meinung jener Fachleute an, die die DOKW hier von Fehlern und von Schuld freisprechen. Experten weisen nämlich nach, daß die Ablagerungen, die zu den negativen Folgen führen, nicht als Folge des Donauausbaues bezeichnet werden können.

Auch der Vorwurf einer falschen Steuerung der Hochwasserwellen in der Kette der Wehranlagen geht ins Leere. Ich habe mich überzeugen lassen, daß die DOKW hier wirklich das technisch Mögliche und Richtige getan hat. Behauptungen wie jene, man hätte aus Rücksichtnahme zum Beispiel auf die damals stattfindende Ruder-WM in Wien die oberen Stauräume absichtlich "absaufen" lassen, grenzen wirklich ans Absurde. Ein einfaches Beispiel, Hoher Landtag, zeigt, daß im schweren Katastrophenfall die Kraftwerke vor Hochwasser keinen absoluten Schutz bieten können. Folgendes Beispiel: Nimmt man an, daß der gesamte Stauraum des Kraftwerkes Altenwörth von der Staumauer bis zur Stauwurzel oberhalb der Donaubrücke Mautern vollkommen leer und trocken wäre, so würde die Hochwasserwelle des Jahres 1991, vom August 1991, diesen leeren, trockenen Stauraum innerhalb von nur zwei Stunden wieder völlig angefüllt haben. Allein dieses Beispiel zeigt, daß man dem Kraftwerksbau und der Steuerung der Wehranlagen sicher keine Schuld an den Hochwässern zuordnen kann. Hier gibt es so viele andere Faktoren, das hat ja auch diese Hochwasserenquête gezeigt, von den klimatischen Bedingungen bis hin zu den landschaftsverändernden Baumaßnahmen im alpinen Raum, die viel eher als hochwasserverstärkende Faktoren gelten. Dies muß man im Zusammenhang mit einer Debatte über die DOKW auch einmal fairerweise öffentlich aussprechen.

In dem Zusammenhang sehe ich auch eine gewisse Sorge der Anrainergemeinden, das wurde heute schon erwähnt, daß durch die Rationalisierungen auf dem Personalsektor, insbesondere bei dem 1995 eingeführten Einmann-Schichtbetrieb in den Kraftwerken wirklich Sicherheitsbedenken aufkommen. Dies bezieht sich auf die beim Rechnungshof geforderten Einsparungen. Einer der Vorredner hat es auch erwähnt, die Gemeinden sehen unter Umständen in dieser Einmann-Besetzung der großen Laufkraftwerke ein gewisses Sicherheitsrisiko. Dasselbe gilt übrigens auch für die vom Rechnungshof geforderte Verlängerung der Wartungs- und Kontrollintervalle. Hier haben die Gemeinden allen Ernstes Bedenken geäußert.

Die Personalrationalisierungen sind eine der wesentlichsten Forderungen des Rechnungshofes an die DOKW gewesen. Es wurde schon gesagt, die Antwort der DOKW, daß hier nach dem langen Berichtszeitraum längst Maßnahmen gesetzt wurden, das möchte ich heute nicht mehr wiederholen. Ich möchte aber nur auf einen Punkt eingehen, weil der Herr Kollege Hoffinger dazu Stellung

genommen hat, das ist die Lehrlingsausbildung. Er hat kritisiert, daß ein Lehrlingsplatz sozusagen eine halbe Million Schilling in etwa kostet. Ich würde es nicht begrüßen, wenn die Lehrlingsausbildung Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer fiele. Es wird selbstverständlich auch weiterhin sehr wichtig sein, daß die DOKW Lehrlinge in Facharbeiterberufen ausbilden, auch dann, wenn nicht alle ihre Beschäftigung bei den DOKW finden können. Denn die fachlich ausgezeichnete Berufsausbildung ist für jene Gewerbebetriebe, die selbst keine so gut ausgestatteten Ausbildungsmöglichkeiten haben, ungemein wichtig. Ich glaube, hier kann man nicht allein den kaufmännischen Rechenstift ansetzen, sondern hier muß man auch die Wirkung für die Wirtschaft dieses Raumes sehen.

Ich komme schon zum Schluß. Ich möchte aber noch einen Aspekt ansprechen, der von keinem Vorredner noch erwähnt wurde und der in diesem Rechnungshofbericht vielleicht fast untergeht und ein Randaspekt ist. Es beschäftigt sich ein kleiner Absatz mit einem für mich sehr wichtigen Kapitel, nämlich mit der Wasserstraßendirektion. Dies deshalb, weil ursprünglich die Absicht bestanden hat, die operativen Aufgaben der Wasserstraßendirektion, sprich die Instandhaltung des Schifffahrtsweges, den DOKW zu übertragen. Ein Gegenargument war damals, wäre es zu dieser geplanten Übernahme der WSD-Aufgaben durch die DOKW gekommen, so hätten 450 Bedienstete der Wasserstraßendirektion, das wären drei Viertel der gesamten Belegschaft der WSD gewesen, die Rechnung sozusagen durch ihre Arbeitslosigkeit bezahlen müssen. Die Sanierungsarbeiten wären wohl erfolgreich gewesen, die Strombauleitung hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Erhaltung der Wasserstraße durch die DOKW gewährleistet bekommen, es wäre allerdings auf dem Rücken der Kleinen ausgeglichen worden.

Schließlich wurde diese Privatisierung anders durchgeführt. Und zwar mit der Umwandlung eines Teiles der Wasserstraßendirektion in die bekannte Österreichische Donaubau AG ÖDOBAG. Eine Scheinprivatisierung, wie ich meine, weil die ÖDOBAG immer noch zu 100 % im Alleineigentum der Republik steht. Es wurde also nur auf dem Papier privatisiert und das kritisiert der Rechnungshof im Zusammenhang mit dem DOKW-Bericht ebenfalls. Dazu kommt, daß der Stand der Technik des von der ÖDOBAG eingesetzten Gerätes wirklich ein, ich möchte fast sagen, erbärmlicher ist. Daß hier altes Gerät übernommen wurde, zum Teil von anderen Firmen zugekauft wurde. Parallel dazu - und das

wird hier auch erwähnt - bedienen die DOKW ihre Baggerarbeiten selbst. Also eine typisch österreichische Doppelgeleisigkeit, die dem österreichischen Steuerzahler mehr Aufwand abverlangt. Der Bund müßte sich hier eigentlich überlegen, ob nicht endlich eine vernünftige Lösung seitens des Wirtschaftsministeriums gesetzt werden sollte. Ich möchte halt nur sagen, es war damals - und das hat an der Donau bei den Dienstnehmern wirklich hohe Wellen und Wogen der Empörung geschlagen - ein verunglücktes Beispiel einer Privatisierung unter dem damaligen Wirtschaftsminister Schüssel. Es wäre wirklich höchste Zeit, daß man zumindest die hoheitlichen Agenden der Schifffahrt und des Wasserstraßenbaues mit den Agenden der Kraftwerkswirtschaft in einem Bundesministerium zusammenfaßt, wie es in vielen EU-Staaten mit Erfolg gehandhabt wird. Und zwar im Interesse der Schifffahrt, im Interesse der Sicherung der Wasserstraße. Wir wissen, daß die Schifffahrt derzeit auch im Gespräch ist und ich möchte nur festhalten, daß zur DDSG-Problematik hier unser Klubobmann noch das Wort ergreifen wird.

Ich fasse zusammen, daß wir die Meinung teilen, daß das Land Niederösterreich auch, obwohl es nur über die EVN kleine Anteile an der Donaukraft hat, größtes Interesse an der zügigen Umsetzung der vom Rechnungshof aufgezeigten Mißstände hat. Herr Dkfm. Rambossek! Es hat keinen Sinn, hier Wahlreden zu halten. Ich glaube, wenn wir so argumentieren und agieren wie Sie im Landtag, dann schütten wir das Kind - nämlich die vernünftige Kritik - mit dem Bade aus. Ich glaube, wir sollten eher sachlich und in Ruhe die Kritik äußern. Im großen und ganzen ist aber festzuhalten, daß es sich hier um ein wertvolles, wichtiges und im großen und ganzen hervorragend geführtes Unternehmen handelt. Wir werden diesen Rechnungshofbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß ein gemeinsamer Resolutionsantrag gestellt wird in bezug auf die DDSG, weil ich in der Tat meine, daß die Vorgänge so nicht hingenommen werden sollen. Wir haben uns sehr eingehend mit dieser Frage im NÖ Landtag beschäftigt, wir haben einen Resolutionsantrag,

der von mir eingebracht wurde, dann letztlich auch beschlossen. Und ich habe auch immer wieder in der Öffentlichkeit klargestellt, daß es hier doch um sehr, sehr viel geht. Um die Tourismusentwicklung, diese regionale Komponente, aber es geht auch um ein gewisses Selbstverständnis für Österreich.

Ich glaube, daß diese Donauländer Oberösterreich, Niederösterreich und Wien - und ich bedaure das - keinen gemeinsamen Weg gefunden haben, ist sicher eine negative Tatsache. Das Interesse der Länder - außer Niederösterreich - war ein mäßiges bis eher abwartendes Verhalten. Ich glaube daher, daß wir noch einmal den Versuch starten sollten, daß wir wirklich unsere 300 Kilometer Donaustrecke sozusagen als österreichische Betreiber auch tatsächlich betreiben. Und ich meine, das sind keine Animositäten gegen französische oder deutsche Interessen. Aber ich glaube, nimmt man etwa die Cargo-Situation, die eine ältere Lösung darstellt, wenn man das also von außen betrachtet, ist es schon etwas eigenwillig, wenn ausgerechnet zum Zeitpunkt der Öffnung des Rhein-Main-Donaukanals wir uns verabschieden von der Cargo-Gruppe. Und es ist dann doch etwas eigenartig, wenn man von den Zuwachsraten spricht im Cargo-Bereich, die hier möglich sind. Aber man verabschiedet sich genau in diesem Moment davon. Ich habe das immer offen gesagt, ob das jetzt politisch so oder anders zuzuordnen ist. Ich meine, es wäre möglich gewesen, diese Verstärkung des Frachtaufkommens auch selber zu erreichen. Der Stinnes-Konzern bemüht sich sehr, aber ich meine, daß hier auch zum Beispiel in einer Art Vorbereitungen getroffen hätten werden können. Es gibt bekanntlich zwei Flußregime, das Rhein- und das Donauregime. Und wenn ich weiß, daß hier in wenigen Jahren letztlich der letzte Durchstich erfolgt und die Eröffnung des Rhein-Main-Donaukanals, dann meine ich, wenn man vorausschauend plant, daß man hier zum Beispiel schon auch die entsprechenden Vorbereitungen für dieses Ereignis schafft und nicht also sich umgekehrt genau dann zurückzieht.

Ich glaube, daß das bei der Personenschiffahrt bedauerlich wäre, wenn hier dieser Weg gegangen wird. Und ich habe mich auch persönlich sehr eingeschaltet und eingesetzt, daß es eine Lösung gibt. Eine, wenn Sie mir erlauben, eine österreichische Lösung. Ich bin nicht fixiert jetzt auf diese österreichische Lösung, wer immer das ist und wer immer sie zustande bringt. Mir erscheint sie deshalb vernünftiger, weil das Interesse an dieser Strecke von einem

österreichischen Investor meiner Auffassung nach einfach größer erwartet werden darf, als von jedem anderen Interessenten. Und da liegt meine Begründung jetzt nicht so sehr in dieser Nebenbemerkung - und mehr war sie ja nicht - die der Herr Kollege Hoffinger angebracht hat, daß es da Widerstände irgendwelcher Art oder Vorbehalte gäbe. Herr Kollege Hoffinger! Ich kann Sie beruhigen, es wird - Du kommst ja aus der Wirtschaft - es wird viel mehr gerechnet, als da andere hineininterpretieren. Also Differenzen in der Rechnung seien wohl festgestellt, Differenzen im Gefühlsleben spielen ja, wie Du weißt, bei solchen Entscheidungen keine Rolle oder eine nicht nachweisbare Rolle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir die Mühe gemacht, auch hier ganz kurz einmal in einer Pressemeldung jenes große Bedauern auszudrücken, das ich wirklich empfinde. Aber ich glaube, jetzt müssen wir uns fragen, wie es weitergeht. Denn es kann nicht sein, daß die Diskussion so geführt wird, daß die einen behaupten, sie hätten rechtzeitig ein Offert abgegeben, das war am 20. April, die anderen sagen, dieses wäre nicht ausreichend. Und die dritten sagen, eigentlich ist es so, daß die Differenz zu groß ist zu dem, von dem man ursprünglich gesprochen hat. Die Angaben wären zu unkorrekt gewesen. Jetzt hätte man doch sehr viel an, na sagen wir Investitionen, und nicht nur das, zur Abdeckung auch viele Milliarden aufgewendet. Und jetzt geht es im letzten halben Jahr um Beträge - seit 1992 wissen wir, daß eine Lösung angestrebt wird, doch in den letzten Monaten scheint alles so, daß die Differenz sich schon in Beträgen ausdrückt, die noch beachtlich sind, aber die vielleicht doch überbrückbar sein müßten, wenn man sie überbrücken will. Ich kann ja nur jene Zahlen verwenden, die in der Öffentlichkeit verwendet werden. Und die in Gegendarstellungen dann anders aussehen. Man spricht von 70 bis 150 Millionen in dem einen Ansatz, und die Offerte seien eben in dieser Größenordnung zu nennen.

Nun werden immer wieder Ausdrücke gewählt, die für viele eher verschleiern wirken wie z.B. "share-deal", den eine Gruppe anstrebt - Einstieg in das Unternehmen - während eine andere Gruppe dem "asset-deal" den Vorrang geben möchte. Es klingt ja alles etwas kryptisch - in Wirklichkeit liegt dazwischen die Liquidation und der daraus folgende Auskauf aus dem Verbleibenden. Da möchte ich meine Position ganz klar sagen: Dazwischen mögen vielleicht rechnerisch ein paar Millionen liegen, das mag schon so sein. Aber imagemäßig liegt mehr als ein paar Millionen dazwischen, wenn man also den Weg in die Liqui-

dation als den bevorzugten sozusagen geht. Ich möchte kein Geheimnis daraus machen, daß ich hoffe, es ist eine Lösung zu finden, eine gemeinsame Lösung mit Gruppen, mit Privaten und vielleicht auch noch mit den Ländern, die in die Richtung geht, daß wir eine Konstruktion finden, die die Personenschiffahrt sicherstellt ohne das Faktum der Liquidation und der schwerfälligen Wiederaufnahme dieser Schiffahrt im nächsten Jahr. Denn imagemäßig ist das ein Verlust, von dem ich glaube, daß der auch in der Werbung wieder etwas kosten wird. Und wenn also versichert wird, daß bis Ende des Jahres 1995 die Linienschiffahrt aufrecht erhalten wird, so weiß man doch, daß diese Saison in Wahrheit bereits gelaufen ist und in Wahrheit schon für die nächste Saison Sicherheiten geschaffen werden müssen. Kein Reisebüro aber kann letztlich bereits Angebote erstellen, wenn nicht im nächsten Jahr eine Schiffahrt gesichert ist.

In dem Sinne hoffe ich, daß diese Tage - es sind nur mehr Tage bis zur Hauptversammlung - genutzt werden, um eine Lösung zu finden, die unseren NÖ Interessen entgegenkommt. Und daß man nicht kleinlich interpretiert, daß man da die Länderechte einmal sozusagen zum Anlaß für das Scheitern nimmt. Denn daran kann es wirklich nicht scheitern, daß die Länderechte dorthin geordnet werden oder dahin geordnet werden. Für mich müßte es so sein: Wenn jemand Länderechte bekommt, dann hat er eine Betreiberpflicht. Und wenn dieser Betrieb nicht gewährleistet ist, dann fallen die Länderechte zurück. Man könnte das auch vertraglich ganz anders formulieren. Für mich steht fest, man müßte, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesen Tagen eine Lösung finden, die sich loslöst von kleinlichen Hin- und Herbewegungen und einen wirklich großen Wurf einer Lösung ins Auge faßt. Und ich hoffe, daß dies in den nächsten Tagen auch erfolgt.

Abschließend möchte ich sagen, daß Niederösterreich mit dem Beschluß gut dasteht, daß der zuständige Landesrat Gabmann auch versucht, diesen durchzusetzen - auch im Angebot kommt das immer wieder zum Ausdruck. Wenn aber hier zum Beispiel Niederösterreich gleich die Länderechte für den ganzen Donauraum kaufen möchte, was 7, 8 Millionen bedeutet, dann ist das zwar wirtschaftlich nicht schlecht vom Landesrat überlegt, aber vielleicht eine überzogene Forderung, die man auch überlegen soll. Wir werden daher noch alle in jeder Fraktion zu versuchen haben, Lösungen zu finden, daß bis zur Hauptversammlung noch ein befriedigender Entschluß möglich ist. Denn die derzeitige Empfehlung des Aufsichtsrates an die

Hauptversammlung, nämlich die Liquidation zu beschließen, ist eine für Niederösterreich nicht akzeptable Lösung. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir gelangen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir gelangen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Hoffinger, Dr. Bauer, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 302/S-5/8 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 302/S-5/8. Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung vom 18. Februar 1993 ein Ausbau- und Investitionsprogramm für die NÖ Landesberufsschulen in der Höhe von 400 Millionen Schilling beschlossen. Hierbei wurden für den teilweisen Neubau und die Generalsanierung des Altbestandes der Landesberufsschule St. Pölten 95 Millionen Schilling (ohne Grundkosten und Einrichtung, Preisbasis 1992) vorgesehen. Im Zuge der Erweiterung des S 400 Millionen Ausbau- und Investitionsprogrammes hat der Landtag am 16. März 1995 für die Anschaffung von Mobilien einen Betrag von 16,8 Millionen und für den Grundstücksankauf/ Neubau einen Betrag von 28,067.655,- Schilling beschlossen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf daher den Antrag stellen namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das Bauprojekt 'Schulneubau und Generalsanierung des Altbaues der Landesberufsschule St. Pölten' wird zustimmend zur Kenntnis genommen und es wird für die budgetmäßige Bedeckung in den kommenden Jahren vorgesorgt werden.

- a) Gesamtkosten: S 148,467.655,- exkl. MWSt., Preisbasis März 1995 (davon entfallen S 103,6 Millionen auf die Immobilien, S 28,067.655,- auf den Grundkauf und S 16,8 Millionen auf Mobilien)
- b) aa) Leasingrate für die Immobilien (Neubau) durch 25 Jahre hindurch mit einem derzeitigen Basiszinssatz von 7,65 %: S 10,016.222,- p.a.
- bb) Leasingrate für die Mobilien (Alt- und Neubau) durch 9 Jahre hindurch mit einem derzeitigen Basiszinssatz von 7,65 %: S 2,978.247,- p.a. Die Leasingraten verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer und Kautions.
- cc) Darlehensrückzahlung für Immobilien (Altbau) durch 25 Jahre hindurch mit einem Zinssatz von 7,13 %: S 1,781.640,- halbjährlich.
- c) Erstfälligkeit der Raten: voraussichtlich 1997, Leasingfinanzierendes Institut: NÖ Hypo-Leasing
- d) Finanzielle Bedeckung der Raten: a.o. Budget.

2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Herr Präsident, ich darf Dich bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Grundsätzlich werden wir diesem Antrag zustimmen, weil wir es für erforderlich erachten, daß derartige Vorhaben immer wieder realisiert werden. Es ist unsere Pflicht. Ich möchte nur einige Bemerkungen dazu machen. Und leider ist der Herr Landesrat auch wieder nicht hier.

Es geht darum, daß dieses Leasing-Modell nach meinem Dafürhalten bedenklich wird. Wir haben bis jetzt 3,5 Milliarden an Leasingraten zu bezahlen, dazu kommen noch zweieinhalb Milliarden ungefähr an Zinsen. Aus mir unverständlichen Gründen hat der Rechnungshof vorgeschlagen, daß die Zinsen nicht ausgewiesen werden, obwohl Zinsen bei Leasingraten

eigentlich degressiv sind. Das heißt, bei der Annuität wird zuerst eine ganz kleine Kapitaltilgung mit hohen Zinsen und im späteren dann hohe Kapitaltilgung mit niederen Zinsen durchgeführt. Es ist das eine vertraglich fix vereinbarte Zahlung, die nach meinem Dafürhalten unmöglich von den Zinsen getrennt werden dürfte, das ist auch im Bilanzierungsrecht überhaupt nicht zulässig. Das sind also sechs Milliarden, die in unserem Budget nicht vorhanden sind, die wir jetzt schon eingegangen sind. Und ich weise darauf hin, daß das alles eigentlich den freien Spielraum des Budgets trifft, das an und für sich ja sehr gering ist. Die Nachfolger des Herrn Landesrates werden dann überhaupt keine Verfügungsmöglichkeiten mehr haben.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß es mir nicht richtig erscheint, daß die Hypobank alle diese Aktionen durchführt. Mir fehlt hier die Prüfung und der freie Wettbewerb. Es ist kein Geheimnis, ich kann das von hier aus sagen, ich baue derzeit um 70 Millionen Schilling in Hamburg. Ich habe dort eine Finanzierung mit 6,5 %. Das Land hingegen ist stolz auf 7,65 %. Das stimmt mich bedenklich und ich hoffe, mehrere Mitglieder dieses Hauses. *(Beifall bei LIF.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es geht um die Jugend, um die Ausbildung in diesem Land. Vor einigen Tagen ist in St. Pölten eine Ausstellung der Arbeiterkammer eröffnet worden zur Arbeitswelt der Jugend. Dabei wurde vom Präsidenten der NÖ Arbeiterkammer beklagt, daß wegen Einsparungsmaßnahmen seitens des Unterrichtsministeriums wichtige Unterrichtsgegenstände wie Deutsch, Kommunikation und EDV zurückgenommen wurden. Ich glaube, das ist nicht zweckmäßig, wenn man gerade bei diesen Leuten spart, obwohl es unbedingt notwendig ist, jetzt für die Wirtschaft besser qualifizierte Leute auszubilden.

Ein Lehrling kostet dem Staat, wenn er die Berufsschule besucht, seitens der Berufsschule pro Monat an und für sich nur 600,- Schilling. Ein AHS-Schüler dagegen kostet dem Staat 6.000,- Schilling. Also, jetzt kann sich jeder ausrechnen, was sein Kind oder seine Kinder pro Monat schulmäßig dem Staat kosten. Am wenigsten kosten die Lehrlinge dem Staat und im zweiten Lehrjahr, bitte sehr, meine sehr geehrten Damen und

Herren, sind diese Lehrlinge bereits direkt eingesetzt als Fachkräfte. Und jeder weiß, wie bitter notwendig es ist, wenn man etwa einen Facharbeiter braucht, einen Installateur zum Beispiel und man bekommt keinen. Wir haben derzeit auf dem Sektor wirklich Probleme. Und ich sage, daß es so ganz einfach nicht mehr hingenommen werden kann. Es ist notwendig, der arbeitenden Jugend jenen Stellenwert beizumessen, der ihr zukommt. Denn diese Jugend ist an und für sich ein sehr kostbarer Schatz für die Wirtschaft von morgen. Doch wenn wir diese Jugend heute nicht ausbilden, dann werden wir uns wirtschaftlich morgen und übermorgen nicht durchsetzen können.

Ich möchte daran erinnern, daß die Initiative für das Berufsschülerneuerungs- und Neubauprojekt in St. Pölten auf mehrere Jahre zurückgeht. Die Schwierigkeiten durch äußerste Raumknappheit mußten unverständlicherweise lange mitgeschleppt werden. Die Forderung, einen zweiten zweckmäßigen neuen Baukörper zu errichten, wurde einige Zeit hin- und hergeschoben, neu andiskutiert und wieder schubladiert. Es war schon nicht mehr auszuhalten. Aber unser Klubobmann Dr. Hannes Bauer, damals noch zuständiges Mitglied der Landesregierung, hatte sich in St. Pölten engagiert und mit dem Bürgermeister der Stadt, Willi Gruber, gegen Verzögerungstaktik und Querschlägerei sich ernsthaft zur Wehr gesetzt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es war wirklich Dr. Hannes Bauer damals zuzuschreiben, daß die Sache ins Rollen gekommen ist. Es ist immerhin ein Projekt für eine Berufsschule, die dringend gebraucht wird, ich möchte das ganz besonders betonen. Denn ursprünglich wollten nämlich die Hintermänner, die es überall gibt bei einem Projekt, nur den Aus- und Zubau des alten Objektes. Da war Dr. Hannes Bauer dahinter und hat dafür gesorgt, daß das neue Modell, das großzügige Modell - natürlich kostet es auch mehr - geschaffen wurde. Und Bürgermeister Willi Gruber war auf jeden Fall stark mit Dr. Hannes Bauer dahinter, daß die Sache endlich durchgesetzt wurde. Und endlich haben sich auch die plausiblen Argumente durchgesetzt, das muß ich hier deutlich sagen, wie sie jetzt im Antrag an den Landtag enthalten sind.

Ich möchte sagen, wir haben Freude und hauptsächlich auch die Schüler. Aber auch bei den Lehrern herrscht Freude über den bevorstehenden Beschluß hier im Landtag. Denn die Gesamtkosten betragen immerhin so an die 150 Millionen Schilling exklusive Mehrwertsteuer

auf der Preisbasis von März 1995. Sowohl der teilweise Neubau der Berufsschule als auch die Generalsanierung des alten Schulgebäudes sind echt notwendig geworden, um einen geordneten Betrieb für die Berufsschüler und Lehrkräfte gewährleisten zu können. Auch die Schaffung eines Turnsaales war höchst notwendig erforderlich geworden, um das Unterrichtsfach Leibeserziehung richtig durchführen zu können.

Die Landesberufsschule St. Pölten, das möchte ich herausstreichen, befindet sich in einer optimalen Lage. Die Schüler erreichen in ihrer Freizeit in wenigen Minuten das Stadtzentrum, genauso wie zum Beispiel das Hallenbad, das sie meiner Meinung nach mehr in Anspruch nehmen könnten. Die hervorragende zentrale Lage dieser Landesberufsschule ist sehr günstig, das möchte ich nochmals betonen. Die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel ist geradezu ideal. Der Schulbau in St. Pölten soll auch ein architektonischer Gewinn werden. Und das zeigt sich auch schon. Der Architekt kommt aus Hollabrunn, wir kennen das Modell und glauben, daß es so richtig in dieses Stadtgebiet hineinpaßt. Es paßt alles zusammen. Was wäre hingegen passiert, wenn nichts passiert wäre? (*Heiterkeit im Hohen Hause.*) Tatsächlich! Wie arm wären dann die Jugendlichen, die diese Räumlichkeiten dringend brauchen.

Mit dem Tempo der modernen Bautechnik, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann also bald die zukunftsorientierte Arbeit begonnen werden. Diese Landesberufsschule hat sehr lange auf sich warten lassen, wie schon geschildert. Endlich ist es soweit. Gut Ding braucht Weile. Nachdem schon so viel Weile dazwischen liegt, müßte dieses Schulbauprojekt eigentlich ein Silber- oder sogar ein Goldstück werden.

Wir haben ein Überangebot an freien Lehrstellen. Der Facharbeiterberuf ist für unsere Wirtschaft eine ganz wichtige Voraussetzung. Und jetzt sage ich ganz etwas Deutliches an die Wirtschaft: - die Wirtschaft sind wir alle, aber an die Unternehmer, die ein wichtiger Teil dieser Wirtschaft sind, gerichtet, weil das eine geht nicht ohne dem anderen: Nur wenn es mit dem besseren Verständnis der Unternehmungen gelingt, den Facharbeiterberuf auch mit einer besseren Bezahlung aufzuwerten, können wir in Österreich einer guten Zukunft entgegensehen. Die Wirtschaft braucht das! Die Lehrlinge sind die Grundlage dieser Wirtschaft. Investitionen in eine verbesserte Lehrlingsausbildung lohnen sich. Außerdem brauchen wir eine gesellschaftliche Aufwertung der Lehrberufe und eine bildhafte

Verbesserung des manuellen Berufsethos. Es ist leider so. Wenn einer mit der Schlossermontur kommt, dann ist er heute nicht so angesehen als er kommt aus einer HTL und trägt bereits den Titel Ingenieur. Oder er hat es gar geschafft und hat eine universitäre Ausbildung hinter sich. Diese Menschen in die Wirtschaft qualitativ einzubinden ist höchstes Erfordernis unserer Zeit. Nicht jeder Lehrling hat das Glück, die Qualität der Facharbeiterausbildung in einer modernen Lehrwerkstätte zu erleben, wie ich das bereits zum Beispiel im Jahre 1943 erleben durfte.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Es darf auch in der Berufsschulpolitik - und das möchte ich auch sagen - keine kleinkarierte Strategie geben. Das wäre fatal. Weil es dazu paßt, sage ich es jetzt: Ich verstehe nicht bzw. ich sehe nicht ein, warum die Berufsschule der Österreichischen Bundesbahnen in St. Pölten vom Land Niederösterreich bisher keine Fördersubventionen für Lehrmittel erhalten hat, obwohl seit Jahren immer wieder darum angesucht wurde. Ich ersuche nun, bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich ersuche nun den Landesfinanzreferenten, vielleicht wird es ihm ausgerichtet - ich werde dafür sorgen, daß es ihm ausgerichtet wird - er möge über seinen Schatten springen. Hoffentlich gelingt es endlich, auch dieser hochqualifizierten Lehrlingsausbildungsstelle finanziell unter die Arme zu greifen.

Die Zeit erfordert es, daß die Qualität der Lehrlingsausbildung auf allen Ebenen noch mehr als bisher gefördert wird. Der Grundsatz, nur dem Tüchtigen gehört die Welt, hat eine neue Bedeutung erlangt. Fördern wir also auch durch das Land Niederösterreich weiterhin intensiv die Facharbeiterausbildung zum Wohle und zum Nutzen einer gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung, bei der Wissen und Können im Vordergrund stehen. Dem Markt liegt der Wettbewerb zugrunde. Konkurrenzfähigkeit ist nur durch besondere spezialisierte Leistungsfähigkeit der Fachkräfte zu bewältigen. Denken wir an die Chancen, die unsere österreichische Facharbeiterjugend mit einer qualifizierten neuen Weiterbildung in einer Fachhochschule heutzutage bereits besitzt. Dieser vorgezeichnete berufsorientierte, praxisbezogene Werdegang ist ein neuer sozialer Durchbruch für eine wertvolle Berufsausbildung, wie sie in der Europäischen Union gebraucht und gefordert wird. Eine gute und solide Berufsschulbildung ist deshalb sehr viel wert und ist zugleich die Grundlage für ein lebens-

langes Lernen, ohne das man heute nicht mehr auskommt. Theorie und Praxis müssen sich auch in der Lehrlingsausbildung ständig ergänzen. Gerade deshalb begrüßen und unterstützen wir Sozialdemokraten den vorliegenden Antrag zur Neuerrichtung und Generalsanierung der Landesberufsschule in St. Pölten. Endlich ist es soweit! *(Beifall bei der SPÖ sowie den Abg. Egerer und Lembacher.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Gruber hat schon betont, daß es um unsere Jugend geht. Er hat auch in sehr eindrucksvoller Weise das Bauvorhaben beschrieben, er hat auch in sehr eindrucksvoller Weise die Notwendigkeit dargelegt, worum es beim Schulneubau und der Generalsanierung des Altbaues der Landesberufsschule St. Pölten geht, und dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Das Projekt wird aber wieder einmal leasingfinanziert. Und mir ist vollkommen bewußt, daß wir 1993 den Beschluß gefaßt haben, daß das Ausbau- und Investitionsprogramm der Berufsschulen über Leasing finanziert wird. Wenn man sich aber - und Kollege Ing. Dautzenberg hat das auch schon angeschnitten - die Budgetentwicklung der letzten Jahre anschaut, dann muß man ganz einfach feststellen, daß das Tempo der Entwicklung des Budgets seit 1993, was den Abgang und die Verschuldung betrifft, ganz rapide zugenommen hat. Ich bin deshalb etwas um die Budgetspielräume der Zukunft besorgt.

Es wurde mehrmals durch den Rechnungshof auch festgestellt, daß die Investitionsvorhaben des Landes nahezu ausschließlich im Wege von Leasingvereinbarungen finanziert werden, wodurch eben die nicht fälligen Verwaltungsschulden des Landes mit dem Rechnungsabschluß 1993 auch ein Ausmaß von 28,6 Milliarden Schilling erreicht haben. Ich habe es bereits erwähnt, auch dem heutigen Beschluß liegt die Leasing-Finanzierung zugrunde. Wenn man all diese Belastungen, zum Beispiel die Belastung auch angesichts des EU-Beitrittes des Landes Niederösterreich von 1,2 Milliarden Schilling, anschaut, die in den kommenden Jahren, weil ja von den Ertragsanteilen abhängig, steigen wird, wenn man aber auch die

zeitverschobenen Rückflüsse aus Brüssel berücksichtigt, aber auch die Tatsache noch berücksichtigt, daß mit der Übergabe der Verfügungsgewalt über die Mietobjekte in St. Pölten weitere Budgetbelastungen aus dem Titel "Errichtung des

Regierungsviertels" etc. auf uns zukommen, dann meine ich und meinen wir Freiheitlichen, daß ein sehr vorsichtiger, aber auch restriktiverer Umgang mit weiteren Leasing-Verpflichtungen dringend geboten ist. Ich habe es bereits erwähnt, wir müssen damit rechnen, daß bereits im Jahre 1997 erstmals Belastungen aus der Errichtung des Regierungsviertels auf das Budget durchschlagen können. Wir müssen uns aber auch dessen ganz bewußt sein, daß Leasing-Vereinbarungen eigentlich nur momentan den Schuldenstand des Landes tiefer erscheinen lassen. Daß sie momentan eine Entlastung des Schuldenbereiches sind, daß sie jedoch auf jeden Fall zu Lasten der Ausgaben kommender Jahre und kommender Budgets gehen. Und Kollege Ing. Dautzenberg hat schon vorgerechnet, daß momentan sechs Milliarden Schilling hier auf das Budget bereits durchschlagen.

Was mich aber stört beim Ausbau- und Investitionsprogramm der Berufsschulen sind die verschiedenen Leasingvarianten. Ich fürchte, daß hier der Herr Landesfinanzreferent ganz einfach die Übersicht verlieren wird. Einmal wird dem Mobilienleasing, wie bei der Landesberufsschule in Lilienfeld, eine Laufzeit von sieben Jahren zugrunde gelegt. Ein anderes Mal, wie ich festgestellt habe, wird dem Mobilienleasing, wie jetzt bei der Landesberufsschule St. Pölten, eine Laufzeit von neun Jahren zugrunde gelegt. Einmal bitte wird dem Immobilienleasing, wie bei der Landesberufsschule Pöchlarn, eine Laufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt, ein anderes Mal wird dem Immobilienleasing, wie heute bei der Landesberufsschule St. Pölten, eine Laufzeit von 25 Jahren zugrunde gelegt. Der seinerzeitige Generalbeschluß über das 400 Millionen Schilling Ausbauprogramm war ein deutlicher Beschluß. Hier hat man deutlich rechnen können, hier war es übersichtlich, hier war es ganz einfach transparent. Darum muß ich heute schon feststellen, daß hier eine einheitliche Koordinierung, eine einheitliche Vorgangsweise und auch die notwendige Transparentmachung über die vom Land in Anspruch genommene Leasingfinanzierung ganz einfach fehlt. So kann man budgetär ganz einfach das nicht verarbeiten.

Und ich rufe schon in Erinnerung, daß laut Aussagen des Landesfinanzreferenten - und auch laut Feststellungen des Rechnungshofes - die haushaltsmäßige Erfassung - ich zitiere das wörtlich - "des Gesamtaufwandes für künftige Leasingraten als nicht fällige Verwaltungsschuld ganz einfach erst bei Vorliegen der jeweiligen Tilgungsprämie erfolgt." Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, was heißt denn das mit ande-

ren Worten? Das heißt, daß die Leasingverpflichtungen zwar beschlossen werden, aber erst nach Abrechnung des Bauprojektes und nach Vorliegen des Tilgungsplanes haushaltsmäßig erfaßt werden. Das heißt aber auch mit anderen Worten, daß die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre wesentlich und um vieles größer sind als dies in den Rechnungsabschlüssen unter nicht fällige Verwaltungsschulden ausgewiesen wird. Das heißt aber auch, daß man aus den Rechnungsabschlüssen die tatsächliche Höhe der beschlossenen Verpflichtungen aus den Leasingvereinbarungen überhaupt nicht ableiten kann.

Diese Situation, Hohes Haus, ist im Hinblick auf das Eingehen zukünftiger Leasingverpflichtungen nun einmal gänzlich unbefriedigend. Diese Situation aber ermöglicht es auch gar nicht, irgendwelche Maßnahmen auch nur einzuleiten, die langfristige Begrenzung der Schuldenentwicklung des Landes in Angriff zu nehmen.

Wenn hier immer wieder Presseaussendungen kommen, daß wir auf eine Begrenzung der Schuldenentwicklung hinarbeiten, so erscheint mir das gar nicht glaubhaft. Denn wir können heute nicht feststellen, wie hoch die tatsächlich von uns eingegangenen Leasingverpflichtungen sind. Ich darf daher auch abschließend die Anregung des Rechnungshofes im Wahrnehmungsbericht über die Gebarungsprüfung des Landeshaushaltes der Jahre 1988 bis 1991 in Erinnerung rufen. Herr Kollege Ing. Dautzenberg, vielleicht hast Du den nicht gelesen. Denn da steht ganz eindeutig drinnen: Der Rechnungshof regt zur Darstellung der Leasingverpflichtungen an, die Nachweise in den Rechnungsabschlüssen durch Anführung der Gesamtbaukosten und der zu erwartenden Finanzierungskosten aussagekräftiger zu gestalten. Ich nehme an, der Herr Landesfinanzreferent hat Dir den gleichen Brief geschrieben, den er mir einmal geschrieben hat. Und da hat er auch auf diese klare Aussage des Rechnungshofes keine Rücksicht genommen.

Aber ich darf noch betonen: Für mich stellt die Wortfolge "zu erwartende Finanzierungskosten" klar und eindeutig dar, daß diese ganz einfach darauf schließen läßt, daß auch der Rechnungshof der Meinung ist, daß grundsätzlich bereits alle beschlossenen Leasingverpflichtungen als Vorbelastungen zukünftiger Finanzjahre in den Rechnungsabschlüssen nachzuweisen sind. Ich glaube, daß nur bei einer Transparentmachung aller Vorbelastungen zukünftiger Finanzjahre es

möglich ist - und ich sage das jetzt sehr optimistisch - gegebenenfalls eine notwendige Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung des Landeshaushaltes zu erkennen, die maximale Schuldengrenze festzulegen, um auch der Jugend und für die Zukunft einen gewissen Gestaltungsspielraum in unserem Budget zu sichern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Eckdaten des Neubaus sind bekannt. Ich möchte daher darauf eingehen, daß wir uns die Sicht auf das Wesentliche heute nicht verstellen lassen sollen durch Kritik über angebliche mangelnde Transparenz am Finanzierungssystem dieses Ausbaues. Denn ich glaube, das Wesentlichste ist der erfreuliche Schwerpunkt der NÖ Landespolitik, daß wir auch und gerade in einer immer schwieriger werdenden Gesamtbudgetsituation, die wir landes- und bundesweit erleben, daß wir hier für die Jugend unseres Landes erfreulicherweise so einen Schwerpunkt setzen. Und ich denke, wir sollten auch heute noch sagen, warum wir das noch immer können. Ich bin seit 1983 Mitglied dieses Hauses und konnte es selbst verfolgen, daß von unserem damaligen Finanzreferenten, unserem Landeshauptmann Dr. Pröll, und unserem jetzigen Finanzreferenten, Landesrat Mag. Freibauer, stets eine geordnete Budgetpolitik betrieben wurde, die es jetzt überhaupt erst ermöglicht, in dieser schwierigen Zeit weitere Investitionen für die Jugend in diesem hohen Ausmaß durchzuführen. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf bei Abg. Marchat.)*

Wir sollten sicherlich heute, glaube ich, auch Problemfelder ansprechen, das ist gar keine Frage, wir brauchen nichts zu beschönigen. Der Herr Kollege Gruber hat es erwähnt, die NÖ Arbeiterkammer führt gegenwärtig, in dieser Woche noch bis zum morgigen Tag im Veranstaltungszentrum St. Pölten die traditionelle Veranstaltung "Jugend in der Arbeitswelt" durch, wo wesentliche Träger, die mit dem Berufseinstieg der jungen Menschen verbunden sind, die Arbeiterkammer, die Gewerkschaften, das Arbeitsmarktservice, die Sozialversicherungsträger, und vor allem auch natürlich der NÖ Landesschulrat mit eingebunden sind. Ich glaube, das zeigt auch die konstruktive Arbeit in unserem Lande, wenn alle diese Träger hier mitarbeiten. Und es ist ganz klar, daß wir bei der heutigen modernen Berufsausbildung neben

der fachlichen Qualifikation und den fachlichen Qualitäten auch durch Teamarbeit zum Beispiel die Fragen beantworten müssen, zur Hebung der Analysefähigkeit junger Menschen, wie sie allgemein Problemlösungskapazitäten gewinnen können. Daß wir hier verstärkt in diesen Bereich hineingehen.

Natürlich sollten wir vor allem auch einen Einblick gewähren in die breite Vielfalt der Berufsbilder, die es in unserem Lande gibt, nachdem leider immer nur einige Schwerpunktberufe von der Mehrzahl der jungen Menschen ausgewählt werden. Und auch dazu dient diese Veranstaltung. Wahrscheinlich ist uns allen gar nicht bekannt, welches breite Spektrum in St. Pölten im Rahmen der Berufsschulen hier abgedeckt wird, wo nicht nur niederösterreichische Lehrlinge aufgenommen werden, sondern auch aus dem Burgenland, aus Kärnten in manchen Berufsbereichen. Ich könnte diese Liste durchgehen, eine große Liste von Berufsbildern, die wir allein an dieser Berufsschule in Niederösterreich ausbilden.

Problemfelder gibt es derzeit im Lehrlingsbereich, sie wurden kurz angezogen. Natürlich ist es unhaltbar, daß wesentliche zentrale Bereiche wie Deutsch, Kommunikation, EDV herausfallen, das muß sich rasch wieder zum Besseren wenden. Aber vor allem auch dieser leidige Verfassungsgerichtshofentscheid, den Fremdsprachenunterricht in den Berufsschulen betreffend. Hier gilt es, glaube ich, auch die Gewerkschaftsjugend entsprechend zu unterstützen bei dem Anliegen, daß wir das rasch entsprechend verändern. Denn ich glaube, der Verfassungsgerichtshof hat sich wirklich hier auf einen sehr formalen Standpunkt zurückgezogen und dies zum Leidwesen der Zukunft der jungen Menschen. Da sollte rasch eine entsprechende gesetzliche Änderung gerade in diesem Bereich stattfinden. Denn es kann nicht sein, daß in der heutigen Zeit Englisch fremd bleiben soll für einen Teil der jungen Menschen.

Ich denke auch, daß wir andere Problemfelder ansprechen sollten, wie etwa die rückgängigen Lehrlingszahlen, die über den demographischen Rückgang der Geburtenjahre hinausgehen. Ich glaube, diese Problemfelder sind uns alle bewußt. Aber dennoch sollten wir nicht den Blick nur auf die Probleme werfen, sondern auch auf die erfolgreiche Entwicklung, die erfolgreiche Ausbildung dieser jungen Menschen, die doch in vielen Berufen, in vielen Bereichen mit ihrer Facharbeiterqualifikation entsprechende Zukunftsaussichten für die jungen Menschen bieten. Ich denke daher, daß wir heute einen sehr erfreulichen Tag haben

hier im NÖ Landtag, weil wir, wie ich schon eingangs gesagt habe, gerade in dieser schwierigen Zeit wieder einen Schwerpunkt für die jungen Menschen gefunden haben. Und ich denke, wir sollen stolz darauf sein und nicht sozusagen Problemfelder am Rande - ich habe schon genannt die angeblich mangelnde Transparenz, diese mangelnde Transparenz muß erst einmal nachgewiesen werden - in den Mittelpunkt rücken, und damit das Wesentliche verstellen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Berichtserstatter hat das Schlußwort.

Berichtserstatter Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 20.05 Uhr.)*